

#deine Stimme

kann mehr als du denkst

Tätigkeitsbericht
Kammer für Arbeiter und
Angestellte für Wien

2022

Impressum

Herausgeber:in, Medieninhaber:in, Verleger:in:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien

Offenlegung gem. § 25 MedienG:

siehe wien.arbeiterkammer.at/Impressum

Redaktion: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Koordination & Endredaktion: Mag. Bertram Schütz

Grafik: Studio GRUND für Science Communications

Hersteller: Bösmüller Print Management GesmbH & Co. KG

Josef-Sandhofer-Straße 3, 2000 Stockerau

Fotocredits

Wenn nicht anders angegeben AK Wien

Cover	Andreas Pfohl papabogner
S2	Andreas Pfohl papabogner
S4	Hertha Hurnaus
S12	Thomas Lehmann / Erwin Schuh / AK Wien
S14	Andreas Pfohl papabogner
S31	Julie de Bellaing
S32	Andreas Pfohl papabogner
S49	Franzi Kreis, Wien Kultur
S52	Zoe Opratko
S66	Andreas Pfohl papabogner
S69	Lisi Specht
S84	Andreas Pfohl papabogner

Inhalt

→ Die AK Wien im Überblick

- 04 Die Aufgaben der AK
- 07 Vorwort
- 08 Das hat die AK 2022 erreicht
- 12 Highlights 2022

→ Schwerpunkte 2022

- 16 Steuergerechtigkeit
- 18 Zukunft des Sozialstaats
- 20 Gesundheitspolitik
- 22 AK Gesundheitsoffensive
- 24 Arbeit im digitalen Wandel
- 26 Arbeitsmarkt Wien
- 28 AK und Stadt Wien
- 30 Erfolge auf EU-Ebene

→ Leistungsübersicht

- 34 Leitziele im Klimaschutz
- 36 Arbeits- und Sozialberatung
- 38 Konsument:innenschutz
- 40 Aus- und Weiterbildung
- 42 Gleichstellung von Arbeitnehmer:innen
- 44 Gesunde Arbeit
- 46 Service für Arbeitnehmervertreter:innen

- 48 Kunst & Kultur
- 50 Bibliothek & Netzwerk Wissenschaft
- 52 AK Jugend
- 54 Kommunikation
- 56 Aktuelle Publikationen
- 60 Unterstützte Einrichtungen
- 62 Finanzbericht 2022

→ Organisation & Selbstverwaltung

- 68 Die Selbstverwaltung
- 70 Die Vollversammlung
- 74 Anträge & Beschlüsse
- 82 Struktur AK Büro Wien
- 84 Die AK Wien macht sich klimafit

→ Begutachtungen von Gesetzen und Verordnungen

- 89 Wirtschaft
- 94 Soziales
- 96 Arbeitsrecht, Rechtsschutz
- 96 Konsument:innen, Bildung, Wohnen, Wien

#deine Stimme

hilft dir im ganzen Land



Die AK Wien im Überblick

04	Die Aufgaben der AK
07	Vorwort
08	Das hat die AK 2022 erreicht
12	Highlights 2022

Die Aufgaben der AK

Die Arbeiterkammer hat klare Zuständigkeitsbereiche

- Arbeitsrecht und Arbeitnehmer:innenschutz
- Arbeitsmarktpolitik
- Lehrlings- und Jugendschutz
- Sozialversicherungsfragen
- Sozialpolitik
- Steuerpolitik
- Konsument:innenschutz
- Frauenpolitik
- Aus- und Weiterbildung
- Wirtschaftspolitik
- Umweltschutz
- Kultur
- Grundlagenforschung

Die Arbeiterkammer hat klare gesetzliche Befugnisse

- Die Arbeiterkammer hat das Recht, Gesetzesentwürfe zu begutachten und zu formulieren
- Kontrolle der Schutzeinrichtungen für Arbeiter:innen
- Mitwirkung in zahlreichen Kommissionen und Beiräten (z.B. Lehrlinge, Arbeitsbedingungen, Wettbewerbs- / Arbeitsmarktpolitik, Konsument:innenschutz)
- Recht auf Begutachtung von Verordnungen
- Vorschläge für Laienrichter:innen bei den Arbeits- und Sozialgerichten
- Beisitzer:innen beim Kartellgericht

Die Arbeiterkammer hat einen klaren Serviceauftrag für ihre Mitglieder

- **Beratung** zu allen zuständigen Themengebieten, speziell Arbeits- und Sozialrecht
- **Rechtsvertretung** vor dem Arbeits- und Sozialgericht (in Kooperation mit dem ÖGB)
- **Publikationen**, Broschüren, Studien, Ratgeber, Website und weitere **Informationsmaterialien**
- **Weiterbildung** und **Schulungen**
- **Vertretung** der Arbeitnehmer:innen gegenüber **Regierung und Wirtschaft**
- **Vertretung** der Arbeitnehmer:innen in der **Öffentlichkeit**
- **Interessenvertretung** auf **europäischer Ebene**



Die Arbeiterkammer ist ihren Mitgliedern verpflichtet.

AK Mitglieder sind grundsätzlich alle Arbeitnehmer:innen, auch freie Dienstnehmer:innen und Arbeitslose. Konkret berät die Arbeiterkammer ihre Mitglieder in vielen Belangen. Außerdem vertritt die AK die Arbeitnehmer:innen gegenüber Politik und Wirtschaft, redet bei der Gesetzgebung mit und leistet Grundlagenforschung.

DIE KAMMERN FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE UND DIE BUNDESKAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE SIND BERUFEN, DIE SOZIALEN, WIRTSCHAFTLICHEN, BERUFLICHEN UND KULTURELLEN INTERESSEN DER ARBEITNEHMER UND ARBEITNEHMERINNEN ZU VERTRETEN UND ZU FÖRDERN.

§ 1 ARBEITERKAMMERGESETZ



Die AK in Ihrer Nähe

Öffnungszeiten AK Wien Zentrale:

Mo - Fr: 08.00 – 16.00 Uhr

Öffnungszeiten Beratungszentren:

Mo - Do: 08.00 – 12.15 Uhr und 12.45 – 16.00 Uhr

Fr: 08.00 – 12.15 Uhr und 12.45 – 14.00 Uhr

1

ARBEITERKAMMER WIEN

Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien

501 65-0

2

BERATUNGSZENTRUM NORD

Pragerstraße 39
1210 Wien

501 65-16311

Arbeitsrechtliche Fragen,
Mutterschutz und Elternkarenz

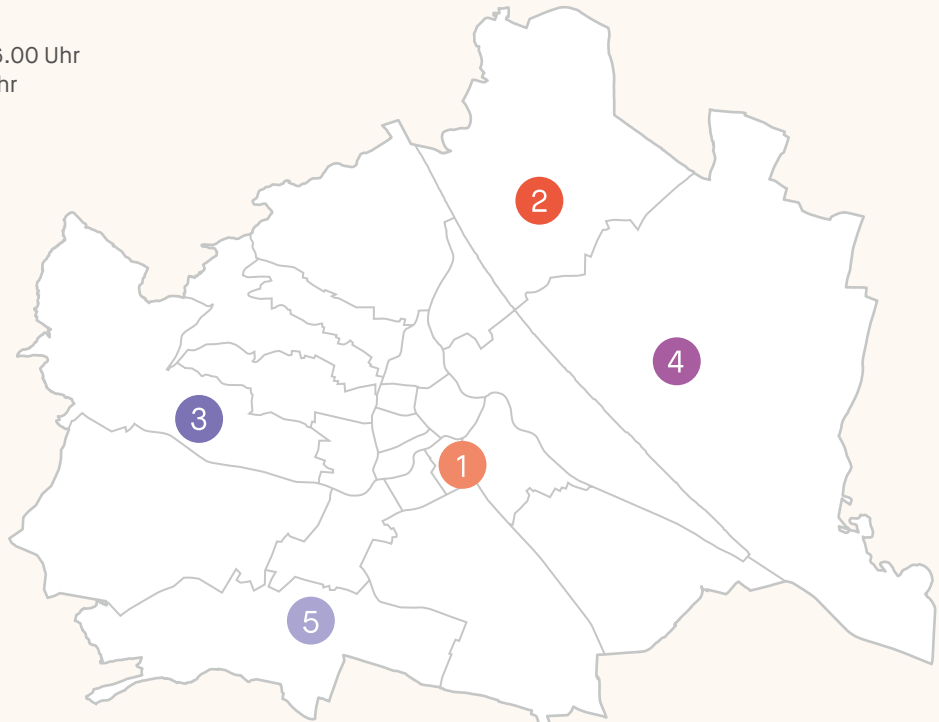
3

BERATUNGSZENTRUM WEST

Thaliastraße 125 A
Ecke Hettenkofergasse
1160 Wien

501 65-16205

Arbeitsrechtliche Fragen



4

BERATUNGSZENTRUM OST

Wagramer Straße 147
Stiege 3, Top 1
1220 Wien

501 65-1341

Arbeitsrechtliche Fragen,
Mutterschutz und Elternkarenz,
Lehrlings- und Jugendschutz

5

BERATUNGSZENTRUM SÜD

Liesinger Platz 1
1230 Wien

501 65-16411

Arbeitsrechtliche Fragen,
Mutterschutz und Elternkarenz



Silvia Hruška-Frank, Direktorin
Renate Anderl, Präsidentin

Den Sozialstaat neu gestalten

Coronakrise, Krieg in der Ukraine, Energiekrise, Klimakatastrophe, Teuerungen in vielen Lebensbereichen – die AK-Mitglieder waren 2022 vor enorme Herausforderungen gestellt. Das hat auch die Arbeit der Arbeiterkammer Wien in hohem Maß geprägt. Um die Folgen dieser multiplen Krisen für unsere Mitglieder und ihre Familien abzumildern, haben wir der Bundesregierung sowohl als AK als auch im Rahmen der Sozialpartnerschaft zahlreiche Vorschläge gemacht.

Im besten Sozialstaat der Welt ...

Gerade in Krisenzeiten zeigt sich, was unser Sozialstaat leistet, es zeigen sich aber auch Lücken. 2022 haben wir daher mit zahlreichen Akteur:innen unterschiedliche Aspekte zum Thema „Sozialstaat 2030“ diskutiert – von Bildung, Gesundheit und Pflege, Wohnen und Gleichstellung bis hin zu Mitgestaltung und gleicher Teilhabe. Wir wollen den besten Sozialstaat für alle, die in unserem Land leben. Im besten Sozialstaat der Welt haben alle Kinder gleiche Chancen auf gute Bildung, gibt es gesunde und faire Arbeitsbedingungen, haben Frauen und Männer

die gleichen Möglichkeiten, bekommen alle die beste Gesundheitsversorgung, stürzt niemand durch Arbeitslosigkeit in finanzielle Nöte, haben alle existenzsichernde Pensionen. Das geht nur mit gerechter und nachhaltiger Finanzierung. Mit der aktuellen Steuerstruktur ist das nicht gegeben, sie belastet Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen über Gebühr, die Reichen tragen kaum bei.

... wär ich nicht arm wärst du nicht reich
2022 haben wir einen großen Schwerpunkt auf die nachhaltige und gerechte Finanzierungsarchitektur

gelegt – insbesondere auf die hohen Gewinne, die Unternehmen im Zusammenhang mit der Energiekrise gemacht haben. Gemeinsam mit dem ÖGB haben wir ein Modell für eine Besteuerung dieser Übergewinne vorgelegt und Druck für dessen rasche Umsetzung gemacht. Doch das von der Regierung vorgelegte Modell ist hinter unserem Vorschlag zurückgeblieben. Uns war vor allem die Finanzierung von Anti-Teuerungsmaßnahmen für die Vielen wichtig und nicht die „Schonung“ von Wenigen. Die Regierung hat in ihrem Koalitionsabkommen zwar die Halbierung der Armut als Ziel festgeschrieben und einige Sozialleistungen endlich valorisiert, aber an die Wurzel des Problems ist sie nicht gegangen: die ungerechte Finanzierung der Staatsausgaben. Konkrete Maßnahmen dazu fehlen bis heute.

Beratungsbedarf ungebrochen hoch

Im Jahr 2022 haben unsere Mitglieder die persönliche Beratung im Arbeitsrecht wieder stärker nachgefragt. Gleichzeitig ist die Nachfrage nach telefonischer und schriftlicher Beratung auf sehr hohem Niveau geblieben. Im Insolvenzbereich hat die Zahl der persönlichen Beratungen erstmals das Vor-Pandemie-Niveau wieder überschritten. Die wichtigsten Beratungsthemen im Krisenjahr 2022 waren die Auflösung von Arbeitsverhältnissen, unbezahlte Löhne und Überstunden sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Das hat die AK 2022 erreicht

67,6

Mio.

Euro hat die AK für ihre Mitglieder durch Interventionen und Rechtschutz erstritten.

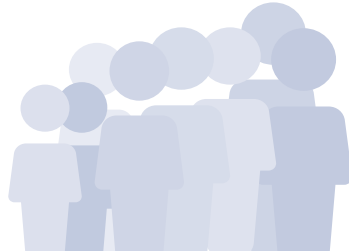


AUSSTIEG AUS DEM ENERGIECHARTA-VERTRAG

Die AK hat einen wesentlichen Beitrag zum Ausstieg Österreichs und der EU aus dem Klimakiller-Vertrag geleistet, der Investitionen in fossile Energieträger schützt. 2022 hat die Regierung erstmals angekündigt, über einen Ausstieg zu diskutieren.

AUF DRUCK DER AK WURDEN **VERBESSE- RUNGEN** BEI DER **STUDIEN- FÖRDERUNG** WIE DIE **ANHE- BUNG DER BEIHILFENSÄTZE** UND DER **EINKOMMENS- GRENZEN** UMGESETZT.

984.981
Mitgliedern steht die AK Tag für Tag mit Rat und Tat zur Seite.



MEHR GELD FÜR ELEMENTARPÄDAGOGIK

Der jährliche Zweckzuschuss des Bundes für die Elementarpädagogik (15a-Vereinbarung) wurde von 142,5 Mio. Euro auf 200 Mio. Euro erhöht.



FÜR DIE WIENER **BERUFSSCHULEN** WURDEN 500.000,- EURO FÜR **DIGITALE INFRASTRUKTUR** IM RAHMEN DER **DIGI- TALISIERUNGSOF- FENSIVE** ZUR VER- FÜGUNG GESTELLT.

500.000

1,48 Mio.

Euro an Weiterbildungs- förderungen im Rahmen der Initiative „Digi-Winner“

450.479

BERATUNGEN LEISTETE DIE AK IM JAHR 2022. DER GRÖSSTE TEIL ENTFIEL AUF DEN BEREICH **ARBEITS-, SOZIAL- UND INSOLVENZRECHT.**





NACHTEILE DURCH KLIMATICKET ABGEWENDET

Mit dem neuen Klimaticket drohte vielen Arbeitnehmer:innen bei Gewährung eines Jobtickets durch den Arbeitgeber die gesamte Pendlerpauschale zu verlieren.



909.810

Euro wurden durch die Einlösung der Bildungsgutscheine an AK Mitglieder ausbezahlt.

13.196



gerichtliche und außergerichtliche **Vertretungen** führte die AK für ihre Mitglieder in den Bereichen Rechtsschutz, Arbeitsrecht, Sozialrecht, Insolvenzrecht und Konsument:innenschutz durch.

Stromkostenbremse durchgesetzt:

Die AK hat für Haushalte eine Entlastung von rund 4 Mrd. Euro bis Mitte 2024 erreicht. Ein durchschnittlicher Haushalt erspart sich damit rund

500,-

**Euro an
Stromkosten
pro Jahr.**

AUTOMATISCHE INFLATIONSANPASSUNG

Die AK hat eine automatische Inflationsanpassung des Einkommensteuertarifs sowie von Familien- und Sozialleistungen erreicht.

2,5

Mio. Euro

für 3.000 Mieter:innen

Erfolgreiche Verbandsklage der AK gegen Mustermietverträge der Erste Immobilien. 3.300 Mieter:innen erhielten wegen unzulässiger Klauseln insgesamt rund 2,5 Millionen Euro zurück.

UNTERSTÜTZUNG FÜR GERINGFÜGIG BESCHÄFTIGTE

Auf Drängen der AK wurden geringfügig und fallweise Beschäftigte in das Härtefallfondsgesetz einbezogen. Darüber hinaus konnte die AK zahlreiche Verbesserungen bei den Förderungskriterien erreichen.

35.305

Eintragungen in das Gesundheitsberuferegister hat die AK Wien seit 2018 positiv erledigt.

17,2

Millionen Besuche aller AK Online-Angebote
davon 13,6 Mio. Besuche der AK Online Rechner



1.030

positive Bescheide wurden von der AK Wien nach § 3a Berufsbildungsgesetz (BAG) ausgestellt, die für ein erstmaliges Ausbilden von Lehrlingen notwendig sind.



359

BEGUTACHUNGEN VON GESETZEN UND VERORDNUNGEN ERSTELLTEN **EXPERT:INNEN** UND GREMIIEN DER AK.

228.000



Facebook-Interaktionen mit 123.000 Facebook-Fans

104.063

physische und digitale Entlehnungen in der öffentlich zugänglichen AK Bibliothek Wien für Sozialwissenschaften.



1.322

AK Mitglieder

wurden bei der Initiative „Digi-Winner“ für die Teilnahme an Kursen und Lehrgängen aus dem Bereich Digitalisierung mit bis zu 5.000,- Euro gefördert.



ERFOLG GEGEN
ABGASMANIPULATIONEN

Auf Initiative der AK wurde der Einsatz von Betrugssoftware im Straßengüterverkehr aufgedeckt. Daraufhin entwickelte die Asfinag ein neues Kontrollverfahren und das BM für Klimaschutz nahm die Maßnahmen im Masterplan Güterverkehr auf.



Mio.
Versand und Downloads von Broschüren und Foldern

RECHT AUF RATENZAHLUNG DURCHGESETZT

Die AK hat erreicht, dass Haushalte ab dem Jahr 2022 das Recht haben, Nachzahlungen bei der Strom-Jahresabrechnung mit bis zu 18 monatlichen Raten zu begleichen.

MEHR HILFE FÜR MENSCHEN MIT DEMENZ

Die AK hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass ab 2023 bei Menschen mit Demenz um 20 Stunden mehr Unterstützungsbedarf in der PflegegeldEinstufung berücksichtigt werden.

**ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN GESTÄRKT**

Auf Drängen der AK stellt die Regierung eine Mrd. Euro für Investitionen in Städten und Gemeinden zur Verfügung. Der Schwerpunkt liegt auf den sozial-ökologische Umbau.

6,5

Mio.

Impressions auf Twitter und 15.300 Follower:innen für den AK Österreich Twitter-Account



6,7

Mio.

Euro Förderungen hat der AK Digitalfonds für 56 Projekte ausbezahlt/bewilligt.

EU-SOZIALPARTNER-ABKOMMEN „WOMEN IN RAIL“

Die AK hat das Sozialpartnerabkommen der Europäischen Transportarbeiter-Föderation ETF zu „Women in Rail“ sowie das Positionspapier zu den Lokführer:innen maßgeblich mitgestaltet. Enthalten sind Regelungen zu Gleichstellung, Laufbahnentwicklung, fairer Entlohnung und Sicherheit.

DIE AK HAT VEHEMENT DIE STEIGENDEN NETZKOSTEN KRITISIERT UND EINE ENTLASTUNG DER HAUSHALTE VON RUND 675 MIO. EURO ERREICHT. EIN DURCHSCHNITTLICHER HAUSHALT ERSPART SICH DAMIT IM JAHR 2023 RUND 80,- EURO.

**ÜBERGEWINNSTEUER FÜR ENERGIE-UNTERNEHMEN**

Die AK hat sich für eine Besteuerung von Übergewinnen bei Energieunternehmen eingesetzt und ein konkretes Modell vorgelegt. Auf Basis einer EU-Verordnung hat die Bundesregierung schließlich eine Übergewinnsteuer umgesetzt, die aber unter den rechtlichen Möglichkeiten geblieben ist.

Mio.



Aufrufe des AK Youtube Channels

VERBESSERTE VERBRAUCHER:INNENRECHTE

Die AK hat aktiv bei der Umsetzung einer EU-Richtlinie („Modernisierungs-Richtlinie“) mitgewirkt: Konsument:innen sind nun beim Einkauf im Internet besser geschützt. Es gelten strengere Regeln und mehr Transparenz bei Bewertungen.

DIE AK HAT GEGEN HYGIENE AUSTRIA UND PALMERS ZWEI MUSTERKLAGEN EINGEBRACHT. IN DER FOLGE KONNTEN AUSSERGERICHTLICHE VERGLEICHE ERZIELT UND FÜR 517 BETROFFENE EINE FINANZIELLE ENTSCÄDIGUNG IN DER HÖHE VON JE 43.000,- EURO ERREICHT WERDEN.

Highlights 2022



→ Jänner bis Dezember

Vier AK-Klimadialoge befassten sich mit einer sozial gerechten Energiezukunft und innovativer Arbeitsmarktpolitik.

→ Jänner bis Dezember

Interaktive Online-Veranstaltungsreihe „Steuerrecht kompakt“.

→ September bis Dezember

AK Kinofilm „Für die Vielen“ von Constatin Wulff in den Kinos.

→ 24. Februar

Digi-Winner Veranstaltung von AK Wien und waff zu „Weiterbildung und Digitalisierung“.

→ 3. bis 6. März

Mehr als 2.000 Besucher:innen beim Stand der AK Wien bei der BeSt-Messe.

→ 10. März

Präsentation der SORA-Studie zum Thema „Arbeitnehmer:innen und Staatsbürgerschaft“.

→ 21. März

Kick-Off der AK-Digitalisierungs-offensive für Wiener Berufsschulen.

→ 28. März

AK Wien, NÖ und Burgenland präsentierten „Arbeitswege Klimafit: Weichenstellungen für die Ostregion“.

→ April bis Dezember

Veranstaltungsreihe „So muss Sozialstaat“.

→ 27. April

Peter Huemer spricht in seinem letzten Stadtgespräch als Gast bei Barbara Tóth „Über das Leben und das Reden“.

→ 29. April

Präsentation der Studie „Freier Zugang zur Natur“ von AK, Naturfreunden und Alpenverein.

→ 27. Juni 5

Verleihung des Finanzführerscheines im BIZ der AK Wien mit der Schuldnerberatung und der BD Wien.

→ 28. Juni bis 8. Oktober

AK|ÖGB Infotour: Roadshow durch Wien mit Fokus auf Beratung und Information rund um AK und ÖGB Services.

→ 12. Juli bis 8. August 1 7

Summer in the City: Kostenlose Veranstaltungsreihe mit Open Air Kino, Picknicks, Events für Kinder und Beratung.

→ 13. Juli 8

AK Präsidentin Anderl, GBH-Vorsitzender Muchitsch und GLOBAL 2000 Geschäftsführerin Zauner präsentierten die neue AK-Hitze-App.





- **6. September**
Start der EU-Kampagne Gerechtigkeit geht alle an! – Justice is everybody's business.
- **13. September**
Präsentation der IFES Schulkostenstudie mit AK Präsidentin Anderl und Bildungsexpertin Larcher.
- **25. September**
Podiumsdiskussion von AK Bildung zu „Visionen für eine bessere Schule“.

- **27. September** ⁹
AK Chefökonom Markus Marterbauer präsentiert sein Buch „Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht“.
- **3. bis 4. und 6. Oktober** ⁶
Haus der Jugend Aktionstage: 100 junge Menschen bringen ihre Anliegen ein.
- **5. Oktober** ²
AK Direktorin Hruška-Frank und AK Bereichsleiter Schweitzer präsentierten den AK-Wohlstandsbericht.
- **7. und 8. Oktober**
Young Economists Conference „The Political Economics of Power“ im AK BIZ.
- **13. Oktober**
Wiener Stadtgespräch der AK Wien zum Thema „Die Utopie des Sozialismus“ mit Klaus Dörre.
- **14. Oktober**
Das AK Beratungszentrum Ost/ Donaustadt feiert sein 10-jähriges Bestehen.
- **16. und 17. Oktober** ³
Vierte Reichtumskonferenz, gemeinsam organisiert u.a. mit der Armutskonferenz mit 300 Teilnehmer:innen.

- **3. November**
Lesung der drei Autorinnen der Shortlist Debüt zum Österreichischen Buchpreis in der AK Wien.
- **16. bis 19. November**
Die L14 AK-Bildungs- und Berufsinformesse wurde als hybride Messe veranstaltet.
- **18. November**
Der Ungleichheitsforscher Salvatore Morelli präsentierte in der AK globale Fakten auf die hohe Vermögenskonzentration.
- **23. bis 27. November**
Die AK präsentierte die Vielfalt der AK-eigenen Publikationen auf der „Buch Wien“.
- **7. Dezember** ⁴
Gemeinsame PK von AK, Caritas und Volkshilfe zum Thema „Essen oder Heizen?“
- **15. Dezember**
Präsentation der IFES-Studie „Lage der Beschäftigten im Handel“ mit AK Präsidentin Anderl und GPA Vorsitzender Teiber.

#deine Stimme

für Gerechtigkeit am Arbeitsplatz



Schwerpunkte 2022

- 16 Steuergerechtigkeit
- 18 Zukunft des Sozialstaats
- 20 Gesundheitspolitik
- 22 AK Gesundheitsoffensive
- 24 Arbeit im digitalen Wandel
- 26 Arbeitsmarkt Wien
- 28 AK und Stadt Wien
- 30 Erfolge auf EU-Ebene

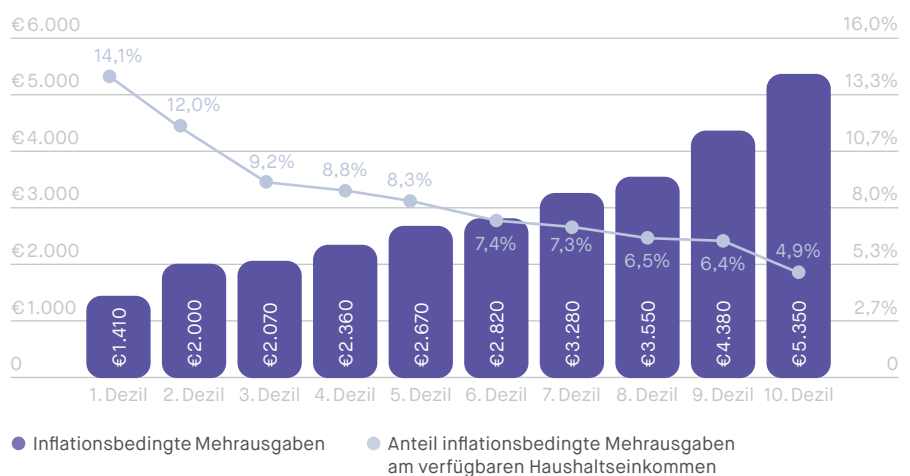
Die Kosten der Krise fair verteilen

Die Inflationsrate stieg im Jahr 2022 mit fast neun Prozent auf das höchste Niveau seit Jahrzehnten. Besonders reiche Haushalte profitierten von steigenden Mieten und ungerechtfertigten Preiserhöhungen. Die Arbeiterkammer setzte sich massiv dafür ein, dass die Teuerung für Beschäftigte und armutsgefährdete Haushalte ausgeglichen wird. Einmalzahlungen waren zwar hilfreich, reichten aber nicht aus. Löhne müssen angemessen steigen, Sozialleistungen angepasst und Armut vollständig verhindert werden. Wir kämpfen dafür, dass die Kosten der Krise fair verteilt werden!

Ursachen der Inflation

Die Teuerungskrise wurde 2022 hauptsächlich durch den Energiepreisschock ausgelöst. Die Gaspreise stiegen mit dem Angriffskrieg in der Ukraine in die Höhe und verursachten einen Anstieg von Öl-, Strom- und Fernwärmepreisen. Viele Energieunternehmen konnten dank des Preisbildungssystems am europäischen Strommarkt hohe Übergewinne erwirtschaften.

INFLATIONSBEDINGTE MEHRAUSGABEN PRO EINKOMMENSDEZIL 2022 IN WIEN



Quelle: Konsumerhebung 19/20, Statistik Austria, Berechnungen MA 23. Anm.: Anteilsberechnung auf Basis des durchschnittlichen Einkommens im jeweiligen Dezil. Ausgaben sind gerundet. Nicht äquivalisiert.

Für höhere Kollektivvertragslöhne

Für Arbeitnehmer:innen sind die kollektivvertraglichen Lohn- und Gehaltserhöhungen das mit Abstand wichtigste Instrument zum Inflationsausgleich. Die AK stand 2022 den Gewerkschaften dabei mit Informationen und Analysen zur Seite. In allen Branchen konnte im Rahmen der Herbstlohnrunde – gemessen an der relevanten Inflationsrate – ein merklicher und dauerhafter Reallohnanstieg erreicht werden.

AK für armutsfesten Sozialstaat

Die AK machte sich im Krisenjahr 2022 auch für die Unterstützung einkommensschwacher Gruppen stark. Ein Erfolg war die Valorisierung der Sozialleistungen. Bei Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe und Mindestpensionen braucht es jedoch mehr. Die AK fordert daher höhere soziale Mindeststandards und eine Vermögenssteuer auf große Vermögen sowie eine Erbschafts- und Schenkungssteuer.

”

Die Einführung einer Vermögenssteuer würde zu einem zusätzlichen jährlichen Steueraufkommen von bis zu fünf Milliarden Euro führen.

AK PRÄSIDENTIN RENATE ANDERL

“

Einsetzung einer Preiskommission

Auf Antrag der AK wurde erstmals seit 2008 wieder eine Preiskommission im Wirtschaftsministerium eingesetzt. Nach Ausbruch des Ukrainekrieges schnellten in Österreich die Preise in die Höhe. Jetzt wird untersucht, ob es bei den Sprit- und Heizölpreisen zu ungerechtfertigt hohen Preisen gekommen ist. Auch eine Überprüfung der Preise für Pellets durch die Bundeswettbewerbsbehörde wurde erreicht.

Übergewinnsteuer-Modell von AK und ÖGB

Im August 2022 legten AK und ÖGB ein Modell zur Abschöpfung der Übergewinne im Energiesektor vor. Übergewinne sollten mit 60 bis 90 Prozent besteuert werden, wobei Investitionen in erneuerbare Energieträger steuerlich voll geltend gemacht werden können. So könnten in den nächsten Jahren Einnahmen von bis zu zehn Milliarden Euro realisiert werden, während das Regierungsmodell weitaus weniger bringen wird.

Das fordert die AK

- **Preismonitoring und Preisgesetz**
Die AK verlangt, dass eine Antiteuerungskommission laufend Preismonitoring betreibt sowie ein wirkungsvolles Preisgesetz.
- **Stopp der Miet-Preis-Spirale**
Bis zur längst überfälligen Mietrechtsreform sollen die Mieten nicht öfter als einmal im Jahr und nur um maximal zwei Prozent erhöht werden dürfen – auch rückwirkend für 2022.
- **Strompreis effektiv senken**
Nachbesserungen bei der Strompreisbremse, systemische Maßnahmen zur Senkung des Stromgroßhandelspreises, Entkoppelung des Strom- und Gaspreises und mittelfristig eine Reform des Strommarktes.
- **Preisbremse auch beim Heizen**
Preisbremse für Fernwärme und Gas sowie weitere Unterstützung energiearmer Haushalte, etwa durch einen Energie- und Klimahilfsfonds.
- **Steuerliche Maßnahmen**
Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen durch eine Weiterentwicklung des Pendlerpauschales zu einem kilometerabhängigen Absetzbetrag mit Bonus für Öffi-Nutzer:innen oder die Halbierung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel.
- **Abschöpfung der Übergewinne**
Eine Abschöpfung der Übergewinne nach dem Modell von AK und ÖGB

Mit dem Sozialstaat gemeinsam besser aus der Krise

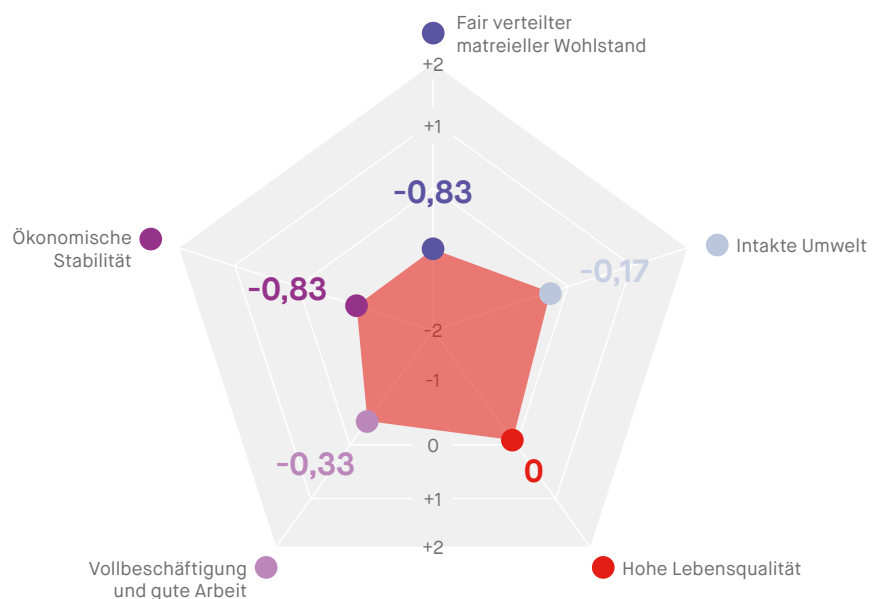
Im Jahr 2022 standen wir erneut vor besonderen Herausforderungen: Es galt, die Energie- und Teuerungskrise zu bewältigen und gleichzeitig zentrale Weichen zu stellen, um das Leben der Arbeitnehmer:innen dauerhaft zu verbessern. Besser aus der Krise kommen heißt, die Chance zu nutzen und Politik aktiv zu gestalten. Etwa durch Investitionen in Bildung, soziale Dienste, den Klimaschutz oder in neue Arbeitsplätze. Besonderes Augenmerk haben wir dabei auf armutsbetroffene Menschen gelegt, denn sowohl die Corona-, als auch die Teuerungskrise, haben dieses Problem weiter verschärft.

AK Wohlstandsbericht 2022

Der Wohlstandsbericht der AK leistet einen wichtigen Beitrag zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich. Um die nachhaltige Entwicklung von Wohlstand zu fördern, muss die Teuerungskrise rasch eingedämmt werden. Zudem fordert die AK, den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft voranzutreiben, die Verteilungsschieflage zu bekämpfen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

WOHLSTAND UND WOHLERGEHEN IN ÖSTERREICH

+2 = Ziel klar erreicht -2 = klare Zielverfehlung und negativer Trend
Mittelwert = -0,43



Der beste Sozialstaat der Welt

Der Sozialstaat eröffnet Möglichkeiten durch Bildung, Ausbildung und Absicherung, insbesondere im Alter und bei Krankheit. Er sorgt für Freiheit und Sicherheit, schafft die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sorgt für Geschlechtergleichheit. Seine Widerstandsfähigkeit gilt es zu erhöhen und Lücken im bestehenden System zu schließen.

Kinderarmut beenden

Corona- und Teuerungskrise haben die finanzielle Situation vieler Familien weiter verschärft, besonders Kinder und Jugendliche sind davon stark betroffen. Weil Armut komplex ist, beruht das Paket der AK zur Bekämpfung von Kinderarmut auf drei Säulen: Genug Geld zum Leben, faire Bildungschancen und leicht erreichbare Unterstützung. Nur so kann verhindert werden, dass aus armen Kindern arme Erwachsene werden.

Mehr Verteilungsgerechtigkeit

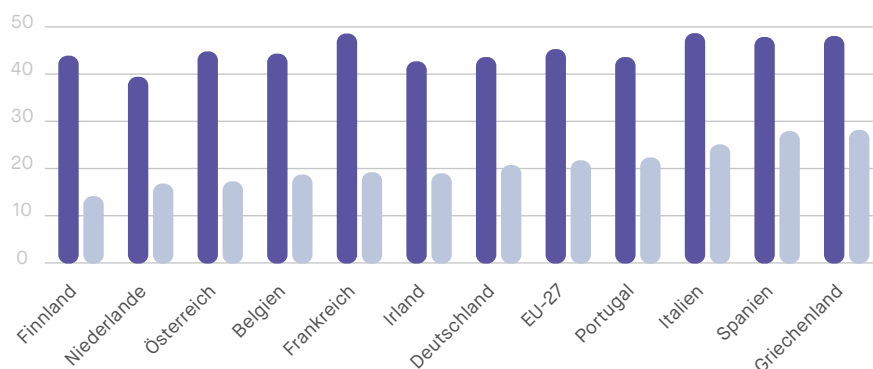
Trotz Krisen werden Reiche immer vermöglicher, während viele Menschen ihre täglichen Ausgaben nicht mehr schultern können. Die AK fordert, dass Krisengewinner:innen und besonders Vermögendere mehr zur Finanzierung beitragen. Das österreichische Steuersystem muss progressiver gestaltet und große Vermögen und Erbschaften müssen verstärkt besteuert werden.

Sozialstaat und Arbeit

Der Sozialstaat fördert Beschäftigungsformen, die gerecht bezahlt werden, Planungssicherheit und verlässliche Arbeitszeiten bieten, Mitbestimmungsmöglichkeiten aufweisen, nicht krank machen, adäquat qualifizieren und Weiterbildung ermöglichen. Die AK setzt sich für die Sicherung neuer Arbeitsformen ein, um ein selbstbestimmtes und planbares Leben für alle zu ermöglichen.

ARMUTSGEFÄHRDUNGSQUOTE VOR UND NACH SOZIALLEISTUNGEN 2021

Quelle: Eurostat.



Das fordert die AK

→ **Den Sozialstaat verbessern, damit er stärker vor Armut schützt:** Sozialleistungen auf ein armuts-sicherndes Niveau anheben

Deutliche Anhebung der Heizkostenzuschüsse und Ausweitung der Bezieher:innen

→ **Den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern:** Die Mitbestimmung der Beschäftigten stärken und die Rechtsdurchsetzung verbessern

Beteiligung und Respekt für Jugendliche

Faires Recht auf die Staatsbürgerschaft

Mehr Bildungsgerechtigkeit

→ **Die Finanzierung sichern:** Übergewinne im Energiesektor besteuern

Rücknahme der beschlossenen KÖSt-Senkung

Progressive Vermögens- und Erbschaftssteuer

Bekämpfung von Steuerhinterziehung und unerwünschten Gestaltungen

Gleiche Leistungen für alle

Das Gesundheitssystem steht vor enormen Herausforderungen – sowohl bei den Angeboten in der Kinder- und Jugendgesundheit als auch bei der ausreichenden Versorgung von Menschen mit chronischen Krankheiten wie Diabetes, Bluthochdruck, Herz-erkrankungen, Rücken- oder Gelenkserkrankungen. Unser Gesundheitssystem muss genügend Kassenärzt:innen im niedergelassenen Bereich und eine optimale Behandlung in Spitälern ohne lange Wartezeiten für alle zur Verfügung stellen. Damit die Menschen in Österreich in Zukunft länger gesund leben, fordert die AK mehr Investitionen in Präventionsmaßnahmen.



Kindergesundheit in Not

Nicht alle Kinder bekommen die beste Versorgung, es bestehen akute Versorgungsmängel: Eltern finden aufgrund von unbesetzten Kassenarztstellen nur überfüllte Ordinationen, auch bei Physio- oder Logopädie ist der Bedarf nach kostenloser Behandlung nicht gedeckt. In einer Pressekonferenz im Mai 2022 hat die AK gemeinsam mit Expert:innen die Versorgungsmängel in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt und rasche Maßnahmen gefordert. Zudem wurde beim Prävenire Gesundheitsforum auf die Problematik aufmerksam gemacht und die Öffentlichkeit über Social Media informiert.



Bessere Versorgung von Diabetiker:innen

Die Arbeiterkammer hat die Gesundheit Österreich GmbH mit einer Studie zum künftigen Versorgungsbedarf und einem idealen Versorgungsmodell beauftragt bei Diabetes beauftragt. Die Teilergebnisse wurden 2022 vorgestellt, erstmals liegen verifizierbare Zahlen vor: Aktuell sind rund 800.000 Menschen in Österreich an Diabetes erkrankt, 650.000 davon nehmen Medikamente. Die Studie zeigte, dass Folgeerkrankungen durch eine kontinuierliche Versorgung vermeidbar sind und die Versorgung durch multidisziplinäre Teams gewährleistet und optimiert werden könnte.



Mehr Kassenärzt:innen

Berichte über unbesetzte Kassenstellen, lange Wartezeiten und Aufnahmestopps bei Vertragsärzt:innen häufen sich. Nicht alle haben die finanziellen Mittel, auf eine Wahlärzt:in auszuweichen. Die AK setzt sich dafür ein, dass eine gute medizinische Versorgung nicht zur Geldfrage wird! Anhand einer Fokusgruppenbefragung wurden die konkreten Sorgen und Wünsche der Versicherten im Hinblick auf unsere Gesundheitsversorgung ermittelt. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit haben wir diesem drängenden Thema mehr Aufmerksamkeit gegeben.

”

Die Regierung hat viele Bereiche zu lange vernachlässigt. Wir brauchen dringend mehr Personal und Geld für Pflege, Kindergärten, Schulen und den Kampf gegen die Klimakrise.

AK PRÄSIDENTIN RENATE ANDERL

“



Probleme mit dem Krankenstand

Seit dem Umbau der Sozialversicherungsträger gibt es für kranke Arbeitnehmer:innen häufig Probleme mit dem Krankenstand. Laufend wenden sich Versicherte an die AK, deren Krankenstand ohne Untersuchung im chefärztlichen Dienst und ohne nähere Begründung beendet wird. Andere Versicherte erhalten immer wieder Aufforderungen, neue fachärztliche Befunde vorzulegen. Oft können die Versicherten diese Probleme nicht alleine lösen. Mit Unterstützung der AK kann bei einer Überprüfung durch die ÖGK der Krankenstand verlängert werden.



Unterstützung für geringfügig Beschäftigte

Mehrfach geringfügig und fallweise Beschäftigte hatten während der COVID-Pandemie besonders häufig finanzielle Einbußen erlitten. Auf Drängen der AK wurde diese Gruppe in das Härtefallfondsgesetz einbezogen. Nach langer Verzögerung wurde ab 2022 die Auszahlung der Unterstützungen aus dem Härtefallfonds für mehrfach geringfügig und fallweise Beschäftigte veranlasst. Die AK machte ihre Mitglieder mit gezielten Mailings auf die Förderungsmöglichkeit aufmerksam und unterstützte sie bei der Beantragung der Förderung.

Das fordert die AK

- Sichere, ausreichende und solidarische Finanzierung der gesamten Sozialversicherung.
- Leistungsharmonisierung in der KV über alle Versicherungsgruppen und ein Risikoausgleich zwischen den Trägern.
- Einheitlicher Leistungskatalog in Österreich unter Berücksichtigung präventiver und gesundheitsförderlicher Elemente.
- Verbesserte Koordination und Zusammenarbeit zwischen den großen Bereichen der Gesundheitsversorgung.
- Ausreichende und flächendeckende psychosoziale Versorgung.
- Verstärkte Einbeziehung der nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe in die ambulante.
- Reduktion der Arbeitsbelastungen, Verstärkung der Prävention, rechtzeitige medizinische und berufliche Rehabilitation.

Starke Gesundheitsberufe sichern eine hochwertige Krankenbehandlung

Über 30 gesetzlich geregelte Gesundheitsberufe sorgen dafür, dass Menschen in Krankenhäusern, medizinischen Zentren, Pflegewohnhäusern oder durch mobile Dienste jene Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Dass ihre Arbeit extrem wichtig ist, wird inzwischen überall anerkannt. Doch die Arbeitsbedingungen werden immer härter, der Bedarf an gut qualifizierten Gesundheitspersonal steigt. Die AK arbeitet mit Gewerkschaften und Berufsverbänden für bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, damit sich kranke und pflegebedürftige Menschen auf professionelle Hilfe verlassen können.



Gute Pflege in Pflegewohnhäusern

Wie viel Personal braucht es in Pflegewohnhäusern für eine gute Pflege der Bewohner:innen? In Österreich gibt es dazu keine klare Antwort. Auf Druck der AK gab das Sozialministerium den Startschuss zur fachlichen Erarbeitung eines bedarfsgerechten Personalbemessungsmodells. Ziel sind klare, fachlich begründete Kriterien für Anzahl und Qualifikation des eingesetzten Personals in Österreichs Pflegewohnhäusern, damit würdevolle und sachgerechte Pflege sichergestellt wird.



Verbesserung der PflegegeldEinstufung

Ab 1.1.2023 wird bei Menschen mit Demenz um 20 Stunden mehr Unterstützungsbedarf in der PflegegeldEinstufung berücksichtigt. Das ist auch der Kritik der AK geschuldet, die jedoch weitergeht. Pflegebedarf sollte von Fachkräften für Pflege beurteilt werden und nicht von Mediziner:innen. Die Einstufung sollte alle Unterstützungsbedarfe der Menschen erfassen. Wichtige Lebensbereiche, wie soziale Teilhabe, Kommunikation, Umgang mit Ängsten und Schmerzen oder Schlafprobleme, fehlen derzeit.



35.305 Eintragungen in das Gesundheitsberuferegister

Seit 2018 hat die AK Wien die Registrierung von 35.305 Anträgen positiv erledigt. 2022 wurden in Wien 1.327 Personen neu ins Register aufgenommen und mehr als 4.570 Änderungsmeldungen wurden bearbeitet. 2022 starteten auch die Arbeiten zur Vorbereitung der Verlängerung der Berufsberechtigung, die alle fünf Jahre erfolgt. Berufsangehörige der Pflege mit Nostrifizierungs- oder Anerkennungsbescheiden sind weiterhin von der Registrierungspflicht bis Ende 2023 ausgenommen.



Attraktive Ausbildungen zu Pflegeberufen

Der Bedarf an gut ausgebildeten Pflegekräften ist groß. Das hat auch die Regierung erkannt und finanzielle Unterstützungen für Auszubildende ins Leben gerufen. Ein guter erster Schritt, aber aus Sicht der AK zu klein. Der Ausbildungsbonus ist nicht existenzsichernd und muss verbessert werden. Das sogenannte Pflegestipendium für Quereinsteiger:innen gilt nicht für das Fachhochschul-Studium zur Diplomierten Gesundheits- und Krankenpflege, obwohl nach dieser Berufsgruppe die höchste Nachfrage besteht. Auch die Rahmenbedingungen für die praktische Ausbildung müssen verbessert werden.



Neues Sanitättergesetz

Vor 20 Jahren trat das Sanitättergesetz in Kraft. Seither haben sich die Anforderungen im Rettungsdienst stark verändert. Für eine optimale Versorgung bei gesundheitlichen Notfällen, brauchen berufliche und freiwillige Sanitätter:innen die Möglichkeit zur fachlichen Weiterentwicklung. Die AK hat gemeinsam mit der „Initiative Zukunft Rettungsdienst“ die Veranstaltung „Sanitättergesetz – Höchste Zeit für Veränderung!“ durchgeführt. Bei dieser Gelegenheit hat Gesundheitsminister Rauch eine Überarbeitung des Sanitättergesetzes im Jahr 2023 angekündigt und damit eine zentrale Forderung der AK aufgegriffen.

”

Pflegende Angehörige sind eine der wichtigsten Säulen im österreichischen Pflegesystem. Hier besteht ein immenser Handlungs- und Unterstützungsbedarf seitens der Regierung.

AK PRÄSIDENTIN RENATE ANDERL

“

Das fordert die AK

- Durchlässige Ausbildungen, um die Weiterentwicklung von Assistenzberufen zu den gehobenen Diensten zu erleichtern.
- Moderne Arbeitszeitmodelle, um mehr Dienstplansicherheit und längere Erholungsphasen zu garantieren.
- Maßnahmen zur Reduktion von belastenden Situationen insbesondere gegen Aggression und Gewalt.
- Ausbau des professionellen Pflegeangebots, um pflegende Angehörige besser zu unterstützen und zu entlasten.
- Rechtsanspruch auf die volle Dauer der Pflegekarenz, um von der Zustimmung der Arbeitgeber:innen unabhängig zu sein.
- Leichter Zugang zur Schwerarbeitspension für Gesundheitsberufe.
- Aufnahme aller Gesundheitsberufe in das Gesundheitsberuferegister, um eine bessere Qualität der Versorgung der Bevölkerung und Sichtbarkeit der Berufsgruppen zu gewährleisten.

AK Zukunftsprogramm Digitalisierungsoffensive

Der AK Digitalisierungsfonds Arbeit 4.0 ist Teil der mit 150 Millionen Euro budgetierten Digitalisierungsoffensive des Zukunftsprogramms der Arbeiterkammern 2019–2023. Unterstützt werden Maßnahmen zur Qualifizierung und zur Förderung innovativer Projekte für eine gerechte Arbeitswelt von morgen. Ziel ist es, Mitgliedern das Rüstzeug für die sich verändernden Qualifikationsanforderungen zu geben und aufzuzeigen, wie technologische Neuerungen zu einer qualitativvolleren Arbeit beitragen.



Quali-Fonds – Digi-Winner

Der „Digi-Winner“, die gemeinsame digitale Weiterbildungsförderung von AK Wien und dem Wiener Arbeitnehmer:Förderungsfonds (waff), erlebte im Jahr 2022 die bisher höchste Inanspruchnahme: 1.322 Mitglieder der AK Wien wurden gefördert, die Förder-summe belief sich auf 1,48 Mio. Euro. Eine begleitende Evaluierung von L&R Sozialforschung unterstrich die positive Wirkung des Digi-Winners: Die Hälfte aller Nutzer:innen hätte ohne Förderung keine digitalisierungsspezifische Weiterbildung gemacht. Ein Drittel der Befragten hätte kürzere oder preisgünstigere Kurse besucht.

Quali-Fonds - Digi-Bonus

Die AK Wien unterstützte im Jahr 2022 die Teilnahme ihrer Mitglieder an Kursen mit dem „AK Bildungsgutschein“ in Höhe von 120,- Euro. Zusätzlich werden Kurse im Bereich der Digitalisierung seit dem Jahr 2019 mit dem „Digi-Bonus“ in Höhe von noch einmal 120,- Euro gefördert. Das Besondere daran: Wer den Bildungsgutschein und den Digi-Bonus bei der Bezahlung des Kurses einsetzt, reduziert von vornherein die Kursgebühr. Der Digi-Bonus wurde im Jahr 2022 von 1.348 AK-Mitgliedern eingelöst. Insgesamt förderte die AK Wien den Digi-Bonus mit 161.760,- Euro.



1,48 Mio.
Euro an „Digi-Winner“-
Förderungen



1.322
AK Mitglieder erhielten eine Bildungsförderung im Zuge des Digi-Winners

Strukturen des AK Digitalisierungsfonds

Der Digitalisierungsfonds Arbeit 4.0 der AK Wien hat sich zum Ziel gesetzt, die Menschen in den Mittelpunkt der Digitalisierung zu stellen. 2022 wurden die fünfte und sechste Förderrunde abgeschlossen: Aus 194 Einreichungen wählte eine Jury 56 Projektanträge aus und vergab rund 6,7 Mio. Euro an Förderungen für besonders innovative Projekte an den Schnittstellen von Arbeit und Digitalisierung. Insgesamt wurden seit 2019 mehr als 16,2 Mio. Euro für 154 Projekte bei 545 Einreichungen in sechs Calls an Förderungen ausgeschüttet.

Förderbeispiele 2022

→ Virtuelle Mitarbeiter:innen & Mitbestimmung

Ein Team um Martin Gruber-Risak vom Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien untersucht ungeklärte Rechtsfragen zu Mitbestimmung durch österreichische Belegschaftsvertretungen in virtuellen, transnationalen Teams.



16,2 Mio.

Euro Fördervolumen seit 2019 für insgesamt 154 Projekte.

→ Augustina – Digitale Innovation für die analoge Begegnung

Das Projekt „Augustina“ des Vereins Sand & Zeit, der die Straßenzeitung AUGUSTIN herausgibt und vertreibt, entwickelt eine Online-Standplatzkarte der Verkäufer:innen und die Möglichkeit zur bargeldlosen Bezahlung des Magazins.



Digitalisierungsfonds 4.0

→ Training Station

Dieses Projekt erprobt etwa die Beschäftigungsmöglichkeit für Menschen mit Behinderung (z.B. Autismus) in der Datenannotation (Daten-Kennzeichnung, Bildbeschriftung, Datenmerkmale) für die Entwicklung von KI-Algorithmen.



6,7 Mio.

Euro an Projektförderungen 2022

→ HearMeOut – Gender und Online-Meetings

Laura Wiesböck vom IHS untersucht mit ihrem Team genderspezifische Ungleichbehandlungen in virtuellen Konferenzen, in denen sich räumliche Beziehungen verändern und die visuelle Präsentation im Fokus steht. Es entsteht ein Leitfaden für Geschlechtergerechtigkeit in Online-Meetings.

→ Sta Train-XR

Kerstin Repolusk von der Gewerkschaft PRO-GE entwickelt in ihrem Projekt ein vielsprachiges Arbeitssicherheitstraining, mit XR (Extended Reality) Elementen für Hubstaplerführer:innen.

→ Hackathon der Vielen

2022 fand erstmals der „Hackathon der Vielen“ in Kooperation mit der TU Wien statt. An drei Tagen arbeiteten Studierende mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft an Problemstellungen. Die Hackathon-Teams konnten ihre Ergebnisse zu Projekten weiterentwickeln und diese erstmals auch beim Digifonds einreichen.



56

Bewilligte Projekte

Arbeitsmarkt Wien im Aufschwung – doch nicht alle können davon profitieren

Der Wiener Arbeitsmarkt hat sich 2022 von den Auswirkungen der Coronakrise in vielen Bereichen erholt. Die Arbeitslosenquote ist deutlich rückläufig und die Beschäftigung stark gestiegen. Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor auf einem hohen Niveau. Trotz steigendem Arbeitskräftebedarf in mehreren Branchen ist es für einige Gruppen schwierig, eine Beschäftigung zu finden. Dies betrifft vor allem Jugendliche, Frauen, Ältere und Menschen mit Migrationshintergrund. Eine weitere Herausforderung ist die Integration von Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind.

Frauen in der Pandemie

Die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wurde durch die Pandemie massiv beeinflusst. Sie fielen vermehrt in traditionelle Rollenbilder zurück, wodurch ihre Erwerbschancen beschränkt blieben. Eine qualitative Studie im Auftrag von AK Wien, AMS Wien und WAFF untersuchte arbeitsmarktpolitische Handlungsoptionen, die den Rückzug von Frauen aus dem Arbeitsmarkt verhindern. Fazit: Es braucht Verbesserungen in der Kinderbetreuung, Beseitigung der Diskriminierung von Frauen bei der Arbeitsuche und im Beruf mit Möglichkeiten zu beruflicher Weiterbildung.

Gute Chancen für junge Menschen

Auch junge Menschen sind von den Auswirkungen der Pandemie besonders betroffen. In Wien gibt es nach wie vor zu wenige betriebliche Ausbildungsplätze. Daher kommt der überbetrieblichen Ausbildung eine besondere Rolle zu. Die AK Wien beobachtet die Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt, damit eine ausreichende Zahl an überbetrieblichen Lehrplätzen gesichert ist. Auch die Stiftung für Jugend und Zukunftsberufe für junge Erwachsene, die eine Ausbildung nachholen wollen, wird im Auftrag von AK Wien, AMS und WAFF fortgeführt.

ARBEITSMARKT WIEN KENNZAHLEN 2022

104.848

Personen waren 2022 durchschnittlich in Wien **arbeitslos** gemeldet

10,6%

betrug die durchschnittliche **Arbeitslosenquote** 2022 in Wien

897.845

Personen waren im Jahredurchschnitt 2022 in Wien **beschäftigt**

33.493

Personen haben 2022 durchschnittlich in Wien an **Schulungen** des AMS teilgenommen

Arbeitsmarkt und Ukrainer:innen

Die Fluchtbewegung aufgrund des Ukrainekrieges brachte vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen nach Österreich. Um hier zu arbeiten, benötigen sie eine Beschäftigungsbewilligung, allerdings ohne Arbeitsmarktprüfung. In Wien wurden jene, die sich beim AMS meldeten, nach Möglichkeit ihrer Ausbildung entsprechend betreut und vermittelt, die meisten nutzten dies jedoch nicht. Um sie zu unterstützen, erstellte die AK Wien 2022 eine Broschüre mit den wichtigsten aufenthalts-, sozial- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen, die an alle Anlaufstellen verteilt wurden.

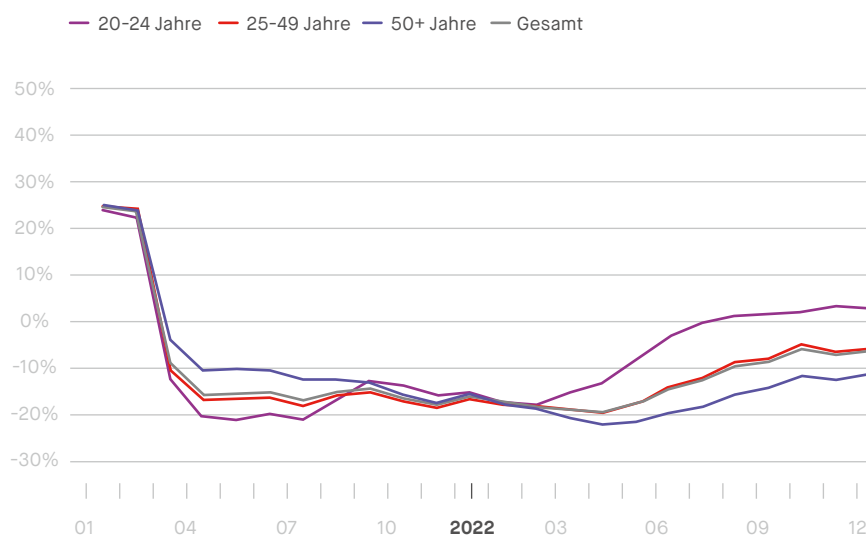
Integration und Staatsbürgerschaft

Ein Drittel der Wiener AK-Mitglieder und ganze 60 Prozent der Wiener Arbeiter:innen haben nicht die österreichische Staatsangehörigkeit und sind von Wahlen ausgeschlossen. Die AK Wien hat daher in ihrer Vollversammlung im Mai 2022 die Bundesregierung aufgefordert, ein gerechtes Staatsbürgerschaftsrecht für unsere Mitglieder herzustellen, da sie wesentlicher Bestandteil erfolgreicher Integration ist. Anlässlich der Bundespräsidentenwahl beteiligt sich die AK Wien an der „Pass Egal Wahl“, bei der auch nicht Stimmberechtigte symbolisch eine Stimme abgeben können.

Keine Reform der Arbeitslosenversicherung

Die Reform der Arbeitslosenversicherung ist 2022 mangels Einigung innerhalb der Regierung gescheitert. Die AK hat ihre Forderungen, um die Arbeitslosenversicherung gerechter und armutsfest zu gestalten, mehrfach an die Regierung herangetragen. Auch Unternehmen, die Beschäftigte in der Arbeitslosenversicherung zwischenparken, sind aus AK-Sicht in die Pflicht zu nehmen. Die hohe Dynamik am Arbeitsmarkt und die sich rasch ändernden Rahmenbedingungen machen eine Reform notwendig, sie darf aber nicht zulasten der Arbeit suchenden Menschen gehen.

ARBEITSLOSIGKEIT IN WIEN: ENTWICKLUNG NACH ALTER IM VERGLEICH ZUM JEWEILIGEN MONAT DES VORJAHRES



Quelle: AMS

Das fordert die AK

- **Qualifikationsplan 2030**
Konsequente Umsetzung des Qualifikationsplans Wien 2030, um in Wien die Zahl der Pflichtschulabsolvent:innen nachhaltig zu senken und Erwachsene und Jugendliche zu Fachkräften, die dringend gebraucht werden, auszubilden.
- **Bessere finanzielle Absicherung bei beruflicher Neuorientierung**
Mangelnde Existenzsicherung ist einer der Hauptgründe, eine Qualifizierung abzubrechen oder gar nicht erst zu beginnen. Daher braucht es gute Existenzsicherung für alle Berufsausbildungen im Erwachsenenalter und die Einführung des Qualifizierungsgeldes.
- **Berufseinstieg für Jugendliche weiter absichern**
Die überbetriebliche Ausbildung ist vor allem in Wien die Garantie, dass alle Jugendlichen eine Berufsausbildung machen können, auch wenn die Suche nach einem betrieblichen Lehrplatz erfolglos ist. Daher muss sie weiterhin gut abgesichert und durch weitere Unterstützungsmaßnahmen ergänzt werden.
- **Mehr Personal für das AMS**
Die AK Wien fordert, dass das Arbeitsmarktservice sowohl personell als auch budgetär entsprechend ausgestattet wird, um Arbeitssuchende besser bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen zu können.

Wege zur klimagerechten Stadt

Auch in Wien ist der Klimawandel immer stärker spürbar. In dicht bebauten Zonen, wo es kaum Grünflächen gibt und Frischluft fehlt, kommt es vermehrt zu Hitze-Grätzeln. Menschen mit geringem Einkommen können diesen Hitze-polen kaum ausweichen. Zur Sicherung der Lebensqualität braucht es deshalb mutige kommunalpolitische Schritte. Klima- und Sozial-gerechtigkeit müssen dabei Hand in Hand gehen, es braucht soziale Begleitmaßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen. Die AK setzt sich deshalb dafür ein, dass beim klimafitten Stadtumbau besonders auf die soziale Teilhabe geachtet wird.

Gerechte Energiepreise für alle Haushalte

Die AK hat sich für einen gerechten Energiepreisdeckel eingesetzt. Alle betroffenen Haushalte müssen ein Anrecht auf einen gerechten Preis-deckel haben. In Fällen, in denen mehrere Haushalte gemeinsam nur über einen Stromzähler verfügen, muss sichergestellt werden, dass jeder Haushalt Zugang zu einem entsprechenden Stromkostenzuschuss hat. Für Bewohner:innen von Mehrfamilien-häusern muss gewährleistet werden, dass die Wirksamkeit der Strompreis-bremsen auch die allgemeinen Teile des Hauses umfasst. Zudem fordert die AK Wien eine vernünftige Daten-grundlage, um die Haushalte treffsicher unterstützen zu können.

Arbeitsplätze langfristig absichern

In der wachsenden Stadt Wien braucht es neben dem erforderlichen Wohnraum auch entsprechende Arbeitsplätze. Die AK Wien setzt sich dafür ein, bestehende Betriebsstandorte durch nachhaltiges Flächenmanagement sowie entsprechende Förderungsmaßnahmen zu erhalten und die Arbeitsplätze auch für die Zukunft abzusichern. Bei Förderungen und Auf-tragsvergaben müssen soziale Krite-rien wie die Lehrlingsausbildung und die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer:innen ebenso berücksichtigt werden wie öko-logische Kriterien oder der Beitrag von Betrieben für die regionale Wertschöpfung. Zudem müssen Synergien mit standort-spezifischer Forschung und Entwicklung unterstützt und vorangetrieben werden.

Vision Wiener Klimastraßen

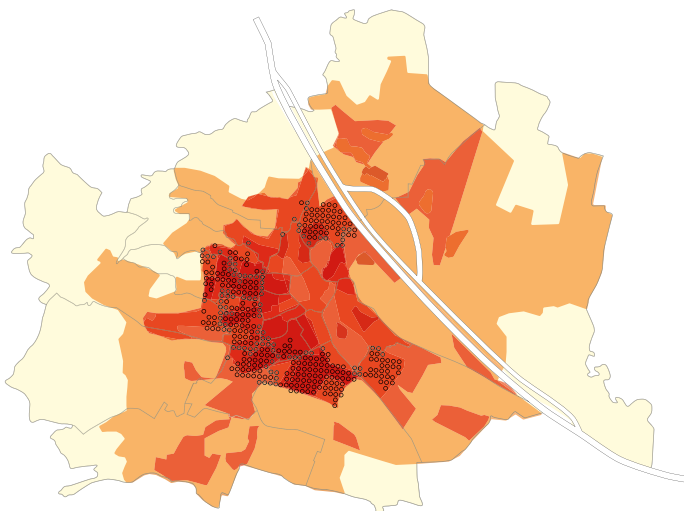
Im Rahmen der AK-Studie „Klimagerech-tigkeit im öffentlichen Raum – Vision Wiener Klimastraßen“ wurde 2022 untersucht, was getan werden muss, um allen Einwohner:innen Wiens in Zeiten des Klimawandels eine hohe Lebensqualität zu ermöglichen. Im Zentrum steht dabei ein dringender klimagerechter Umbau der Hitze-Grätzeln. Die AK Wien hat dabei vier Schwerpunkte analysiert, mit denen in Summe die gefühlte Temperatur in den betroffenen Zonen um fünf bis 15 Grad gesenkt werden kann:

- Neue Straßenbeläge, die weniger Hitze speichern!
- Mehr Bäume, die für kühlende Blätterdächer sorgen!
- Schaffung von Trinkbrunnen und beschatteten Verweilmöglichkeiten!
- Bodenversiegelungen an sinnvollen Stellen rückgängig machen!

Summer in the City 2022

Nach den großen Erfolgen in den ersten beiden Jahre und mit Blick auf einen bevorstehenden Sommer mit vielen Herausforderungen – von Corona bis zur Teuerungswelle – ist Summer in the City 2022 in die dritte Auflage gegangen. Mit dieser Veran-staltungsreihe unterstützt die AK das Zusammenleben in Wien und leistet einen wichtigen kulturellen Beitrag im Sommer. Zehn Veranstaltungen und neun Grätzl-Touren boten ein dichtes Freizeitangebot in Grätzeln, in denen es an gut ausgestatteten öffentlichen Räumen mangelt. Zudem wurden die AK-Beratungsangebote wie Mietrecht, Arbeitsrecht, Bildungsberatung oder Konsumentenschutz niederschwellig zu den Mitgliedern gebracht.

DOPPELTE HITZEBELASTUNG: HIER SIND DIE MENSCHEN BESONDERS BETROFFEN



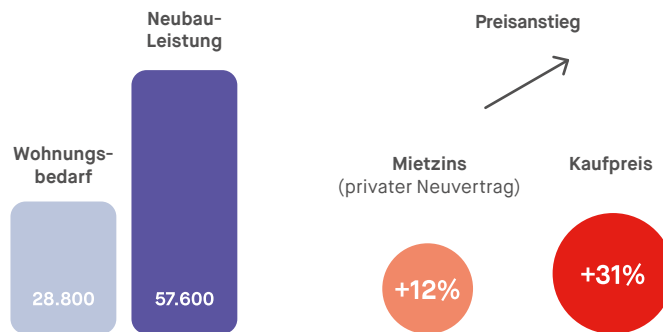
●●●●● Hitzebelastung: sehr hoch bis gering
○ niedriger sozialer Status

Quelle: Sozialraum-Monitoring AK Wien; Urban Heat Vulnerability Index (UHVI) Stadt Wien

Für mehr leistbaren Wohnbau

Zwei AK-Studien, die den Wohnbauboom der letzten Jahre untersuchten, zeigen: Durch den frei finanzierten Neubau entstanden vor allem Luxuswohnungen, die sich nicht an den Bedürfnissen der Wohnungssuchenden orientieren. Der Grund: Der Wohnungsmarkt ist auch ein Tummelplatz für Anleger:innen. Die vielen kleinen Wohneinheiten mit identischen Grundrissen sind für junge oder alleinstehende Menschen nicht leistbar. Lediglich zehn Prozent der untersuchten Objekte verfügten über Gemeinschaftsräume. Gerade in Homeoffice-Zeiten lassen sich Wohnen und Arbeiten dadurch nur kaum vereinen. Die AK Wien setzt sich für mehr leistbaren, geförderten Wohnbau ein und fordert Qualitätskriterien bei privaten Neubauten.

PREISE STEIGEN TROTZ ÜBERANGEBOT (2018-2021)



Quelle: Statistik Austria, IFIP 2022, AK Berechnungen

Das fordert die AK

- **Keine befristeten Mietverträge**
Institutionalisierte Wohnungseigentümer:innen sollen – im Gegensatz zu Privatpersonen – zukünftig nur mehr unbefristet vermieten dürfen!
- **Wohnen muss billiger werden**
Maximal eine zulässige Mieterhöhung im Jahr plus Mietendeckel befristet bis zur Mietrechtsreform!
- **Keine Spekulanten**
Einführung einer bundesweiten Leerstandsabgabe!

Gewerbliche Bauträger sollen an den Infrastrukturkosten beteiligt werden!

Jede dritte Wohnung soll zu den Konditionen der Wohnbauförderung vermietet werden!
- **Mehr sozialer Wohnbau**
Die Widmungskategorie „geförderter Wohnbau“ muss nachgeschärft und verbessert werden!

Die Offensive des Wohnfonds Wien muss weitergeführt werden!

Öffentliche Grundstücke müssen für den geförderten Wohnbau zur Verfügung stehen!

Gerechtigkeit kennt keine Grenzen

Auch 2022 konnten auf europäischer und internationaler Ebene wieder wichtige Initiativen gesetzt und Erfolge erzielt werden. Mit ihren zahlreichen Aktivitäten konnte sich die AK als feste Größe und Anlaufstelle für ein soziales Europa und eine gerechte Weltwirtschaft etablieren.



Hände weg von den Pensionen

Gemeinsam mit dem ÖGB hat die AK einen wichtigen interessenpolitischen Erfolg errungen: Die EU-Kommission hat von ihrer jahrelangen Forderung, das gesetzliche Pensionsantrittsalter über die derzeitigen 65 Jahre hinaus anzuheben, Abstand genommen. Die AK hat überzeugend dargelegt, dass die Finanzierung der Pensionen nicht gefährdet und ein Pensionsautomatismus eine große soziale Ungerechtigkeit ist.



Stärkung der Sozialpartner

Die AK hat erreicht, dass auch vonseiten des EU-Rates eine starke Rolle der Sozialpartner zur Sicherstellung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität erkannt und eingemahnt wird. Der Übergang bedeutet massive Veränderungen für viele Arbeitnehmer:innen. Um diese sozial und gerecht zu gestalten, müssen die Sozialpartner in alle Phasen der Politikgestaltung und -umsetzung aktiv einbezogen werden.



Für Europas Zukunft

Im Mai 2022 endete die Zukunftskonferenz der EU. Die Schlusserklärung umfasste eine Reihe an Vorschlägen zur Reform der EU. Die AK hat sich in dieser Debatte mit einem Forderungskatalog positioniert, der konkret zeigt, wie die EU und ihre Verträge neu gestaltet werden müssen. Damit soll ein sozialer und ökologischer Umbau ermöglicht werden, mit dem die andauernde Vielfachkrise besser bewältigt werden kann.



Gute Arbeitsbedingungen für Plattformbeschäftigte

Ein EU-Gesetzesvorschlag soll die Lage vieler scheinselfständiger Plattformbeschäftigten erheblich verbessern. Im Zweifel soll bei Lieferdiensten immer von echten Arbeitsverhältnissen ausgegangen werden. Das bedeutet klare Regeln hinsichtlich Gehalt, Sozialversicherung und Urlaubsanspruch. Trotz starken Gegenwindes seitens der Unternehmen setzten sich AK und Gewerkschaften konsequent und mit Erfolg für die Rechte von Plattformbeschäftigten ein.



Handelspolitik auf neuen Wegen

Im Krisenjahr 2022 drängte die AK weiter auf den sozial gerechten und nachhaltigen Umbau der Weltwirtschaft. Gemeinsam mit ÖGB und NGO's konnte das umstrittene Abkommen der EU mit den MERCOSUR-Staaten vorerst gestoppt werden. Darüber hinaus fordert die AK die Welthandelsorganisation (WTO) zu einer Kehrtwende auf: Ziel ist die Durchsetzung menschenwürdiger Arbeit, eine Gesundheitsversorgung für alle und ein klimagerechter Übergang.

1

Europaweite Kampagne

200+

Netzwerktreffen

27

Newsflash-Aussendungen

49

Publikationen



Gerechtigkeit geht alle an!

Weltweit agierende Unternehmen sollen künftig auch für Menschenrechte und Umwelt in globalen Lieferketten Verantwortung übernehmen. Nach langjährigen Forderungen von AK, Gewerkschaften und NGO's präsentierte die EU-Kommission im Jahr 2022 den Vorschlag für ein EU-Lieferkettengesetz sowie für ein Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit. Damit der Druck weiter aufrecht bleibt, unterstützen wir die europaweite Kampagne „Gerechtigkeit geht alle an“.

Gute Pflege für alle in Europa

Im September 2022 hat die EU-Kommission ihre Pflegestrategie präsentiert, die beim Rat der Sozialminister:innen im Dezember angenommen wurde. Damit soll die Situation der Pflegenden und die Qualität der Betreuung in der frühkindlichen Erziehung und der Langzeitpflege verbessert werden.

7

Veranstaltungen

9

Policy Briefs

18

Position Papers



AK EUROPA

Nach zwei Jahren im Ausnahmezustand aufgrund der Coronapandemie kehrte im Jahr 2022 wieder mehr Normalität in das AK EUROPA Büro an der Ständigen Vertretung Österreichs in der EU ein: Gemeinsam mit dem ÖGB-Europabüro wurden neben online Veranstaltungen nun auch wieder hochkarätig besetzte Präsenzveranstaltungen ausgerichtet, die sich mit Fragen der wirtschaftspolitischen Steuerung in Zeiten des grünen Wandels und der Energiekrise sowie der Sozial- und Beschäftigungspolitik einschließlich der Geschlechtergerechtigkeit auseinandersetzen. Weitere Schwerpunkte bildeten 2022 Aktivitäten rund um die Mindestbesteuerung von Unternehmen und die digitale Agenda.

←

Bei einer Veranstaltung mit AK-Präsidentin Anderl wurde thematisiert, wo es in der EU-Pflegestrategie noch an konkreten Zielen fehlt und wo es verbindlicher Rechtsakte bedarf. V.l.n.r. Gregor Tomschizek (Präsident Social Employers), Renate Anderl (AK-Präsidentin), Michaela Kauer (Verbindungsbüro der Stadt Wien), Evelyn Regner (Vizepräsidentin EU-Parlament), Jan Willem Goudriaan (EPSU-Generalsekretär)

#deine Stimme

gegen Abzocke



Leistungsübersicht

- 34 Leitziele im Klimaschutz
- 36 Arbeits- und Sozialberatung
- 38 Konsument:innenschutz
- 40 Aus- und Weiterbildung
- 42 Gleichstellung von
Arbeitnehmer:innen
- 44 Gesunde Arbeit
- 46 Service für
Arbeitnehmervertreter:innen
- 48 Kunst & Kultur
- 50 Bibliothek & Netzwerk
Wissenschaft
- 52 AK Jugend
- 54 Kommunikation
- 56 Aktuelle Publikationen
- 60 Unterstützte Einrichtungen
- 62 Finanzbericht 2022

Den Umbau der Wirtschaft sozial und ökologisch gestalten

Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft ist eine enorme soziale und ökologische Herausforderung. Um die Komplexität in den Griff zu bekommen, ist eine umsichtige Planung und kluge Gestaltung einer Vielzahl von Maßnahmen notwendig. Es geht um gute Beschäftigung in einer dekarbonisierten Wirtschaft sowie die sichere Versorgung mit leistbarer Energie und Mobilität. Die AK Wien setzt sich dafür ein, dass Kosten und Nutzen des Umbaus der gesamten Wirtschaft für ihre Mitglieder in einem fairen Verhältnis stehen und positive Verteilungswirkungen erzielt werden.



Ein gesellschaftspolitisches Handlungsfeld

Mit dem Abschied von fossilen Energieträgern geht eine grundlegende Veränderung des gesamten Wirtschaftssystems einher, Energie muss zukünftig viel effizienter eingesetzt werden. Klimapolitik verstehen wir als ein gesellschaftspolitisches Handlungsfeld, das eine grundlegende Auseinandersetzung mit unserem Bild von Wohlstand erfordert: Wie werden wir in Zukunft arbeiten und konsumieren, wie wohnen oder uns fortbewegen? Die AK Wien stößt dazu Diskussionen an, zeigt Alternativen auf, betont gestalterische Möglichkeiten und macht konkrete Vorschläge.



Soziale Gerechtigkeit im Fokus

Krisen legen die große Bedeutung des Sozialstaats offen. Er muss ihre Folgen wirksam abfedern, die Existenzgrundlage für alle sichern und gewährleisten, dass die Chancen des Umbaus auch für alle nutzbar sind. Soziale und öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen spielen dabei eine wichtige Rolle. Verletzliche Gruppen müssen besonders berücksichtigt werden. Der Kampf gegen Energiearmut ist ein wesentlicher Eckpfeiler einer sozial gerechten Energiewende. Dafür setzt sich die AK Wien auf allen Ebenen beharrlich ein, gerade auch in der aktuellen Energiekrise.



Industriepolitik für die Beschäftigten

Digitalisierung und Dekarbonisierung stellen die Industrie vor große Herausforderungen. Ihr sozialer und ökologischer Umbau kann nur gemeinsam mit den Beschäftigten gelingen. Die AK Wien setzt sich für eine auf strategische Ziele ausgerichtete Industriepolitik ein und unterstützt die Arbeit der Gewerkschaften: Investitionsentscheidungen müssen aktiv beeinflusst werden und Förderungen mit Beschäftigungs- und Standortgarantien einhergehen. Durch aktive Interessenpolitik gestaltet die AK politische Prozesse mit, etwa in der Austrian Automotive Transformation Platform (AATP).



Die AK fördert Vernetzung

Die notwendige Transformation erfordert Kooperation, Vernetzung und Partizipation. Nur so können das notwendige politische Bewusstsein geschaffen und Mehrheiten für den Umbau gewonnen werden. Die AK Wien ist bestrebt, sich als Kompetenzzentrum für einen sozialen und ökologischen Umbau zu positionieren, Transformationsbewegungen zu unterstützen und Allianzen mit unterschiedlichen Stakeholdern zu erweitern. Dazu dienen auch Veranstaltungsformate wie der seit 2018 etablierte „AK Klimadialog“ oder die in Umsetzung befindliche „Akademie für sozialen und ökologischen Umbau“.



Qualifikationen für gute Arbeit

Der Weg zur Klimaneutralität bietet für die Beschäftigten sowohl enorme Herausforderungen als auch große Chancen. Um gute Arbeit in einer grünen und digitalen Wirtschaft sicherzustellen, müssen Beschäftigungspotenziale erkannt und die relevanten Qualifikationen vermittelt werden. Es gilt, erfolgversprechende Ansätze aufzuspüren und weiterzuentwickeln. Die AK Wien engagiert sich deshalb für eine sozial-ökologische Arbeitspolitik und übernimmt zentrale Aufgaben in einschlägigen politischen Prozessen (z.B. im Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie)



Sozial-ökologische Arbeitsmarktpolitik

Derzeit weisen die Förderinstrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik des AMS nur punktuell Maßnahmen auf, welche zu einem sozialen und ökologischen Umbau beitragen. Ein gesamtheitlicher Strategieansatz fehlt. Das zeigen die Ergebnisse der Studie „Sozial-ökologische Arbeitsmarktpolitik – Fördermaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Österreich“ (2022), beauftragt durch eine Forschungsk Kooperation der AK NÖ und der AK Wien. Darin werden 15 Maßnahmen, die in Österreich umsetzbar sind, als Lösung bestehender Probleme auf dem Arbeitsmarkt vorgeschlagen.



Eine Vision: Was im AK-Tätigkeitsbericht 2035 stehen soll

- Österreich hat es geschafft, auf den Reduktionspfad zur Einhaltung der Klimaziele einzuschwenken. Das war möglich, weil sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass soziale und ökologische Fragen eng miteinander verflochten sind.
- Das Primat der Solidarität wurde als politisches Leitbild verankert. Die AK Wien hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet, indem sie Lösungen entwickelt und diese als attraktive Bilder einer gerechten Zukunft kommuniziert hat.
- Der erweiterte Raum der Strategiebildung führte zu einer Kurskorrektur der Politik. Der Umbau des Kapitalstocks kam rasch voran. Entscheidend dafür war eine grüne Vollbeschäftigung mit guten Arbeitsbedingungen.
- Dazu trug auch der Ausbau sozialer Dienstleistungen maßgeblich bei. Digitale Teilhabe, saubere Mobilität und Energie sind nun genauso wie Wohnen und Gesundheitsversorgung als Grundbedürfnisse politisch anerkannt.
- Der Sozialstaat sorgt dafür, dass alle Menschen ökonomisch abgesichert sind und starke soziale Rechte haben. Konzerne und Reiche leisten einen substantziellen Beitrag zu seiner Finanzierung. Alle Lebensbereiche und politischen Ebenen durchzieht ein demokratischer Aufbruch.

Wir helfen unseren Mitgliedern!

Im Krisenjahr 2022 konnte die AK Wien viele Mitglieder bei Fragen rund um die Beendigung und Aussetzungen von Arbeitsverhältnissen sowie bei Fragen zur Kurzarbeit intensiv unterstützen. Mehr als 450 AK-Expert:innen aus unterschiedlichen Bereichen halfen den AK Mitgliedern österreichweit, auch in der Krise den Überblick zu bewahren und ihre Rechte geltend zu machen. 2022 wurden so mehr als 450.000 Beratungen durchgeführt und den AK Mitgliedern zu mehr als 67 Mio. Euro verholfen.

Insolvenzentwicklung in Wien

Die Anzahl der erfassten insolventen Betriebe hat 2022 das Vorkrisenniveau nahezu erreicht. Betroffen waren vorwiegend kleinere und mittlere Unternehmen. Größere Fälle waren z.B. die Ordia Handels GesmbH mit 261 und die Star Inn Hotelbetriebs GmbH mit 77 Beschäftigten. Gegen Jahresende kam es zu einem weiteren Anstieg der Vertretungszahlen, betroffen waren u.a. der Fahrradbodendienst Flink oder die Bäckerei Gragger & Cie.

AK kämpft gegen Ausbeutung

Während Corona wurden in bestimmten Branchen ausbeuterische Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechtsverletzungen besonders sichtbar. Die Missstände betrafen Lohnrückstände, unbezahlte Überstunden, unberechenbare Arbeitszeiten oder falsche Anmeldungen zur Sozialversicherung. Die AK Wien unterstützte ihre Mitglieder bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche und zeigte die schlechten Arbeitsbedingungen auf.

Schnelle Hilfe ist uns wichtig

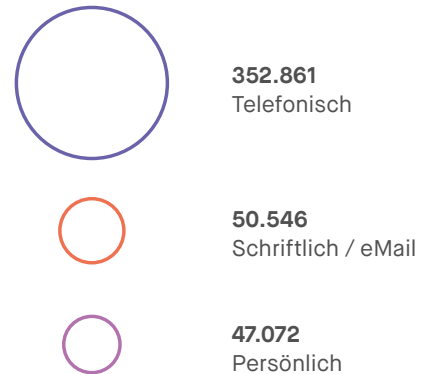
Die AK Wien hat im Jahr 2022 für 5.252 Arbeitnehmer:innen die Auszahlung von rund 27 Mio. Euro an Insolvenzentgelt erreicht. 96 Prozent aller von Arbeitgeberinsolvenz betroffenen Beschäftigten wurden vom Insolvenzschutzverband ISA, dem gemeinsamen Verein von AK und Gewerkschaft, vertreten. Diese Arbeitnehmer:innen erhielten im Durchschnitt 1,5 Monate nach Antragstellung erste Zahlungen von Insolvenzentgelt.

Gegen sexuelle Belästigung

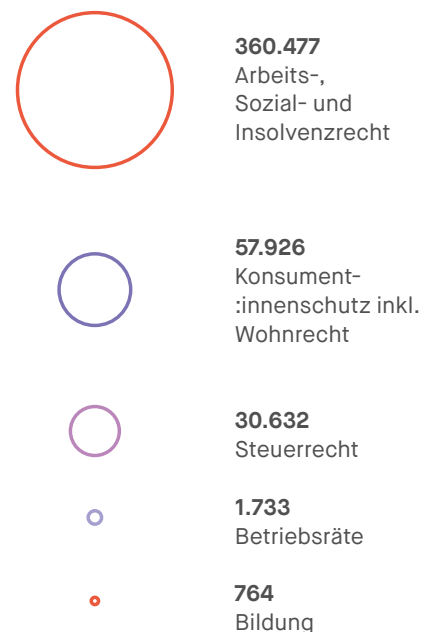
Eine AK-Wien-Aktenanalyse zeigt, dass Belästigungen in bestimmten Branchen wie dem Gastgewerbe eher Teil der Normalität als die Ausnahme sind. Zudem nehmen Arbeitgeber:innen ihre Verantwortung bei Prävention und Abhilfe noch immer völlig unzureichend wahr. Die AK berät und unterstützt ihre Mitglieder, wenn sie von sexuellen Übergriffen im Job betroffen sind und vertritt sie im Fall des Falles auch vor Gericht.

**450.479
BERATUNGEN**

NACH BERATUNGSART



NACH THEMEN



Das hat die AK 2022 für ihre Mitglieder erreicht

→ **Längeres Krankengeld**

Der Versicherte musste sich mehreren Operationen unterziehen, die sich wegen Corona stark verzögerten, weshalb sein Krankengeldbezug auslief, obwohl noch „eine Operation anstand“. Da eine Arbeitsfähigkeit nach der Rehabilitation absehbar war, erreichte die AK, dass das Krankengeld - wie im Gesetz für solche Fälle vorgesehen - auf 78 Wochen verlängert wurde.

→ **Berufsunfähigkeitspension erreicht**

Die 58-jährige Arbeitnehmerin war als Kindergarten- und Hortpädagogin beschäftigt. Aufgrund zahlreicher orthopädischer Beschwerden und einer Depression war sie nicht mehr in der Lage die sehr anstrengende und lärmintensive Arbeit weiter auszuüben. Die PVA wies den Antrag auf Berufsunfähigkeitspension ab. Mit Hilfe der AK wurde ihr die Berufsunfähigkeitspension zugesprochen.

→ **Pflegegeldhöhung für krankes Kind**

Ein 2020 geborenes Mädchen litt an einer krankhaften Genmutation. Unter anderem musste sie mit der Sonde ernährt werden. Die PVA hat ursprünglich im Bescheid nur Pflegegeld der Stufe 1 gewährt. Mit Unterstützung der AK konnte im Sozialgerichtsverfahren dagegen ein Pflegebedarf von 173 Stunden im Monat nachgewiesen und ein Vergleich über ein Pflegegeld der Stufe 4 geschlossen werden.

→ **Schwerarbeitszeiten festgestellt**

Ein Versicherter hatte mehr als 45 Versicherungsjahre erworben. Er hatte ursprünglich im Personenschutz, dann als Nachtportier und später bei einer

Bewachungsfirma immer im Schicht- und Wechseldienst gearbeitet: Die PVA erkannte nur einen Teil der Monate als Schwerarbeitszeiten an. Im Gerichtsverfahren wurde festgestellt, dass ein Anspruch auf Schwerarbeitspension besteht.

→ **Versehrtenrente nach Arbeitsunfall**

Ein Arbeiter wurde 2008 bei einem Arbeitsunfall von einem Stapelfahrer überfahren. Nach anfänglicher Erholung verschlechterte sich sein Zustand 2016 dramatisch. Er beantragte eine Versehrtenrente bei der AUVA. Gegen den ablehnenden Bescheid erhob er mit Hilfe der AK Klage. Es wurde festgestellt, dass die Verschlechterungen auf den Arbeitsunfall zurückzuführen waren und ihm eine Versehrtenrente zusteht.

→ **Schutz der persönlichen Daten**

Die Bekämpfung der Videoüberwachung von Arbeitsplätzen, denen sich Arbeitnehmer:innen nicht entziehen konnten, führte zu Schadenersatzansprüchen für die betroffenen Arbeitnehmer:innen. Mit Hilfe der AK wurden die Arbeitgeber:innen angehalten, die Videokameras zu entfernen. Die Erfassung von biometrischen Daten zur Bestätigung von Arbeitszeitaufzeichnungen wurde für unzulässig befunden.

→ **Rechtsdurchsetzung über den Anlassfall hinaus**

Mehrere erfolgreich geführte Gerichtsverfahren gegen ein Unternehmen brachten systematische Fehler bei der Gehaltsabrechnung zum Nachteil der Arbeitnehmer:innen zu Tage. Von der AK Wien wurden in der Folge alle ehemaligen und aktiven Mitarbeiter:innen darüber informiert und zur Überprüfung ihrer Abrechnungen eingeladen. Daraus folgten zahlreiche weitere Nachzahlungen.

→ **Insolvenzvertretung als Hilfe in Einzelfällen**

Frau Y. war in Karenz und wurde in der Insolvenz ihres Arbeitgebers „übersehen“. Sie erhielt weder Gehalt noch Arbeitslosengeld. Im Zuge der Insolvenzvertretung erhielt sie insgesamt 23.000,- Euro. Für den obdachlosen Herrn S. waren 800,- Euro, die wir für ihn geltend gemacht haben, viel Geld: „Danke, bei Euch bin ich seit langem wieder als Mensch behandelt worden.“

→ **Videoberatung im Regelbetrieb**

Der Kanal der Videoberatung hat sich als festes Angebot der Abteilung Steuerrecht etabliert und ermöglicht die Erreichung neuer Zielgruppen. Vor allem jüngere Mitglieder nehmen 2022 das digitale Angebot gerne in Anspruch. Insgesamt wurden 570 Videoberatungen durchgeführt, was neun Prozent der Beratungstermine entspricht.

→ **Hotel- und Gastgewerbe**

Exemplarisch ein Gerichtsfall zu den Arbeitsbedingungen im Hotel- und Gastgewerbe: Ein Kellner stellte eine Zechprellerin. Diese wehrte sich mit Schlägen und konnte entkommen. Daraufhin wurde der Kellner von seiner Arbeitgeberin entlassen und die entgangene Zeche in Rechnung gestellt. Das OLG bestätigte die unberechtigte Entlassung.

→ **Kinderbetreuungsgeld für junge Mutter**

Eine in Österreich lebende junge Mutter beantragte Kinderbetreuungsgeld. Die ÖGK vertrat die Ansicht, dass Österreich nur nachrangig zuständig sei, weil der Kindsvater in Spanien lebte und arbeitete, und zahlte nicht. Daher brachte die AK eine Säumnisklage ein. Das Gericht sprach der Mutter 11.000,- Euro Kinderbetreuungsgeld zu, weil der Anspruch nicht vom Kindsvater abgeleitet wird.

Die Teuerung macht den Konsument:innen zu schaffen

Im Jahr 2022 nahm die Teuerung weiter rasant zu. Insbesondere die Preise von Lebensmittel- und Drogerieprodukten sind überproportional angestiegen. Diese Verteuerung sowie die stark gestiegenen Energiekosten werden für Haushalte zu einem immer größeren Problem. Auch die Zinserhöhungen stellen für viele Kreditnehmer:innen eine zusätzliche Belastung dar. Neben der Teuerung bildete die Wahrung digitaler Konsument:innenrechte – u.a. bei den EU-Entwürfen zur künstlichen Intelligenz und zur Produkthaftung sowie zu Onlinebetrug – einen weiteren Schwerpunkt der AK Wien. Auch bei der Gebührengestaltung von Fitnessstudios konnten Erfolge erzielt werden. Zudem wurde die Sammelaktion zu den Hygiene-Austria-Masken erfolgreich abgeschlossen.

Mehr Informationen bei Veranlagungen

Eine AK-Befragung zeigte, dass es zwei von drei Österreicher:innen bei Geldveranlagung um Sicherheit geht. Dabei setzen sie meist auf Sparkonten. Wer in Wertpapiere investiert, möchte höhere Erträge erzielen. Die Befragten wollen verständliche Informationen und eine fundierte Beratung. Die AK tritt dafür ein, dass Banken genauere Informationen über Risiken, Kosten und Renditen bereitstellen müssen.

Die AK setzt sich für Verbraucherkredite ein

Die EU-Kommission hat bereits im Juni 2021 eine Novelle zur Verbraucherkredit-Richtlinie vorgelegt. Die AK hat sich für eine Ausweitung des Anwendungsbereichs, eine Vereinfachung der Informationspflichten und eine Deckelung von Kreditkosten eingesetzt. Die AK hat auch strengere Werbevorschriften und die automatische Einbeziehung jeder Kreditversicherung in die Gesamtkosten eines Kredites verlangt.

Mehr Nachhaltigkeit im Bankenbereich

Eine AK-Studie untersuchte, welche Nachhaltigkeitsaspekte bei österreichischen Bankprodukten berücksichtigt werden. Fazit: Bei der Geldanlage haben die Nachhaltigkeitskriterien „Umwelt“, „Soziales“ und „Governance“ die größte Bedeutung. Die AK tritt für eine gesetzliche Regelung von strengen Bewertungskriterien für nachhaltige Geldanlagen ein, um Greenwashing zu verhindern.

KI und Konsument:innenrechte

Mit Blick auf die gesellschaftlichen Risiken von Künstlicher Intelligenz (KI) sowie den EU-Entwurf für ein KI-Gesetz hat die AK eine Studie beauftragt, in der die Schattenseiten für Konsument:innen untersucht wurden. Es zeigt sich ein vielfältiger politischer Handlungsbedarf und die Notwendigkeit für mehr Schutzregelungen für Konsument:innen.

Preiswächter

Im Jahr 2022 führten die aufgrund von Ukraine-Krieg, Energiekrise und Coronapandemie gestiegenen Rohstoffpreise sowie Lieferengpässe zu einer Rekordinflation von rund zehn Prozent und einem kräftigen Preisanstieg bei Lebensmittel und Drogeriewaren mit bis zu dreistelligen Prozentwerten.

Nachhaltiger Konsum kostet

Eine Auswertung des Konsum-Monitors zeigt, dass Konsument:innen durchaus bereit sind, nachhaltig zu konsumieren, aber in der Praxis oft auf Hürden stoßen. Dazu zählen irreführende Kennzeichnungen, unzählige Gütezeichen oder teure bis unmögliche Reparaturen. Entscheidungen hängen meist vom Einkommen ab – wer weniger Geld hat, kauft etwa weniger Bio.

Die AK hilft Cybercrime-Opfern

Die Schwerpunkte Datenschutz und Cybercrime fanden 2022 Eingang in neue Handlungsleitfäden der AK. Sie geben Verbrechensopfern konkrete Hilfe und zeigen, wie Schäden vermeidbar sind. Mit konkreten Tipps und Einstellungsmöglichkeiten am Endgerät half die AK, die Probleme vieler Mitglieder zu lösen.

Pestizide in Kräutern

Die AK hat gängige Küchenkräuter auf mögliche Pestizidrückstände testen lassen. Das Ergebnis war erfreulich: alle Produkte wurden als mit den gesetzlichen Regelungen konform beurteilt. Bei drei Produkten gab es einen Kennzeichnungsmangel.

Vernetzung von Konsumexpert:innen

Um das Feld für kritische Konsumforschung sichtbar zu machen, vernetzt die AK Wien seit 2015 Expert:innen aus dem Bereich Forschung, Politik, Praxis, NGOs und Interessensvertretungen im Rahmen von „Konsum neu denken“. 2022 fand ein Symposium zum Thema „Suffizienz“ statt, das von der BOKU mit Unterstützung der AK organisiert wurde.

Finanzführerschein für junge Menschen

Seit dem Jahr 2021 bietet die Schuldnerberatung in Kooperation mit der AK Wien den Finanzführerschein für Schüler:innen von Polytechnischen Schulen, Fach- und Berufsschulen an. Ziel ist die Schuldenprävention durch Vermittlung von Basiswissen rund um Konto, Kredite, Versicherungen und Verträge. Das Projekt wurde 2022 erfolgreich fortgesetzt.

Das hat die AK 2022 erreicht

- **Verbesserte Verbraucher:innenrechte**
Seit Mai 2022 sind Konsument:innen durch die EU-Modernisierungs-Richtlinie u.a. beim Einkauf im Internet besser geschützt. Es gelten strengere Regeln und mehr Transparenz bei Bewertungen, Angebotsreihungen und personalisierten Preisen.
- **Rechtswidrige Gebühren bei Fitnessstudios**
Die AK Wien ist erfolgreich gegen mehrere Fitnessstudios vorgegangen. Viele Zusatzentgelte wurden vom OGH als rechtswidrig beurteilt. Auch gegen die von einigen Fitnesscentern eingeführte „Energiekostenpauschale“ wurden Unterlassungsklagen eingebracht. Damit konnten ungerechtfertigte Abbuchungen verhindert werden.
- **Gegen hohe Gebühren im Reisebereich**
Die AK ist erfolgreich gegen zu hohe Storno- und Bearbeitungsgebühren vorgegangen und hat Verbandsklagen gegen einen großen Reiseveranstalter sowie gegen Maturareiseanbieter eingebracht. Erste positive Urteile (nicht rechtskräftig) liegen bereits vor.
- **Rechtswidrige Klauseln bei Fluglinien**
Die AK hat gegen mehrere Fluglinien Klagen wegen intransparenter Formulierungen im AGB sowie unzulässiger Gebühren eingebracht. So hat etwa das Gericht bei der ungarischen Fluglinie Wizz Air 86 von 87 beanstandeten Klauseln als rechtswidrig beurteilt.
- **Sammelklage gegen Hygiene Austria**
Die AK hat für geschädigte Kund:innen zwei Musterklagen eingebracht und deren Ansprüche im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren angemeldet. Mit der Hygiene Austria konnten außergerichtliche Vergleiche erzielt und für 517 Betroffene eine finanzielle Entschädigung erreicht werden.

Das fordert die AK

- **Verbandsklagen-Richtlinie**
Die AK Wien fordert die Umsetzung der Verbandsklagen-Richtlinie, die eine Rechtsdurchsetzung bei Massenschäden ermöglichen soll, und setzt sich für ein möglichst einfaches Prozedere sowie geringe Prozesskosten ein.
- **Sofortüberweisungen**
Banküberweisungen müssen künftig EU-weit binnen 10 Sekunden gutgeschrieben sein. Die AK fordert weitere Verbesserungen im Bereich der Haftung bei Missbrauchsfällen, Sicherheit und Entgeltfreiheit.
- **Produkthaftung**
Bei der Produkthaftungs-Richtlinie ist dafür zu sorgen, dass es für Geschädigte spürbare Beweiserleichterungen gibt, für Entwicklungsrisiken gehaftet wird und eine uneingeschränkte Offenlegungspflicht seitens der Hersteller erfolgt.
- **Künstliche Intelligenz**
Bei dem EU-Richtlinienentwurf über die Haftung für Künstliche Intelligenz (KI) setzt sich die AK dafür ein, Geschädigten eine rasche und kostengünstige Schadenersatzdurchsetzung zu ermöglichen.
- **Nachhaltige Produktgestaltung**
Produkte müssen durch gesetzliche Regulierungen langlebiger, reparier- und recyclingfähiger designt werden. Der Reparaturbonus soll ausgebaut werden. Konsument:innen müssen vor irreführenden Aussagen wie „klimaneutral“ geschützt werden.
- **Mehr Infos bei Lebensmitteln**
Das Regierungsprogramm sieht eine nationale Herkunftskennzeichnung von Fleisch, Milch und Eiern vor. Die AK fordert aber auch bessere Informationen zu den Haltungsbedingungen von Nutztieren.

Bildungsgerechtigkeit im Zeichen der Krisen

Das Jahr 2022 war im Bereich Bildung, Ausbildung und Weiterbildung im ersten Halbjahr durch pandemische Entspannung geprägt. Beginnend mit März konnten insbesondere die AK-Angebote von Arbeitswelt und Schule wieder voll durchstarten. Gleichzeitig belasteten mit dem Ukraine-Krieg und der Teuerungswelle die nächsten Krisen die Menschen. Umso mehr machte sich die AK Wien weiterhin für eine bessere Aus- und Weiterbildung ihrer Mitglieder stark!

24.163

Teilnehmer:innen bei 650 Veranstaltungen und Workshops für Jugendliche

Teuerung und Schulkosten

Angesichts der massiven Teuerung in vielen Lebensbereichen nimmt die Arbeiterkammer Wien auch die Schulkosten laufend unter die Lupe. Das AK-Nachhilfebarometer, die AK-Schulkostenstudie und auch eine AK-Sonderbefragung von Eltern ergaben: Der Bildungserfolg und die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ist auch vom Einkommen der Eltern abhängig. Die allgemeine Teuerung ist bei den Familien angekommen und verschärft die ungerechte Verteilung weiter. Jede dritte Familie gab an, dass ihr weniger Geld für schulische Ausgaben zur Verfügung steht.

13.604

Teilnehmer:innen bei 604 Schul-Workshops und Planspielen für Jugendliche

AK-Chancen-Index in aller Munde

Eine zentrale Forderung der AK Wien zur Erreichung von mehr Bildungsgerechtigkeit ist die Einführung einer fairen und gerechten Schulfinanzierung nach dem Modell des AK-Chancen-Index. Das AK-Modell wird von der Politik allseits anerkannt. Die AK setzte im abgelaufenen Jahr weiterhin auf öffentliche Information und Bewusstseinsbildung. Deshalb wurde die Plattform chancenindex.at mit zahlreichen Informationsmaterialien aufgebaut. Der AK-Chancen-Index stand zudem auch im Mittelpunkt der Ö1-Radiokolleg-Sendungen „Bildungsgleichheit ausgleichen“.

AK-Angebote geben Orientierung

Mit dem Abflauen der Pandemie konnten die AK-Angebote ab März 2022 wieder richtig durchstarten. Der Fokus lag dabei auf Bildungs- und Berufsorientierung, Politischer Bildung, Wirtschaftsbildung und rechtlicher Basisinformation:

- **Arbeitswelt und Schule**
Mit über 600 Workshops und Planspielen wurden mehr als 13.600 Jugendliche erreicht.
- **AK Jopsy**
Der bildbasierte Berufsinteressentest wurde als eigenständiges Angebot für Erwachsene weiterentwickelt.
- **L14 Bildungs- und Berufsinformesse**
Die L14 Bildungs- und Berufsinformesse konnte erstmals seit Pandemiebeginn auch wieder in Präsenz stattfinden. 6.407 Teilnehmer:innen haben sich an der größten Berufsinformesse in Österreich virtuell und persönlich informiert.
- **AK bei Info-Messen:**
Die AK Wien war wieder bei der BeSt Messe und erstmals beim „Tag der Lehre XXL“ in der Marx-Halle vertreten.

INFORMATIONSD- UND FACHVERANSTALTUNGEN

16

Veranstaltungen

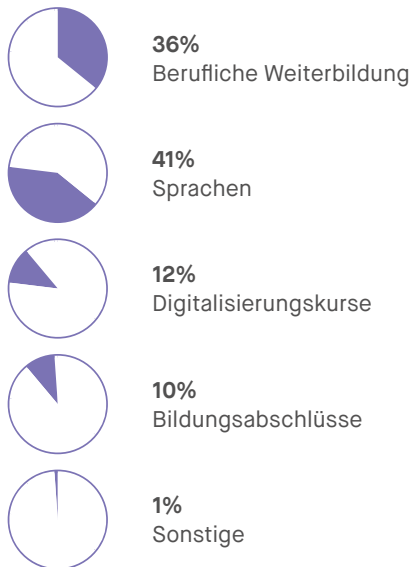
2.092

Teilnehmer:innen

7.178 BILDUNGSGUTSCHEINE



Die beliebtesten Kurse



NUTZUNG DER AK BILDUNGSANGEBOTE



- **26.935**
Teilnehmer:innen bei Bildungs-, Info- und Fachveranstaltungen
- **7.178**
Bildungsgutscheine
- **1.348**
Bildungsgutscheine im Rahmen des Digi-Bonus
- **1.322**
„Digi-Winner“ Förderzusagen

AK-Sprachschlüssel

Eine Studie der Universität Wien im Auftrag der AK Wien dokumentierte eindeutig die großen Probleme der aktuellen Deutschförderung in getrennten Klassen. Als wirksame Alternative der Sprachförderung hat die AK mit einem breiten Netzwerk an Expert:innen den „AK-Sprachschlüssel“ entwickelt. Er fordert ein durchgängiges Sprachfördermodell vom Kindergarten bis über die Pflichtschule hinaus. Die Präsentation der Studie und der AK Sprachschlüssel haben große mediale Aufmerksamkeit und eine breite Diskussion über sinnvolle Sprachförderung entfacht.

Gute Lehrausbildung ist branchenabhängig

Eine Spezialauswertung des Lehrlingsmonitors von AK, ÖGB und Gewerkschaftsjugend brachte ernüchternde Ergebnisse: Die Qualität der Lehrausbildung hängt stark von der Branche ab. Besonders unzufrieden sind Lehrlinge in Tourismus- und Handels-Lehrberufen. Hier wollen viele Lehrlinge nach dem Lehrabschluss nur weg. Gut schneiden umgekehrt der Bereich Metall/Elektro und der Beruf Maurerin/Maurer ab. Damit zeigte sich: Der chronische Arbeitskräftemangel ist in manchen Branchen/Unternehmen selbst verursacht.

Immer weniger Weiterbildung

Eine von der Arbeiterkammer beauftragte Studie des IHS ergab: Österreichs Unternehmen investieren immer weniger in die Weiterbildung ihrer Beschäftigten. Ihr Anteil an der Finanzierung der Weiterbildung ging von 2009 bis 2018 von 41 auf 31 Prozent zurück. Der Anteil der Ausgaben, die die Arbeitnehmer:innen für Weiterbildung selbst aufbringen, stieg dagegen von 29 auf 42 Prozent. Auch im internationalen Vergleich ist der Investitionsrückstau der heimischen Unternehmen in Weiterbildungsmaßnahmen deutlich erkennbar.

Das fordert die AK

- Schulfinanzierung nach dem AK-Chancen-Index
- Schulkosten drastisch reduzieren
- Ganztagesbetreuung und Ganztagschulen flächendeckend ausbauen
- Sprachförderung mit dem AK-Sprachschlüssel
- Bedingungen und Qualität der Lehrausbildung verbessern
- Transparente und zeitgemäße Lehrabschlussprüfungen
- Weiterbildungsfonds einführen
- Qualifizierungsgeld für alle

Gender: Gerechte Arbeitsverteilung und gute Arbeitsbedingungen

In Summe arbeiten Frauen und Männer gleich viel, allerdings ist der Anteil unbezahlter Arbeit bei Frauen besonders hoch. Lücken beim Angebot in der Kinderbetreuung und Pflege sowie belastende Arbeitsbedingungen erhöhen den Druck auf Frauen zusätzlich. Zudem ist die Attraktivität des Care-Sektors aufgrund der belastenden Arbeitsbedingungen weiter zurückgegangen. Die Folgen sind geringe Einkommen für Frauen und fehlende ökonomische Unabhängigkeit. Notwendig sind daher der Ausbau des öffentlichen Care-Sektors sowie wirkungsvolle Maßnahmen für die partnerschaftliche Teilung von Betreuungsaufgaben.

Kinder mit Behinderung

Damit Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern verwirklicht werden kann, braucht es einen Sozialstaat mit verlässlicher und guter Kinderbetreuung und Pflege. In gemeinsamen Bündnissen mit Sozialpartner:innen, Industriellenvereinigung und Arbeitsmarktservice setzen wir uns für ein Recht auf Elementarbildung ab dem ersten Geburtstag des Kindes und für bessere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sowie eine Frühförderung der Kinder durch eine Verringerung des Betreuungsschlüssels ein.

Väterkarenz steigern

Die Ergebnisse des AK-Wiedereinstiegsmonitoring zeigen, dass nur in zwei von zehn Partnerschaften auch der Vater in Karenz geht und das meistens nur sehr kurz. Das schmälert auch die Wiedereinstiegchancen von Frauen. Positiv ist, dass für Geburten ab ersten Jänner 2023 eine langjährige AK-Forderung umgesetzt wurde: Bei Nutzung des Familienzeitbonus wird dieser nun nicht mehr von einem nachfolgenden Kinderbetreuungsgeldbezug abgezogen. Offen ist noch, den Familienzeitbonus zu erhöhen.

Nachteile durch Staatsangehörigkeit

Rund 21 Prozent der unselbstständig Beschäftigten in Österreich haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. In Wien beträgt der Anteil 29 Prozent, bei den Arbeiter:innen liegt der Anteil sogar bei 60 Prozent. Dabei zeigt sich, dass diese Beschäftigten ein geringeres Einkommen, erhöhte Unfall- und Verletzungsgefahr, schlechtere Gesundheitsbedingungen und weniger Mitbestimmung haben. Die AK fordert gute Arbeitsbedingungen und einen gerechten Zugang zur Staatsbürgerschaft.

Zugang zu Familienleistungen

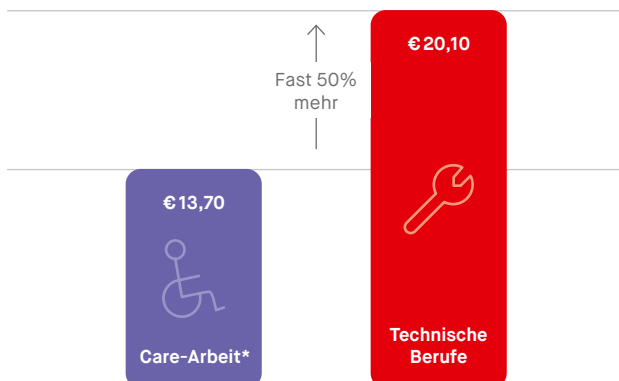
Bürokratische Hürden und rechtliche Fallen beim Kinderbetreuungsgeld führen zu langen Wartezeiten für Eltern. Zudem sind die Gerichte durch eine übermäßige Zahl an Rechtsverfahren belastet. Deshalb wurde die Zusammenarbeit mit der ÖGK Wien, die Vorschläge der AK zur Verbesserung des Vollzugs aufgenommen hat, intensiviert. Ebenso hat sich die AK dafür eingesetzt, dass Eltern nach der EuGH-Entscheidung zur Aufhebung der Indexierung rasch zu ihrem Geld kommen.

Das hat die AK erreicht

- Mit der EuGH-Entscheidung im Juni 2022 wurde festgestellt, dass die Indexierung der Familienbeihilfe rechtswidrig ist. Die Arbeiterkammer hat sich von Anfang an gegen diese Ungleichbehandlung ausgesprochen. Ab 2023 wird diese Forderung umgesetzt. Außerdem wird der Familienzeitbonus nicht mehr vom Papamonat abgezogen.

EINKOMMENSCHERE CARE-BERUFE UND TECHNISCHE BERUFE

Betreuungsberufe sind schlecht bezahlt
Durchschnittlicher Brutto-Stundenlohn in €



Quelle: AK Wien (2022),
*Care-Arbeit = Arbeit im Bildungs- und Gesundheitswesen, in der sozialen Arbeit, der Langzeitpflege oder der Begleitung von Menschen mit Behinderungen

Das fordert die AK

- Gute Arbeitsbedingungen für Beschäftigte und das Recht auf Elementarbildung für Kinder ab dem ersten Geburtstag sowie ein sicherer Platz für Kinder mit Behinderung oder chronischer Erkrankung.
- Um partnerschaftliche Teilung von Kinderbetreuung zu fördern, soll das ÖGB/AK Modell der Familienarbeitszeit umgesetzt werden.
- Die Arbeiterkammer fordert mehr Lohntransparenz. Sie ist eine wichtige Grundlage, um Einkommensnachteile sichtbar und bekämpfbar zu machen.
- Es braucht eine Beseitigung der Hürden beim Kinderbetreuungsgeld, damit Eltern verlässlich und rasch zu ihren Ansprüchen kommen.
- Erleichterung des Zugangs zur österreichischen Staatsbürgerschaft.

Mehr Sicherheit und Gesundheit in der Arbeit

Die Arbeiterkammer Wien setzt sich für eine möglichst menschengerechte, gesunde und sichere Gestaltung der Arbeitsplätze, der Arbeitsumgebung und der Arbeitsorganisation ein. Einen wichtigen Schwerpunkt bilden die vielfältigen Beratungs- und Serviceangebote, um zu mehr Sicherheit und Gesundheit in der Arbeit beizutragen. Zudem engagiert sich die AK auf europäischer Ebene in vielen Netzwerken mit dem Ziel, den Arbeitnehmer:innenschutz EU-weit voranzutreiben.

223.341

Gesamtauflage des vierteljährlich erscheinenden Magazins „Gesunde Arbeit“

162.516

Seitenaufrufe auf www.gesundearbeit.at

Nationalen Strategie Gesundheit im Betrieb

Die Strategie wurde unter Mitwirkung der AK vom Sozialministerium erarbeitet und zielt darauf ab, den Betrieben den Zugang zu zielgerichteten und wirksamen Angeboten zu erleichtern sowie den gesundheitlichen Nutzen für die Beschäftigten zu optimieren. Arbeitnehmer:innenschutz, betriebliche Gesundheitsförderung und betriebliches Eingliederungsmanagement sollen unter dem Dach des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) zu einer besseren Vernetzung und Kooperation sowie zu standardisierten Beratungsangeboten und klar strukturierten Informationen führen.

„Gesunde Arbeit“ auf Social Media

Die Lösungswelt „Gesunde Arbeit“ ist die innovative Zusammenführung von Themen zu Sicherheit und Gesundheit in der Arbeitswelt. 2022 konnten auf Social Media viele neue Nutzer:innen gewonnen werden: Auf Facebook konnten 5344 Follower:innen generiert werden (302 Postings, 1393 Stunden Videokonsumation, 344.253 Personen Reichweite), auf Twitter 1106 Follower:innen (367 Tweets und Retweets, 4180 Stunden Videokonsumation, drei Millionen Tweet-Impressionen). YouTube diente als Plattform für 209 Videos mit über 12.000 Aufrufen.

Sicher topinformiert: „Gesunde Arbeit“

- Das Magazin „Gesunde Arbeit“ erschien 2022 viermal mit eigenen Bundesländerausgaben. Die Schwerpunkte bildeten „Gewalt am Arbeitsplatz“, „Homeoffice und mobile Arbeit“, „Körperliche Belastungen bei der Arbeit“, „Sichere und gesunde Arbeitsbedingungen!“.
- Die Website www.gesundearbeit.at verzeichnete 162.516 Aufrufe bei 52.131 Besuchen. Rund 56 Prozent der Besuche entfielen auf mobile Endgeräte. Der monatliche e-Newsletter „Infos zu Sicherheit und Gesundheit in der Arbeit“ wurde an 1958 Abonnent:innen versandt.

Arbeitnehmer:innenschutz in der EU

Die Arbeiterkammer engagierte sich 2022 im „Beratenden Ausschuss für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz“ der EU-Kommission. Schwerpunkte bildeten die Annahme des Arbeitsprogramms 2023, die „Programmplanung 2023 bis 2025 der Agentur in Bilbao“ sowie die Aktualisierung der Richtlinien zu Bildschirmarbeit, Arbeitsstätten und Chemikalien. Zudem war die AK im Verwaltungsrat der „EU Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz“ vertreten.

Immer mehr Gesundheitsrisiken

Zu viele Arbeitnehmer:innen bezahlen die oft schlechten Arbeitsbedingungen mit ihrer Gesundheit. Laut Statistik Austria sind neun von zehn Erwerbstätigen von mindestens einem Gesundheitsrisiko am Arbeitsplatz betroffen. Acht von zehn Erwerbstätige waren an ihrem Arbeitsplatz zumindest einem körperlichen Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Die AK kritisiert schon lange, dass sich die Arbeitsbedingungen im Zeitverlauf erheblich verschlimmert haben.

RISIKEN UND BELASTUNGEN IM VERGLEICH 2007, 2013 UND 2020 (BETROFFENE ERWERBSTÄTIGE)



Waren zumindest einem körperlichen und/oder psychischen Risikofaktor am Arbeitsplatz ausgesetzt



Waren zumindest einem körperlichen Gesundheitsrisiko am Arbeitsplatz ausgesetzt



Waren zumindest einem psychischen Gesundheitsrisiko am Arbeitsplatz ausgesetzt

Quelle: Statistik Austria (Hrsg.): Arbeitsunfälle und arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme, Wien 2022

Betriebliche Gesundheitsförderung

Die Bundesarbeiterkammer ist Partnerin des „Österreichischen Netzwerks Betriebliche Gesundheitsförderung“ (BGF). Im Jahr 2022 wurden 470 Erst- und Wiederverleihungen von Gütesiegeln für den Zeitraum 2023 bis 2025 zuerkannt. Die AK vertrat gemeinsam mit dem ÖGB im Rahmen der Nationalen Strategie „Gesundheit im Betrieb“ und deren Teilprojekten die Interessen der Arbeitnehmer:innen bei der Forcierung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Das fordert die AK

- **Mehr Arbeitsinspektor:innen**
Um die Schutzgesetze besser zu überwachen, zusätzlich 50 Arbeitsinspektor:innen notwendig. Arbeitgeber:innen, die die Gesundheit der Beschäftigten aufs Spiel setzen, sind streng zu strafen.
- **Etablierung von Arbeits- und Organisationspsycholog:innen**
Arbeits- und Organisationspsycholog:innen sind als gleichberechtigte Präventivfachkraft aufzuwerten.
- **Manuelle Handhabung von Lasten wirksam regeln**
Schaffung einer Durchführungsverordnung zur manuellen Handhabung von Lasten samt verbindlicher Obergrenzen für das Bewegen von Lasten.
- **Risikobasierte Grenzwerte**
Die AK tritt bei gesundheitsschädigenden Arbeitsstoffen für einen raschen Umstieg von TRK-Werten auf risikobasierte Grenzwerte ein.
- **Schutz vor Hitze am Arbeitsplatz**
Abgestufte Schutzmaßnahmen ab 25 Grad Celsius in Innenräumen und bei Arbeiten im Freien. In letzter Konsequenz muss es bezahlt hitzefrei geben.
- **Erweiterung der Kompetenz der AUVA**
Erweiterung des gesetzlichen Präventionsauftrages für die AUVA über das Unfallgeschehen hinaus – auch für arbeitsbedingte Erkrankungen.

Service und Beratung für Arbeitnehmervertreter:innen

Die Expert:innen der AK Wien beraten Betriebsrät:innen und Arbeitnehmervertreter:innen im Aufsichtsrat in wirtschaftlichen Angelegenheiten und arbeiten dabei eng mit den Gewerkschaften zusammen. Wir bieten umfangreiche Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowie Serviceleistungen vor Ort. Informiert wird mit Publikationen über Verteilungsfragen in Unternehmen sowie praxisorientierten Checklisten zur Betriebsrats- und Aufsichtsratsarbeit. Die AK-Beratung für Arbeitnehmervertreter:innen ist kostenlos.

Stärkung der Wirtschaftskompetenz

Das Wissen um die wirtschaftliche Situation des Unternehmens gilt als notwendige Voraussetzung, um die Rechte der betrieblichen Mitbestimmung auszuschöpfen und auf Augenhöhe mit der Geschäftsführung zu kommunizieren. Vor allem in den Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften kommt der Vertretung der Arbeitnehmer:innen neben mehr Verantwortung auch mehr Gestaltungsspielraum zu.

425

Beratungen von Betriebsrät:innen und Aufsichtsrät:innen

1.600

sozialpolitische Beratungen

194

Seminare mit 3.205 Teilnehmer:innen

Mehr Services für unsere Zielgruppen

Spezifische Personengruppen, die traditionell keine starke Bindung zu Gewerkschaften und Arbeiterkammer hatten und deren Beteiligung an den AK Wahlen unterdurchschnittlich war, wurden 2022 mit gezielten Aktivitäten angesprochen und eingebunden. In Kooperation mit den Gewerkschaften wurden dafür neue Konzepte der Zielgruppenansprache sowie erweiterte Services entwickelt und angeboten.

Sozialpolitische Beratungen

2022 hat die AK Wien rund 1.600 sozialpolitische Beratungen für Gewerkschaftssekretär:innen und für Betriebsrät:innen durchgeführt. Thematisch standen vor allem Fragen zum Arbeitsverfassungsrecht, zu Umstrukturierungen, zur Arbeitszeit, zu Coronamaßnahmen und zum Datenschutz in der Arbeitswelt im Vordergrund.

8

IFAM Weblounges mit rund 1.200 Teilnehmer:innen

50

Branchenanalysen

388

Vorbereitungskurse für Lehrabschlussprüfungen

41

Fachausschüsse



STRUKTURWANDEL- BAROMETER 2022

Blick in die Unternehmen
2. Ausgabe

EINE STUDIE VON AK UND OGB DURCHFÜHRT VON IFES

IFES

OGB AK

Fachausschüsse

In mehr als 190 Seminaren wurden Lehrlinge für ihre Abschlussprüfung vorbereitet. Im Gesundheitsbereich konnten sich Mitarbeiter:innen in über 150 Kursen des Fachausschusses weiterbilden. Vom Fachausschuss Berufskraftfahrer:innen wurden gesetzlich vorgeschriebenen Wiederholungsprüfungen sowie Kurse zur Erlangung eines außerordentlichen Zugangs zur Lehrabschlussprüfung durchgeführt. Zudem nahmen mehr als 1.000 Lehrlinge und Schüler:innen an Berufswettbewerben teil.

Förderung von Qualifikationen

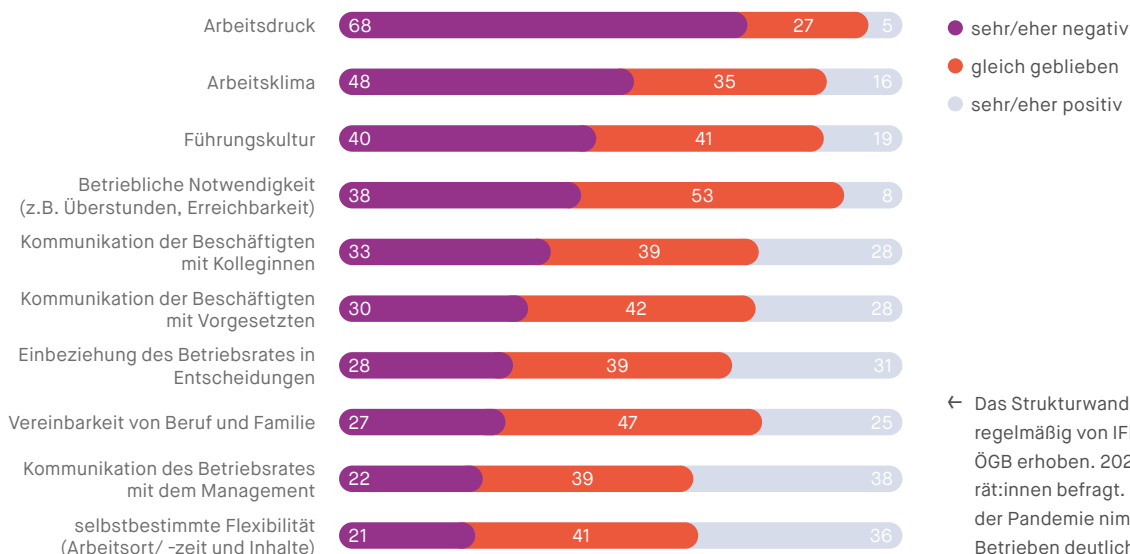
Die AK Wien bietet umfangreiche Serviceleistungen für überbetriebliche und betriebliche Interessenvertreter:innen an, um die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter:innen zu fördern. Die Weiterbildungen für Arbeitnehmervertreter:innen wurden auch 2022 in einem Mix aus Präsenz- und Onlineseminaren durchgeführt. Die gut eingeführten Online-Formate wurden ausgebaut und sind mittlerweile integraler Bestandteil des Bildungsprogramms der AK.

AK Branchenreports

Im Jahr 2022 wurden unter anderem folgende Branchenanalysen durchgeführt:

- Banken
- Elektroindustrie
- Eisenbahnunternehmen
- Gütertransport
- Handel
- Holzindustrie
- Kunststoffindustrie
- Metallindustrie
- Nahrungs- und Genussmittelindustrie
- Versicherungen

STRUKTURWANDELBAROMETER AK/ÖGB/IFES 2022



← Das Strukturwandelbarometer wird regelmäßig von IFES im Auftrag von AK und ÖGB erhoben. 2022 wurden 1.389 Betriebsrät:innen befragt. Das Ergebnis: Seit Beginn der Pandemie nimmt der Arbeitsdruck in den Betrieben deutlich zu.

Kulturelle Teilhabe ermöglichen und leistbar machen

Nach der Pandemie nahm das kulturelle Leben 2022 wieder Schwung auf. Doch das Publikum kehrte nur langsam zurück – teils aus Vorsicht, teils, weil es sich an virtuelle Formate gewöhnt hatte. Mit dem Krieg kamen noch Energiekrise und Teuerung hinzu, die für viele Menschen eine Teilhabe am kulturellen Leben weiter erschwerten. Umso wichtiger war es, kulturelle Teilhabe leistbar zu machen. Dies hat die AK Wien mit einer Vielzahl an Kulturangeboten auch 2022 unterstützt.

Wiener Stadtgespräche

Die erfolgreiche Gesprächsreihe Wiener Stadtgespräche, eine Kooperation mit der Wiener Wochenzeitung FALTER, wurde fortgeführt. Die Veranstaltungen 2022 konnten wieder ohne Einschränkungen im AK Bildungszentrum vor Publikum stattfinden. Am 27. April 2022 hatte Peter Huemer seinen großen Auftritt: Nach 15 Jahren als Moderator ließ er – diesmal als Gast – die Zeit Revue passieren und übergab die Moderation an Barbara Tóth. Im Oktober war dann der Soziologe Klaus Dörre zu Gast und sprach über „Die Utopie des Sozialismus“.

Popfest Wien

Auch das Popfest Wien konnte 2022 nach zwei eingeschränkten Jahren im gewohnten Format am Karlsplatz in Wien stattfinden. Von 27. bis 30. Juli wurde aufstrebenden österreichischen Musiker:innen und Bands bei freiem Eintritt an mehreren Locations am und rund um den Karlsplatz eine Bühne geboten. Die AK Wien war einmal mehr als Hauptsponsorin an Bord. Das Popfest Wien hat 2022 bewiesen, dass es zu einem Fixpunkt im sommerlichen Kultursommer geworden ist.

Public Moves bei ImPulsTanz

Die AK Wien unterstützte das ImPulsTanz-Festival mit dem Schwerpunkt „Public Moves“ mit gratis-Tanzworkshops im öffentlichen Raum. Von 5. Juli bis 5. August wurden an fünf Locations unter freiem Himmel 128 Tanzklassen mit 93 internationalen Dozent:innen angeboten, von Ballett über Bodywork und Yoga zu Bollywood-Tanz, Jazz oder Hip-Hop. Jedes Alter und Level war willkommen. 9700 Personen haben an den Workshops teilgenommen, dazu kamen noch 6000 Zuschauer:innen. „Public Moves“ war auch 2022 ein Riesenerfolg!

Buchpreis Debüt

2022 wurde zum siebenten Mal der österreichische Buchpreis vergeben, die AK Wien ist Stifterin des Debütpreises. Mit ihren Erstlingswerken für den Debütpreis 2022 nominiert waren Lena-Marie Biertimpel („Luftpolster“), Sirka Elspaß („ich föhne mir meine wimpfern“) und Anna Maria Stadler („Maremma“). Am 3. November fand die Lesung der drei Debütant:innen in der AK Bibliothek statt. 2022 wurde Lena-Marie Biertimpel mit dem Debütpreis ausgezeichnet.

AK KUNSTPROJEKTE

Die Beratungszone der AK Wien wird seit 2008 mit zweimal jährlich wechselnden Ausstellungen zeitgenössischer Kunst aus Österreich bespielt. Für die auf die Beratung wartenden Kund:innen wird so ein „Kunstfenster“ geöffnet. 2022 wurden die Ausstellungen „Real Life Matters“ von Klaus Pobitzer und „Wir schaffen das!“ von Maryam Mohammadi und Joachim Hainzl präsentiert. Pobitzer widmet sich mit seinen digitalen Zeichnungen einer popkulturellen medialen Bilderwelt; Mohammadi und Hainzl verhandeln Fragen von Migration und Krieg.

Secession

2022 setzte die AK Wien die bewährte Kooperation mit der Künstler:innenvereinigung Secession fort und unterstützte die Ausstellung des in Wien lebenden und arbeitenden Künstlers Siggie Hofer mit dem Titel „Still Life“ (4. März bis 12 Juni 2022). Bei der Vermittlung ermöglichte die AK Wien die Erweiterung des Audio-Guides auf die Sprachen BKS und Türkisch. AK-Mitglieder erhielten in der Secession das ganze Jahr über beim Kauf einer Eintrittskarte eine zweite gratis dazu.

Theater-Workshops

Die AK Wien unterstützte auch 2022 kostenlose Workshops für Schulklassen im Burgtheater sowie das Programm „Schulkooperationen“, bei dem in 14 Partnerschulen Theater-Workshops durchgeführt werden. Pandemiebedingt wurden neue Vermittlungsformate in Form von Audiowalks entwickelt: Die Lehrkräfte konnten sich mit ihren Schüler:innen durch den öffentlichen Raum bewegen und bekamen Aufgaben durch Audiofiles zugespielt. Die Ergebnisse wurden in einem Zoom-Meeting zusammengeführt.

Volkstheater Bezirkstour

2022 unterstützte die AK Wien die „Bezirkstour“ des Volkstheaters: auf kleinen bis mittelgroßen Bühnen. In verschiedenen Locations wie Volkshochschulen, aber auch im Theater Akzent wurden kleine und anspruchsvolle Produktionen aufgeführt. Unter der Leitung von Regisseur Calle Fuhr wurden Produktionen wie „Heldenplätze“ mit Publikumsliebbling Gerti Drassl, „Musketiere“ frei nach Motiven von Alexandre Dumas, „Wien's Anatomy“ von Karen Breece und „Bilder deiner großen Liebe“ nach dem Roman von Wolfgang Herrndorf gezeigt.

Wien Museum

Die AK Wien setzte ihre Kooperation mit dem Wien Museum fort und unterstützte die coronabedingt auf 2022 verschobene Ausstellung „Augenblick! Straßenfotografie in Wien“ (19. Mai bis 23. Oktober 2022), die im Ausweichquartier MUSA des im Umbau befindlichen Wien Museums zu sehen war. Die Ausstellung zeigte Wiens Alltags- und Straßenleben in faszinierenden, noch nie gezeigten Bildern und präsentierte einen Querschnitt durch die Geschichte der Wiener „Street Photography“.



Wiener Festwochen

Nach zwei eingeschränkten Jahren feierten auch die Wiener Festwochen ein Comeback. Die AK Wien unterstützte Veranstaltungen bei freiem Eintritt und ermöglichte im Theater Akzent die Produktion „Close Encounters“: Die Künstlerin Anna Rispoli erarbeitete mit 15 Lehrlingen und Schüler:innen in Workshops ein Stück, das mit Rollenbildern und Erwartungen bricht und sich um die Themen Arbeit und Selbstbewusstsein, Sehnsucht und Realität, Autonomie und Kollektivität dreht. „Close Encounters“ wurde 2022 für den Nestroy-Spezialpreis nominiert.

←

Wiener Festwochen 2022,
„Close Encounters“

Wissen ist zum Teilen da

Allen Mitgliedern und Interessierten einen umfassenden und kostenfreien Zugang zu Wissen und Information zu bieten ist eine der zentralen Aufgaben der AK Bibliothek Wien. Daher finden die Leser:innen zusätzlich zum Angebot an wissenschaftlichen Publikationen auch aktuelle Tages- und Wochenzeitungen, die DVD-Sammlung „Arbeit im Film“ sowie eine umfangreiche Auswahl an E-Books, E-Audiobooks, E-Journals (via OverDrive) und Filmen zum Streamen (via filmfriend). Zudem stehen den Nutzer:innen kostenfrei PC-Arbeitsplätze sowie ein WLAN-Zugang in allen Bereichen der Bibliothek zur Verfügung.

„Filmstream ab“ mit filmfriend

Seit Februar 2022 ergänzt die Streaming-Plattform filmfriend das kostenfreie Angebot der AK Bibliothek digital. Das laufend erweiterte Angebot an hochqualitativen internationalen Filmen und Serien bietet wechselnde thematische Kollektionen, etwa zu „Politik & Politisches“, „Natur & Umwelt“, „Flucht & Migration“ oder „Filme gegen Rassismus“. Somit kann die AK Bibliothek mit filmfriend nicht nur unterhalten, sondern über die in den Serien, Spiel- oder Dokumentarfilmen behandelten Themen ihren Bildungsauftrag auf niederschwellige Art erfüllen.

Messe Buch Wien 2022

Die Arbeiterkammer präsentierte sich – gemeinsam mit dem ÖGB-Verlag – auf der Buch Wien. Mehr als 51.000 Besucher:innen konnten sich über das thematisch breit gefächerte wissenschaftliche Publikationsaufkommen (Zeitschriften, Schriftenreihen und Studien) informieren. Auch das umfangreiche Angebot an Ratgebern und die Informationen zu den Services der Arbeiterkammer trafen auf reges Interesse.

VWA - wie geh ich's an!?!

Das neue Angebot soll Schüler:innen bestmöglich bei der Erstellung von Vorwissenschaftlichen Arbeiten/Diplomarbeiten unterstützen. In neun Video-Tutorials wird Laura auf informative und humorvolle Weise bei der Erstellung ihrer VWA begleitet. Von der Themenfindung über Recherche, Nutzung einer Bibliothek bis hin zum wissenschaftlichen Schreiben wird alles Wichtige angesprochen. Somit können die Videos auch im Unterricht eingebunden werden. Ergänzt werden sie durch weiterführende Infos sowie Tipps und Tricks auf der neu eingerichteten VWA-Infoseite.

104.063

Entlehnungen gedruckter Medien und Downloads digitaler Medien

52.462

Dokumentzugriffe auf AKemedien

16.116

Bibliotheksbenuer:innen vor Ort



Netzwerk Wissenschaft

Das Netzwerk Wissenschaft der AK Wien hat das Ziel, die Zusammenarbeit mit der Scientific Community kontinuierlich fortzuführen und auszubauen, was sich in der laufenden Erweiterung der Themenfelder widerspiegelt. Die interessenpolitischen Aktivitäten der AK Wien werden damit auf ein breites Fundament gestellt und auch im wissenschaftlichen Bereich verankert. Insbesondere fördern wir junge Nachwuchswissenschaftler:innen, um bei Forschungsprojekten auch Arbeitnehmer:innen relevante Perspektiven einzubringen.



Kompetenz und Vernetzung

Die Aktivitäten des Netzwerk Wissenschaft umfassen ein breites Portfolio. Aus den verfügbaren Mitteln werden wissenschaftliche Abschlussarbeiten, Projekte und Kooperationen gefördert, die der wissenschaftlichen Kompetenz und Vernetzung der AK Wien dienen. Die Forschungskoooperation „Sozialwissenschaftliches Netzwerk“ (SOZNET) unterstützt dies im Feld der Arbeitsforschung.

Wissenschaftliche Abschlussarbeiten

2022 wurden 15 Masterarbeiten und eine Dissertation abgeschlossen. Dabei behandelten die Studierenden wichtige Themen für die AK Wien wie Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsbedingungen von migrantischen Arbeiter:innen in einem transnationalen Versandhandelskonzern, Klassenmobilität oder die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaats als Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise.

←

Lesesaal der AK Bibliothek Wien

Wissenschaftliche Projekte

Auch im Jahr 2022 galt es, die Aktivitäten an die Bedingungen der Pandemie anzupassen und teils durch virtuelle Formate zu ersetzen. Insgesamt wurden 38 Wissenschaftsprojekte durch Kooperationen unterstützt. Dazu gehörten u.a. die Young Economists Conference 2022 sowie eine Kooperation der Europäischen Sozialcharta und dem Ludwig Boltzmann Institut für Grund- und Menschenrechte zum Schwerpunkt COVID-19.

Förderung junger Wissenschaftler:innen

Jungakademiker:innen hatten die Möglichkeit, im Rahmen des Projektes „Forschungsassistent:innen“ für zwei bis vier Monate in der AK Wien wissenschaftlich zu arbeiten. Sie erhielten einen Arbeitsplatz, finanzielle Unterstützung und eine umfassende inhaltliche Betreuung. Im Jahr 2022 haben zehn junge Wissenschaftler:innen diese Möglichkeit genutzt und dabei unterschiedlichste Themengebiete bearbeitet.

AK Young

Unter dem Label „AK Young“ bietet die AK Wien umfangreiche Services für junge Menschen an. Dazu zählen vor allem kostenlose Beratungen zu rechtlichen und finanziellen Fragen sowie altersgerechte Bildungs- und Kulturaktivitäten. Damit unterstützt die AK junge Menschen dabei, den Überblick zu bewahren und ihre Rechte im Betrieb, in der Ausbildung oder im Privaten geltend zu machen. Ob Schüler:in, Lehrling, Praktikant:in oder Studierende – die AK hat für alle das passende Angebot.

Jugend fordert Respekt

Die 177. Vollversammlung der AK Wien im Mai 2022 stand ganz im Zeichen des AK-Schwerpunkts Jugend und Beteiligung. Eingeläutet wurde sie durch mitreißende Redebeiträge der Jugendvertreter:innen. Immer mehr Junge fühlen sich von der Politik ignoriert, belegen auch SORA-Jugendstudien. 40 vor Ort anwesende Jugendvertrauensrät:innen machten klar: Jugendliche wollen gehört werden! Die Vollversammlung sprach sich für eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte, Investitionen in psychische Gesundheit, einen fairen Zugang zur Staatsbürgerschaft, die Bekämpfung von Kinderarmut und leistbares Wohnen für Junge aus.

AK Lockdownstories

Elf Jugendliche drehten mit Unterstützung der AK Wien einen Kurzfilm zum Thema politische Beteiligung, nachdem sie sich zuvor in Workshops mit Themen wie Mitbestimmung, Staatsbürgerschaft und Exklusion auseinandergesetzt hatten. Die Handlung hat die jugendliche Gruppe im Austausch mit Drehbuchautor:innen selbst zu Papier gebracht. Nach diversen Schauspielcoachings wurde der Film mit dem Namen „Ihr könnt uns alle mal...!“ gedreht. Am 1. Dezember feierten die AK Lockdownstories im vollbesetzten Metro Kino eine vielbeachtete Premiere. Weitere Vorführungen sind 2023 geplant.

6.407

Jugendliche und Eltern wurden bei der L14 über Lehrberufe und Schulen informiert



Digitalisierung der Wiener Berufsschulen

In Kooperation mit der MA 56 wurde im Jahr 2022 die AK-Offensive zur Digitalisierung von Wiener Berufsschulen umgesetzt. Die AK Wien stellte 500.000,- Euro für Digitalisierungsmaßnahmen an den 21 Wiener Berufsschulstandorten zur Verfügung. Die Anschaffungen wurden von den Schulstandorten selbst durchgeführt und die Fördersumme zur Gänze ausgeschöpft. Angeschafft wurden u.a. 195 Notebooks, 80 Smartboards und Geräte für die digitale Werkstatt- und Laborausstattung. Das Projekt wird im Jahr 2023 um zehn Polytechnische Schulen mit einer Fördersumme von gesamt 580.000,- Euro erweitert.

L14 hybrid – AK Bildungs- und Berufsinfomesse

Um Schüler:innen bei ihrer Berufs- und Bildungswahl zu unterstützen, führte die AK Wien im November zum 22. Mal die L14 AK Bildungs- und Berufsinfomesse gemeinsam mit der Bildungsdirektion Wien durch. Neben den verschiedenen Schultypen und Einrichtungen zur Bildungs- und Berufsberatung wurden auch die Top-28-Lehrberufe sowohl digital als auch in Präsenz vorgestellt. 6.407 Nutzer:innen registrierten sich bei der hybriden L14-Messe. 256 Schulklassen mit 5256 Schüler:innen kamen dabei ins Bildungszentrum der AK Wien. An den Familientagen kamen auch zahlreiche Eltern, insgesamt waren hier 1151 Besucher:innen vor Ort.

Faire Bedingungen für Pflichtpraktikant:innen

Im Auftrag der AK wurde die Situation der rund 180.000 Schüler:innen, die ein Pflichtpraktikum absolvieren müssen, untersucht. Der Befund: Viele Schüler:innen wissen nicht über ihre Rechte Bescheid. Zwölf Prozent machten ein unbezahltes Praktikum, nur 78 Prozent wurden ordentlich entlohnt. Negativ stach die Tourismusbranche hervor: Hier mussten Praktikant:innen häufig Überstunden machen. Mitunter entstanden hohe Kosten für Unterkunft, Essen und Arbeitsmittel. Die AK fordert faire Bezahlung, arbeitsrechtliche Aufklärung und bessere Bedingungen, insbesondere im Tourismus.

1.834

Jugendliche bei 92 Workshops (in Präsenz und online) zum Schwerpunkt „Check Up Lehre“

1.240

Jugendliche bei 63 Workshops (in Präsenz und online) „Jugendliche als Konsument:innen“

3.894

Jugendliche nahmen an 171 AK-Bewerbungstrainings (in Präsenz und online) teil

Das fordert die AK

- **Transparente und zeitgemäße Lehrabschlussprüfungen**
Immer noch werden Lehrabschlussprüfungen (LAP) hinter verschlossenen Türen abgehalten. Viele Lehrlinge wissen oft selbst gegen Ende ihrer Ausbildung nicht, was sie dabei erwartet und wie sie sich am besten vorbereiten sollen. Die AK Wien fordert, dass LAP öffentlich zugänglich sind. Prüfungsorte müssen durchgängig mit digitalen Geräten ausgestattet werden, sodass relevante Prüfungsteile nicht mehr handschriftlich durchgeführt werden müssen. Die Einhebung der Prüfungstaxe soll direkt bei den Lehrbetrieben erfolgen, anstatt von den Lehrlingen vorgestreckt zu werden.
- **Keine Deckelung der Lehrstellenförderung und Einführung von Qualitätskriterien**
Das Budget für die Lehrstellenförderung wurde für 2023 mit 270 Millionen Euro gedeckelt. Angesichts der massiven Teuerung ist zu erwarten, dass dies nicht ausreicht, um die bestehenden Förderungen zu finanzieren. Daher muss die Deckelung der Lehrstellenförderung aufgehoben und an konkrete Qualitätskriterien gebunden werden.

←

Schauspielcoaching im Bildungszentrum der AK Wien

Die Arbeiterkammer ist #deineStimme für soziale Gerechtigkeit!

Das Jahr 2022 war für die AK eine große Herausforderung. Die spürbaren Nachwirkungen der Coronakrise, die wirtschaftlichen und auch emotionalen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine und die damit verbundenen Teuerungen in vielen Lebensbereichen haben die AK-Mitglieder stark getroffen. Die Arbeiterkammer setzte sich österreichweit für soziale Sicherheit und für einen Sozialstaat ein, der für alle da ist. Denn „Sozialstaat“ bedeutet für uns nicht nur, „den Armen helfen“, sondern alle Gesellschaftsgruppen zu unterstützen und ihnen eine sichere Grundlage für ein gutes Leben zu bieten.



Kampagne #deineStimme

Der Themen-Bogen der österreichweiten Kampagne spannte sich von der Gewährleistung eines soliden Gesundheits- und Pflegesystems über gleiche Bildungschancen, Geschlechtergerechtigkeit und Kinderbetreuung bis hin zu ordentlichen Arbeitsbedingungen ohne Ausbeutung. Damit stärkte die AK ihren Mitgliedern den Rücken, ermächtigte sie, für ihre Rechte einzustehen und bot Soforthilfe durch verschiedene Services, Beratung und Informationen auf diversen Kanälen an. Für die Mitglieder bedeutete das: Du bist Teil der AK, die AK kämpft für deine Rechte, die AK ist auf deiner Seite.

”

Deine Stimme ist laut, die AK steht auf deiner Seite, sie fordert und verhandelt, und sie setzt sich durch. Vor Ort und in ganz Österreich spricht sie auch deine Sprache. Die Arbeiterkammer ist deine Stimme. “

Junge Zielgruppen mit TikTok

TikTok ist für die AK der Kanal, um junge Arbeitnehmer:innen mit Service und Interessenspolitik anzusprechen. Die Zahl der Follower:innen hat sich auf 47.500 Personen erhöht, davon haben knapp drei Viertel eine jüngere Zuwanderungsgeschichte. Die erfolgreichsten Videos waren Beiträge zum Thema Fahrgastrechte bei Flugverspätung sowie zur Arbeitssituation von Reinigungskräften.

Starker Zuwachs auf Instagram

Auf Instagram werden politische Botschaften an junge Menschen vermittelt. Ende des Jahres erreichte der AK-Account über 23.000 Follower:innen. Die Reichweite konnte um 26 Prozent gesteigert werden, über das gesamte Jahr sahen 2.354.109 Konten einen der Beiträge zumindest einmal. Erfolgreichster Content 2022 waren Fragen, die beim Bewerbungsgespräch tabu sind.



AK legt auf Facebook zu

Auf dem AK-Facebook-Account wurde die Reichweite 2022 um fünf Prozent gesteigert. Insgesamt haben die Beiträge 228.000 Interaktionen mit 123.000 Facebook-Fans generiert. Erfolgreichster Content war ein AK-Fall aus dem Arbeitsrecht. Hohe Aufmerksamkeit erreichten Beiträge zu AK-Services und interessenspolitische Inhalte.

Mehr Service auf LinkedIn

Auf LinkedIn forcierte die AK weiter ihren Service-Content rund um arbeitsrechtliche Anliegen. Die Anzahl der Impressionen wurde vervierfacht und die Anzahl der Follower:innen auf 6.183 gesteigert. Insgesamt fanden 6.325 Interaktionen statt. Erfolgreichster Content war ein Artikel zur Einführung der 30h-Woche bei eMagnetix sowie Beiträge zu AK Studienergebnissen & interessenspolitischer Content.

Kennzahlen 2022

17,2 Mio.

Besuche aller AK Online-Angebote, davon 13,6 Mio. Besuche der AK Online Rechner

8 Mio.

Gesamtauflage der Mitgliederzeitung „AK für Sie“

312.000

Analoge Mailings zu 26 Themen

91.000

Digitale Mailings zu 60 Themen

1,7 Mio.

Versand und Downloads von Broschüren und Foldern

41.500

Abonnent:innen der AK Newsletter

33

Pressekonferenzen und 244 Presseaussendungen

Die AK auf Social Media

6,5 Mio.

Impressions auf **Twitter** und 15.300 Follower:innen

2,35 Mio.

Reichweite auf **Instagram** mit 31.800 Interaktionen und 9.000 Follower:innen

5,7 Mio.

Aufrufe des AK **Youtube**-Channels

228.000

Facebook-Interaktionen mit 123.000 Facebook-Fans

47.500

TikTok-Follower:innen und eine Reichweite von 115.000 Personen pro Video

6.325

Interaktionen auf **LinkedIn** mit 5.000 Follower:innen

76

Kampagnen in **mobile-pocket**

Die AK Wien informiert ihre Mitglieder kostenlos und aktuell

Der Arbeiterkammer ist ein freier Zugang zu Information sehr wichtig. Deswegen bieten wir unseren Mitgliedern ein kostenloses Medienservice zu arbeitnehmer:innenrelevanten Dokumenten wie Studien, Broschüren oder Zeitschriften sowohl als Printversionen als auch digital an.

8 Mio.

Gesamtauflage der Mitgliederzeitung „AK für Sie“

AK Aktuell

Aktuell informiert kontinuierlich Betriebsrät:innen und Personalvertreter:innen über Neuerungen in der Arbeitswelt sowie wichtige Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht. 2022 widmete sich Aktuell u.a. den Themen „Einkommensschere“, „Gewalt am Arbeitsplatz“, „Minusstunden“ und dem „Start ins Arbeitsleben“. Auch die Infooffensive „Deine Drei“ zur Zusammenarbeit von AK, ÖGB und Betriebsrät:innen stellte Aktuell ausführlich vor.

AK für Sie

AK FÜR SIE ist die Mitgliederzeitung der AK Wien. Die Zeitschrift erscheint zehnmal im Jahr und informiert die AK Mitglieder zu aktuellen Themen. 2022 waren die Themenschwerpunkte der „Kampf gegen die Teuerung“, „Sozialstaat statt Armut“, die „Forderung nach mehr Kassenärzt:innen“ und der „Einsatz für einen gerechten Beitrag der Reichen zum Sozialstaat“.

403.000

Mailings an unterschiedliche Zielgruppen

AK.Frauen.Management.Report.2022

Die jährliche Analyse über die Verteilung von Führungspositionen nach Geschlechtern zeigte: Fünf Jahre nach Einführung einer verbindlichen Quote von mindestens 30 Prozent Frauen in den Aufsichtsratsgremien börsennotierter Unternehmen lag der Anteil von Frauen in den Aufsichtsräten der quotenpflichtigen Börsenunternehmen im Jahr 2022 bei rund 35 Prozent.

A&W Blog

In insgesamt 230 Beiträgen haben im Jahr 2022 Expert:innen der AK und Gewerkschaften sowie Wissenschaftler:innen ihr Wissen und ihre Standpunkte am A&W Blog geteilt. Schwerpunkte lagen dabei auf Demokratie, Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit, Energie und den Rahmenbedingungen einer sozial-ökologischen Transformation, dem Klimaschutz und der Digitalisierung.



AK Stadt

Die Zeitschrift „AK Stadt“ erscheint vierteljährlich und analysiert relevante Kommunalthemen für Wiener Arbeitnehmer:innen und deren Relevanz für die Stadtentwicklung. Die Schwerpunkte im Jahr 2022 bildeten die Themen „Urbane Resilienz – Was uns krisenfest macht“, „Hotspot Wien – Klimagerechte Stadt“, „Wohnbauboom Wien“ sowie „Kälte in der Stadt“.

Arbeit und Wirtschaft

Das gemeinsame Magazin der Arbeiterkammer und des ÖGB richtet sich an Betriebsrät:innen sowie eine sozial- und wirtschaftspolitisch interessierte Öffentlichkeit. 2022 wurden folgende Schwerpunkte behandelt: Demokratie, Budget, Wohlstand, Sozialstaat, Arbeitsmarkt, Inflation, Pflege, Bildung, Jugend und Beteiligung.

AK Unternehmensradar 2022

Um zeitnah nach der Bilanzlegung und Veröffentlichung im Firmenbuch eine Einschätzung der wirtschaftlichen Performance der großen Unternehmen treffen zu können, hilft der AK Unternehmensradar. Mit diesem Analyseinstrument werden die großen operativen Kapitalgesellschaften einem ersten, umfangreichen Bilanzcheck unterzogen.

AK EUROPA Newsflash

Der ein- bis zweiwöchentlich erscheinende elektronische Newsletter des Brüsseler AK EUROPA Büros informiert über aktuelles aus Europas Hauptstadt. Er stellt auch 2022 eine wichtige Informationsgrundlage für Interessierte in Österreich und in Brüssel über wichtige europapolitische Entwicklungen und Entscheidungen aus dem Blickwinkel von Arbeitnehmer:innen dar.

AK Branchenreport 2022

Der AK Branchenreport untersucht regelmäßig die Entwicklung und wirtschaftliche der Österreichischen Industrie anhand veröffentlichter Jahresabschlüsse. Im Jahr 2022 wurden unter anderem Branchenanalysen im Bereich Elektroindustrie, Spedition und Logistik, Metallgewerbe, Versicherungen, Kreditsektor, Chemie, Reinigung und Textil durchgeführt.



AK Bankenmonitoring 2022

Im Rahmen des regelmäßig durchgeführten Bankenmonitorings hat die AK die Preise von 53 Dienstleistungen für Neukund:innen bei neun Banken in Wien erhoben und im Jahresvergleich (von Jänner 2021 zu Jänner 2022) überprüft. Sieben von neun geprüften Banken haben für Neukund:innen kräftig an der Spesenschraube gedreht, teils spürbar und öfter als im Vorjahr.

Budgetanalyse 2023-2027

In der regelmäßig erscheinenden Analyse des Bundesfinanzgesetzes und des Bundesfinanzrahmengesetzes untersuchen die Expert:innen der Arbeiterkammer die Schwerpunktsetzungen des Bundeshaushalts und der Budgetpolitik und beurteilen deren Wohlstandsorientierung. 2023 dominierten die Anti-Teuerungsmaßnahmen den Budgetentwurf.

Erhebung Haushaltsversicherungen

Die AK hat die Tarife von elf Haushaltsversicherungsgesellschaften geprüft und erhebliche Prämienunterschiede festgestellt. Untersucht wurden die sogenannten Premium-Tarife – also die beste Produktvariante mit den umfangreichsten Deckungen. Das Fazit: Prämie sparen können Konsument:innen durch Selbstbehalttarife und den Ausschluss von Glasbruch.

Gesunde Arbeit

Das Magazin „Gesunde Arbeit“ erschien im Jahr 2022 viermal mit einer Gesamtauflage von 233.341 Stück und eigenen Bundesländerausgaben. Die Schwerpunkte bildeten „Gewalt am Arbeitsplatz“, „Homeoffice und mobile Arbeit gesund gestalten“, „Körperliche Belastungen bei der Arbeit reduzieren“, „Sichere und gesunde Arbeitsbedingungen!“.

Informationen zur Umweltpolitik

In der umweltpolitischen Schriftenreihe der AK erschienen 2022 drei Studien zu unterschiedlichen Themen: „Recht auf Natur - Freier Zugang zur Natur“, „Abgasmanipulation und Mautbetrug durch Lkw“ und „Rechtliche Lücken in der mobilitätsbezogenen Klimaschutzpolitik - Anlassfall Lobautunnel-Entscheid“.

infobrief EU und internationales

Der digitale Newsletter erschien viermal jährlich und informierte über Entwicklungen in Europa aus Sicht der Arbeitnehmer:innen. Die Schwerpunkte lagen im Jahr 2022 bei den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine, dem Europäischen Grünen Deal, den Umbrüchen in der globalisierten Wirtschaft sowie der Zukunft der Europäischen Union.

Verkehr & Infrastruktur

Die Schriftenreihe Verkehr und Infrastruktur widmete sich 2022 den Themen „ÖV-Erreichbarkeit großer Arbeitsplatzstandorte in Österreich“, „Gutachterliche Stellungnahme zum Non-Paper von Leitlinien zur PSO Verordnung zur ‚leistungsbasierten Direktvergabe‘ von Schienenpersonenverkehrsdienstleistungen“ sowie „Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in Wien und Umgebung“.

Lage der Beschäftigten im Handel

Eine von IFES und Wifo für die Arbeiterkammer durchgeführte Studie zeigte, dass die rund 560.000 Beschäftigten im Handel in den Jahren der Covid-Krise enorme Belastungen aushalten mussten. 2022 folgte mit der Preiskrise die dritte schwere Belastungswelle für die Handelsbeschäftigten.

Wirtschaft und Gesellschaft

Die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Vierteljahrszeitschrift richtet sich an Wissenschaftler:innen, Studierende und an wirtschaftspolitisch Interessierte. Den ersten Teil der Quartalspublikation bildeten im Jahr 2022 Fachartikel u.a. zu den ökonomischen Effekten von Mindestlöhnen. Der zweite Teil widmete sich Rezensionen aktueller Fachbücher.

info gesundheit und soziales

Die AK-Inforeihe informiert regelmäßig zu Themen rund um die Sozial- und Pensionsversicherung. Im Jahr 2022 waren die Schwerpunkte Versicherungsgrenzen, Selbstversicherung, geringfügig Beschäftigte, Weiterversicherung in der Pension, die Kontenerstgutschrift, der Nachkauf von Schul- und Studienzeiten oder Fragen zum Pflegegeld.

Wirtschaft und Umwelt

Die Zeitschrift Wirtschaft und Umwelt erscheint vierteljährlich mit einer Auflage von 15.000 Stück und ergänzendem Internetauftritt. Schwerpunkte bilden die Bereiche Ökologie, Umweltökonomie, Umwelt- und nachhaltiger Mobilitätspolitik. Themen 2022 waren „Energiekrise“, „Freier Zugang zur Natur“, „Güterverkehr auf Irrwegen“ und „Verbindliche Planung“.

Wohlstandsbericht 2022

Der jährlich erscheinende Wohlstandsbericht misst den gesellschaftlichen Fortschritt anhand von fünf Dimensionen (fair verteilter materieller Wohlstand, Vollbeschäftigung und gute Arbeit, Lebensqualität, intakte Umwelt, ökonomische Stabilität) und gibt damit eine Alternative zur veralteten Messung des Wohlstandes durch Bruttoinlandsprodukt und Wirtschaftswachstum.



Unterstützte Einrichtungen

Institut für Historische Sozialforschung

Das IHSF konzentriert seine Tätigkeit auf die Erforschung und Vermittlung österreichischer Gesellschaftsgeschichte seit 1848. Zusätzlich fungiert das Institut als Archiv der AK Wien mit einem Sammlungsschwerpunkt zur Gewerkschaftsgeschichte.

→ **Forschungsprojekt Standortgeschichte**

In der Prinz-Eugen-Straße 20–22 befand sich von 1938 bis 1943 die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“. Diese Einrichtung war unter der Leitung von Adolf Eichmann für die Vertreibung und Deportation der jüdischen Bevölkerung Österreichs verantwortlich. In einer Studie rekonstruiert das IHSF den Mitarbeiterstab der Zentralstelle.

→ **Internationales Kolloquium zur Polizeigeschichte**

Das IHSF war 2022 Gastgeber der renommierten Fachtagung, die sich heuer mit dem Verhältnis von Polizei, Arbeit und Arbeiterbewegung befasste. Referent:innen aus zahlreichen europäischen Ländern eröffneten eine umfassende transnationale Perspektive auf das Thema. Der wissenschaftliche Sammelband zur Veranstaltung befindet sich in Ausarbeitung.

→ **wasbishergeschah.at**

In Kooperation mit der historisch-kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien erarbeitete das IHSF eine Social-Media-basierte Plattform zur niederschweligen Vermittlung historischer Inhalte. Die besondere Herausforderung besteht darin, Anknüpfungspunkte und Erzählformate zu entwickeln, die einer jungen, berufstätigen Zielgruppe ohne höheren Bildungsabschluss Zugänge zum Thema erlauben.

Technisch-Gewerbliche Abendschule

Mit insgesamt über 300 Studierenden ist die TGA österreichweit eine der größten technisch-gewerblichen Weiterbildungseinrichtungen. Sie ermöglicht ihren Absolvent:innen, als Werkmeister:innen rasch in Führungspositionen aufzusteigen. 159 Studierende der Werkmeisterschule bestanden im Jahr 2022 ihre Abschlussprüfungen in den Fachrichtungen Elektrotechnik, Bauwesen, Maschinenbau und Kraftfahrzeugtechnik. 156 neue Studierende traten im Herbst in die sechs ersten Klassen ein, was die ungebrochene Beliebtheit der Werkmeisterausbildung auch in einer wirtschaftlich turbulenten Gesamtsituation untermauert. Um die Finanzierung dieser beruflichen Höherqualifikation zu erleichtern, kann der AK-Bildungsgutschein genutzt werden.

Jugend am Werk

In der „Jugend am Werk Bildungs:Raum GmbH“ erhalten rund 900 Jugendliche, die keine Lehrstelle am freien Arbeitsmarkt finden konnten, sowie rund 360 Erwachsene, die einen Abschluss nachholen möchten, an den Ausbildungs- und Schulungsstandorten eine fundierte Berufsausbildung. Die AK Wien leistet jedes Jahr einen wichtigen finanziellen Beitrag zur Unterstützung des Lehrbetriebs Lorenz-Müller-Gasse. Darüber hinaus ermöglichen die Fachausschüsse der AK mit den jährlich organisierten Berufswettbewerben unter anderem auch den Lehrlingen von Jugend am Werk, ihre fachpraktischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Zudem unterstützt die „Jugend am Werk Sozial:Raum GmbH“ Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung sowie Menschen mit einer psychischen Erkrankung in den Bereichen Arbeit und Beschäftigung, Wohnen und in der beruflichen Integration und Qualifizierung.

Verein für Konsument:inneninformationen

Der VKI hat 2022 rund 47.700 Erst- und 15.300 Rechtsberatungen durchgeführt. In rund 1100 Fällen erfolgte eine außergerichtliche Rechtshilfe. Die Erfolgsquote lag bei rund 70 Prozent. Der Abostand bei der Zeitschrift KONSUMENT liegt bei knapp 50.000. Mit 118 Testprojekten wurde mit der KONSUMENT-Testplakette ein neuer Umsatzrekord erzielt. Auch bei den KONSUMENT-Ratgebern konnte aufgrund von zwei Kooperationen die Zahl der Bücher im Eigenvertrieb deutlich gesteigert werden. Das Projekt KONSUMENT in der Schule ist auch 2022 bei Lehrer:innen auf großes Interesse gestoßen. Der VKI hat 2022 insgesamt rund 250 Verfahren, 16 Sammelklagen gegen VW und 77.000 Konsument:innen in diversen Sammelaktionen betreut.

Theater AKZENT

Im Jahr 2022 waren die Auswirkungen der Pandemie und natürlich auch die vorherrschenden Teuerungen bei den Besucher:innen noch stark spürbar. Erst ab Oktober erholten sich die Besuche und näherten sich den Zahlen von 2019 an. Die Auslastung lag 2022 bei 71 Prozent oder 96.486 Personen. Trotzdem musste das Theater keine großen Rücklagen auflösen, obwohl öffentliche Zuschüsse kaum mehr zum Tragen gekommen sind. Die Highlights 2022 waren das erstmalige Gastspiel von Ulrich Tukur & die Rhythmus Boys oder der Start der Europa Tournee der Tindersticks. Publikumsmagneten waren auch „100 Jahre Bronner & Kreisler – Der g'schufte Ferdl geht Tauben vergiften im Park“ mit Bela Koreny, Karl Markovics und Ursula Strauss, das Halbfinale des Poetry Slam oder das 15-jährige Jubiläum des Verlags „Bibliothek der Töne“ mit Erwin Steinbauer und Wolfram Berger.

WIFO

Das 1927 gegründete Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) setzt den Schwerpunkt seiner ökonomischen Analysen auf die Gesamtwirtschaft, Arbeit und Soziales, Industrie und Innovation, Klima- und Regionalpolitik. Für Arbeiterkammer und Sozialpartner sind die Forschungsergebnisse und die Beratung durch das Institut wesentliche Arbeitsgrundlagen. Im Jahr 2022 spielten dabei Fragen der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Inflation und Einkommen, sozialen Sicherungssystemen sowie Konjunktur eine zentrale Rolle.

Momentum Institut

Das 2019 gegründete Momentum Institut versteht sich als „ökosozialer Think Tank der Vielen“. Es stellt ein Gegengewicht zu den von Unternehmen und Vermögenden finanzierten Think Tanks dar. Das Institut arbeitet inhaltlich völlig unabhängig. 2022 lagen die Schwerpunkte seiner Analysen auf der Teuerungskrise, Ungleichheit, Klimakrise, Steuern und Förderungen. Die Ergebnisse waren wichtige Grundlagen für die AK und wurden zusammen mit wirtschaftspolitischen Empfehlungen in den Medien kommuniziert.

BFI Wien

Das von AK und ÖGB gegründete Berufsförderungsinstitut (BFI) Wien bietet seit über 30 Jahren einen leistbaren Zugang zu zeitgemäßer, praxis- und branchengerechter Aus- und Weiterbildung. 2022 nutzten über 35.000 Menschen die Angebote des BFI Wien, um anwendbares Wissen für den Job zu erlangen und so die eigenen Möglichkeiten am Arbeitsmarkt zu steigern. Wichtiger Partner dabei ist die AK Wien, die die Werkmeisterschule, die Vorbereitungskurse auf die Lehrabschlussprüfung, die Berufsreifeprüfung oder die eigene Kursschiene „AK-Spezialkurse“ maßgeblich unterstützt.

WIIW

Die Forschungsschwerpunkte des 1972 gegründeten Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) liegen in der Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Zentral-, Ost- und Südosteuropas sowie in der wirtschaftlichen Entwicklung der EU. Die AK Wien hat im Jahr 2022 u.a. Studien zur Fiskalpolitik in der EU (z.B. Ausgestaltung eines EU-Investitionsfonds sowie Reaktionen auf die Teuerungskrise in osteuropäischen Ländern) beauftragt.

INEQ

Das 2015 gegründete Forschungsinstitut Economics of Inequality (INEQ) an der WU Wien beschäftigt sich mit zentralen Fragen der sozialen, ökonomischen und ökologischen Ungleichheit und den daraus resultierenden Problemen für die Gesellschaft, die Politik, die Umwelt und den einzelnen Menschen. Im Jahr 2022 bildeten Vermögensverteilung, Armut und Mindestsicherung, Wohnen und Wohnungspolitik, öffentliche Beschäftigungsprogramme besondere Schwerpunkte bei der Kooperation mit der AK Wien.

ICAE

Das 2009 gegründete Forschungsinstitut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) an der Johannes Kepler Universität Linz versteht ökonomische Entwicklung als komplexes Zusammenspiel unterschiedlicher Einflussfaktoren. Die Analysen betreffen die Bereiche Plurale Ökonomik, Wirtschaftspolitik und Ökonomie und Gesellschaft. Die AK Wien beauftragte im Jahr 2022 am Institut Untersuchungen zur Vermögenskonzentration und zu den sozialen Netzwerken der Reichen.



←

Theater AKZENT

Ertragsrechnung

der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

in €	2022	2021
Erträge		
Kammerumlagen	141.310.039,98	133.443.372,37
Sonstige Erträge	18.583.608,38	17.372.261,86
Zinsensaldo, Ergebnis aus Finanzanlagen	-2.359.953,81	-253.243,91
Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	689.867,00	1.799.080,00
Summe Erträge	158.223.561,55	152.361.470,32
Aufwendungen		
Sachaufwand	35.814.899,15	32.965.526,68
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	12.201.557,47	10.678.197,74
Kosten der Selbstverwaltung	695.797,44	769.914,37
Personalaufwand	73.164.348,44	70.075.841,86
Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen	34.255.682,61	35.900.690,54
Kosten der Umlageneinhebung	2.091.276,44	1.971.299,13
Summe Aufwendungen	158.223.561,55	152.361.470,32

Leistungsübersicht zur Ertragsrechnung

der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

in €	2022	2021
Erträge		
Kammerumlagen	141.310.039,98	133.443.372,37
Sonstige Erträge	18.583.608,38	17.372.261,86
Zinsensaldo, Ergebnis aus Finanzanlagen	-2.359.953,81	-253.243,91
Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	689.867,00	1.799.080,00
Summe Erträge	158.223.561,55	152.361.470,32
Aufwendungen		
Dienstleistungen	115.215.117,57	108.494.951,35
<i>Beratung, Rechtsschutz, Soziales</i>	37.480.772,77	35.786.130,45
<i>Konsumentenschutz, Wirtschaftspolitik</i>	25.400.179,90	23.607.301,22
<i>Bildungsbereich, Aus- und Weiterbildung</i>	30.487.509,79	28.268.182,31
<i>Mitgliederinfo</i>	17.766.036,28	17.090.800,52
<i>Fachausschüsse</i>	4.080.618,83	3.742.536,85
Zuwendungen	5.965.687,49	5.224.614,93
Selbstverwaltung	695.797,44	769.914,37
Vorsorge für Leistungen	34.255.682,61	35.900.690,54
Kosten der Umlageneinhebung	2.091.276,44	1.971.299,13
Summe Aufwendungen	158.223.561,55	152.361.470,32

Subventionen der AK Wien
nach ihrer Zweckwidmung geordnet

in €	2022	2021
Wissenschaftliche Förderungen	52.200,00	54.200,00
Sozial - karitative Förderungen	284.700,00	282.500,00
<i>davon Jugend am Werk</i>	272.500,00	272.500,00
Kultur-, Bildungs- und Ausbildungsförderungen	163.000,00	4.000,00
Sportförderungen	15.000,00	0,00
Subventionen allgemein	17.500,00	19.500,00
Subventionen der AK Wien	532.400,00	360.200,00
Subventionen der BAK	614.677,68	498.961,11
Subventionen gesamt	1.147.077,68	859.161,11

Vermögensbilanz

der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Aktiva

in €	31/12/2022	31/12/2021
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Bebaute Grundstücke und Bauten	51.744.580,73	50.074.030,12
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.332.582,76	7.562.502,73
	59.077.163,49	57.636.532,85
II. Finanzanlagen		
1. Wertpapiere (Wertrechte)	49.189.857,78	40.059.268,78
2. Sonstige Ausleihungen	33.355.084,94	33.328.740,62
	82.544.952,72	73.388.009,40
	141.622.106,21	131.024.542,25
B. Umlaufvermögen		
1. Forderungen	16.810.500,72	14.679.697,93
2. Kassenbestand	111.697,80	108.600,09
3. Guthaben bei Banken	75.822.443,16	70.888.041,86
4. Treuhandvermögen RS, BRF-Rev.	87.847,23	156.254,53
	92.832.488,91	85.832.594,41
C. Aktive Rechnungsabgrenzung	2.014.281,10	2.372.141,00
Gesamt	236.468.876,22	219.229.277,66

Passiva

in €	31/12/2022	31/12/2021
A. Kapital	59.758.624,21	58.317.993,57
B. Rücklagen		
1. Bau- u. Investitionsrücklage	36.340.000,00	31.010.000,00
2. Sonstige Rücklagen	2.000.000,00	2.000.000,00
	38.340.000,00	33.010.000,00
C. Rückstellungen		
1. Abfertigungsrückstellungen	14.166.995,00	14.755.212,00
2. Pensionsrückstellungen	58.909.264,13	57.450.055,75
3. Rep. u. Instandh. Rückstellung	2.800.000,00	2.800.000,00
4. Wahlrückstellung	14.400.000,00	8.700.000,00
5. Sonstige Rückstellungen	15.211.387,00	14.651.691,00
6. Rst. f. d. Digitalisierungs-Offensive	22.835.782,08	21.053.431,26
	128.323.428,21	119.410.390,01
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten Lieferungen u. Leist.	5.877.443,17	4.591.116,93
2. Sonstige Verbindlichkeiten	4.081.533,40	3.743.522,62
3. Verbindlichkeiten Treuhandkonten	87.847,23	156.254,53
	10.046.823,80	8.490.894,08
E. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Gesamt	236.468.876,22	219.229.277,66

#deine Stimme

für Bildung, die weiter geht



Organisation & Selbstverwaltung

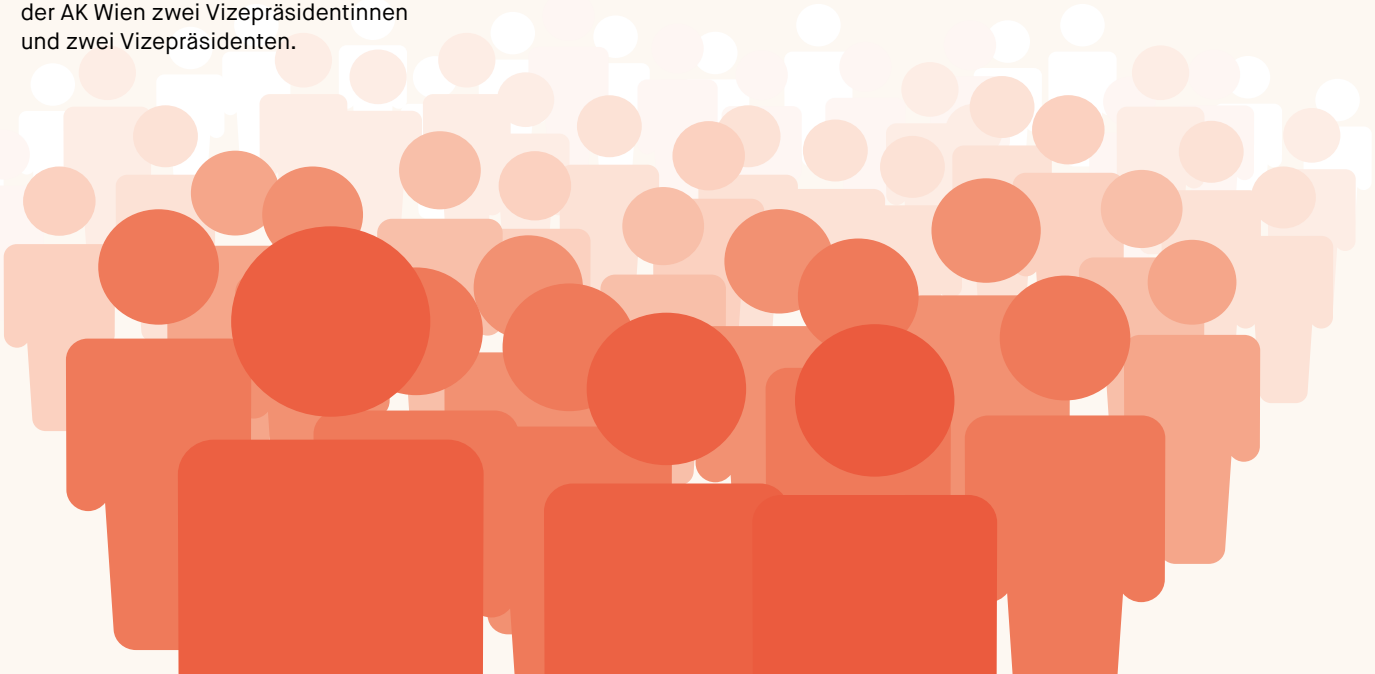
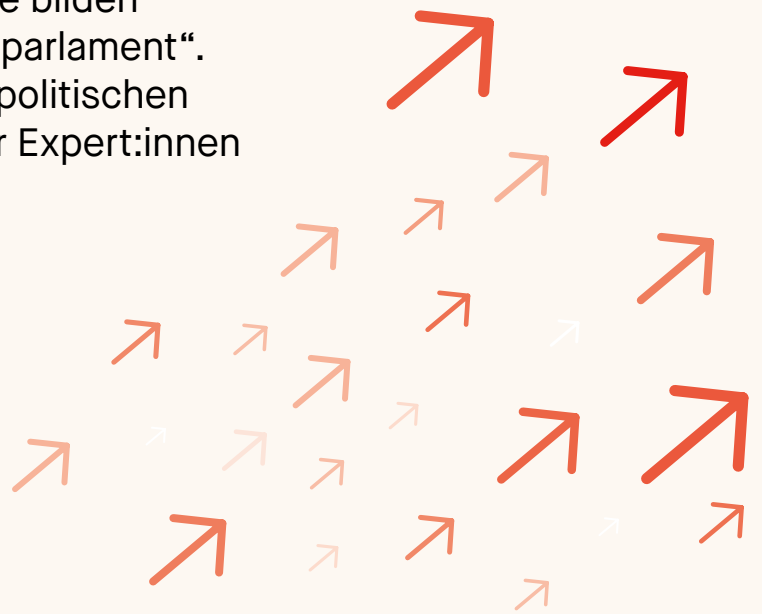
68	Die Selbstverwaltung
70	Die Vollversammlung
74	Anträge & Beschlüsse
82	Struktur AK Büro Wien
84	Die AK Wien macht sich klimafit

Die Selbstverwaltung

Die Wiener Beschäftigten wählen aus ihrer Mitte alle fünf Jahre 180 Kammerrät:innen in die Gremien der Selbstverwaltung der AK Wien. Sie bilden gemeinsam das „Arbeitnehmer:innenparlament“. Die Kammerrät:innen werden in ihrer politischen Arbeit durch die Grundlagenarbeit der Expert:innen der AK Wien unterstützt.

Das Präsidium

Der/die Präsident:in, die gesetzliche Vertretung der Arbeiterkammer Wien, wird von den Kammerrät:innen in der Vollversammlung gewählt. Sie wählen zudem aus ihren Reihen das Präsidium. Präsidentin der AK Wien ist Renate Anderl. Ihr zur Seite stehen im Präsidium der AK Wien zwei Vizepräsidentinnen und zwei Vizepräsidenten.





Wahl nach kandidierenden Listen

Bei der AK Wahl 2019 gab es 13 kandidierende Listen, von denen 12 Listen Mandate erhalten haben.



Präsidentin

+ 4 Vizepräsident:innen

Vorstand (19 Mitglieder)

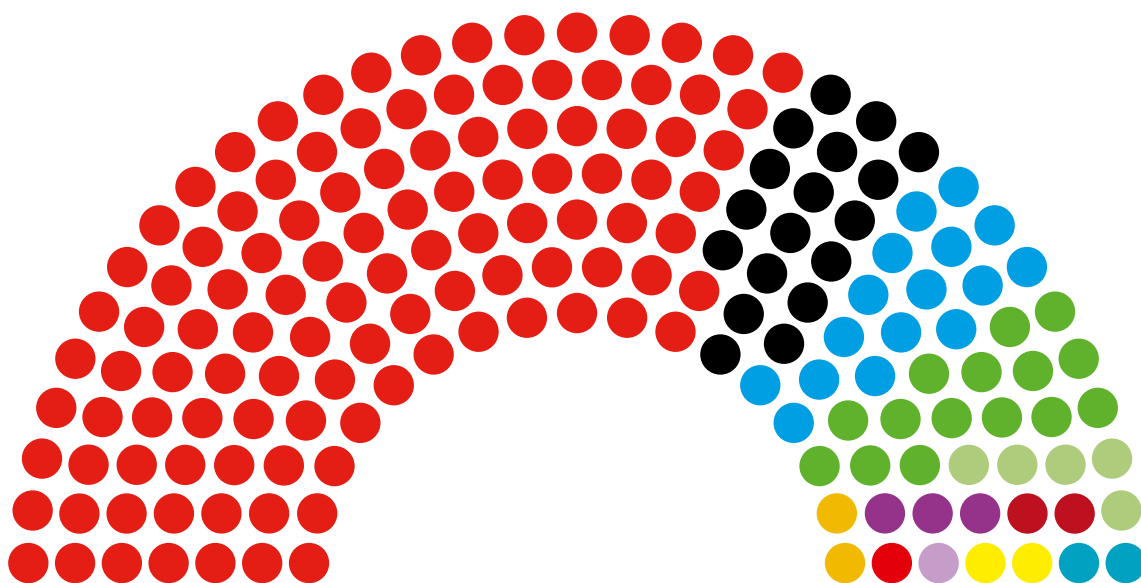
- Politische Grundsätze
- Budget/Rechnungsabschluss
- Verkauf/Investitionen
(von mehr als 10% der Budgetsumme)
- Geschäftsordnung
- Haushaltsordnung
- Rechtsschutzregulativ
- Kontrollausschuss
- Petitionsausschuss



Renate Anderl
AK Präsidentin

Die Vollversammlung

Die Vollversammlung der AK Wien besteht aus 180 Kammer:rät:innen, die von den Beschäftigten in Wien gewählt werden. Das Parlament der Arbeitnehmer:innen tagt zumindest zweimal im Jahr und beschließt die interessenpolitischen Zielsetzungen für die Tätigkeit der Arbeiterkammer sowie die finanziellen Richtlinien und Vorgaben.



Mandate	● FSG	● FCG-ÖAAB	● FA-FPÖ	● AUGE/UG	● GA	● LP	● GLB	● Türk-IS	● KOMint	● BDFA	● ARGE	● FAIR
2019	113	18	16	15	5	3	2	2	1	1	2	2
2014	110	19	17	14	8	4	2	1	1	1	3	n.kand.
Veränderung	+3	-1	-1	+1	-3	-1	0	+1	0	0	-1	+2

FSG Fraktion Sozialdemokratische Gewerkschafter:innen | **FCG ÖAAB** Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter – Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund | **FA-FPÖ** Freiheitliche Arbeitnehmer – FPÖ | **AUGE/UG** Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen | **GA** Grüne Arbeitnehmer | **LP** Liste Perspektive | **ARGE** Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Arbeitnehmer | **GLB** Gewerkschaftlicher Linksblock (Kommunisten, Linke Sozialisten, Parteilose) | **TÜRK-IS** Liste Melek Köse | **KOMintern** Kommunistische Gewerkschaftsinitiative – International | **BDFA** Bunte Demokratie für Alle | **FAIR** Fair und Transparent

AK Präsidium

- **Anderl Renate**
Präsidentin
- **Assigal Regina**
Vizepräsidentin
- **Gruber Helmut**
Vizepräsident
- **Kniezanrek Erich**
Vizepräsident
- **Teiber Barbara**
Vizepräsidentin

AK Vorstand

Zusätzlich zu den
Präsidiumsmitgliedern

- Ferrari Mario
- Katzian Wolfgang
- Kubicek Elisabeth
- Reischl Ingrid
- Rudolph Erich
- Rychly Yvonne
- Samer Karin
- Steiner Sandra
- Steinmetz Toni
- Wadsack Andrea
- Pörtl Friedrich
- Rasch Thomas
- Rösch Bernhard
- Koller Vera

Kontrollausschuss

- Bauer Andreas
 - Benesch Jasmin
 - Birbamer Wolfgang
 - Edelmaier Erich bis 31.12.2022
 - Freitag Alois
 - Giller Brigitte
 - Köhler Richard
 - Letz Sabine
 - Gollner Andreas ab 24.5.2022
 - Kludak Bernhard
 - Franz Werner
 - Schütz Angela
 - Schiller Friedrich bis 1.3.2022
 - Stanger Karin ab 9.11.2022
 - Dunkl Marianne
 - Uyar Yusuf
- mit beratender Stimme:
- Fischer Karl
 - El Montasr Yausr
 - Jonischkeit Oliver
 - Köse Melek
 - Schacht Selma
 - Ofoedu Charles

Petitionsausschuss

- Isepp Birgit ab 24.5.2022
 - Kroboth Sarah
 - Molnar Martin ab 24.5.2022
 - Rammel Heinz
 - Reischl Ingrid
 - Rychly Yvonne
 - Sambs Christian
 - Wurm Robert
 - Bäcker Karin
 - Gattinger Peter ab 24.5.2022
 - Rösch Bernhard
 - Schütz Angela
 - Polaschek Marion
 - Dunkl Marianne
 - Gündogan Alaattin
- mit beratender Stimme:
- Wondrak Gertraud
 - Zodi Hildegard
 - Aslan Rabiye
 - Köse Melek
 - Schacht Selma
 - Ofoedu Charles

Kammerrätinnen und Kammerräte

● FSG

Aichinger Michael
 Althoff Elisabeth
 Pr Anderl Renate
 Appl Georg
 VPr Assigal Regina
 Bauer Andreas
 Bauer Maria Luisa
 Beer Sandro
 Benes Susanne bis 1.7.2022
 Benesch Jasmin
 Binder Reinhold
 Birbamer Wolfgang
 Boigner Roland
 Brandlhofer Ria
 Brunner Roman
 Dička Jürgen
 Djalinous-Glatz Dinah
 Dürtscher Karl
 Dyduch Peter
 Eberhart Eva
 Ecker Andreas
 Edelmaier Erich bis 31.12.2022
 Ertl Werner
 Falkinger Josef
 Felix Manfred
 Ferrari Mario
 Fichtinger Helga
 Ficulovic Natascha 11.5. bis 25.10.2022
 Fleckinger Sabine
 Fletzer Vivian
 Formann Ingeborg
 Freitag Alois
 Frint Karl
 Frühauf Matthias
 Giller Brigitte
 Gluchmann Maria
 Greif Wolfgang
 VPr Gruber Helmut
 Guglberger Michaela
 Hackl Christian ab 11.5.2022
 Haunschmid Isabella
 Hermann Renate
 Holzer Kurt
 Isepp Birgit
 Janisch Olivia
 Jelinek Wolfgang
 Kandler Gerlinde
 Karpisek Renate
 Kattinig Thomas
 Katzian Wolfgang
 Kilian Cornelia

Klco Johanna
 VPr Kniezanrek Erich
 Köhler Richard
 Köpf Carina
 Koskarti Franz
 Koskarti Kerstin
 Köstinger Helmut bis 1.11.2022
 Krachler Werner
 Krboth Sarah
 Kubicek Elisabeth
 Lacevic Senad
 Lehrner Martin
 Letz Sabine
 Liebscher Wolfgang
 Mernyi Willi
 Migsch Doris
 Mjka Gerald
 Molnar Martin
 Muchitsch Josef
 Müllauer Martin ab 11.5.2022
 Mum David
 Pichler Barbara
 Preyss Michael
 Prischl Alexander
 Rammel Heinz
 Rauecker-Döll Sabine ab 9.11.2022
 Reischl Ingrid
 Reisecker Sophia
 Reiss Sylvia
 Rudolph Erich
 Rychly Yvonne
 Sambs Christian
 Samer Karin
 Schaller Christian bis 30.9.2022
 Schmidt Veronika ab 9.11.2022
 Schneider Gerhard bis 31.12.2022
 Schor Jutta
 Schorna Angela ab 11.5.2022
 Schulz Brigitte
 Schuster Christian
 Schwarzbauer Robert
 Six Robert bis 31.1.2022
 Slimar-Weißmann Sabine
 Steiner Sandra
 Steinmetz Toni
 Stimpfl Manfred
 Streissler-Führer Agnes
 Swatek Sabine
 Sykora Christoph
 Szalay Christian
 VPr Teiber Barbara
 Thullner Erich

Tiefenbacher Walter
 Tremml Gerlinde bis 31.12.2022
 Tschaudi Erwin ab 3.2.2022
 Tusch Berend
 Wadsack Andrea
 Weber Elisabeth
 Weber Eva-Maria
 Winkelmayer Robert
 Wirth Alexander
 Wohlmuth Nicolai
 Wolf Anton ab 9.11.2022
 Wucherer Bettina
 Wurm Leopold
 Wurm Robert
 Yilmaz Gülnaz

● FCG-ÖAAB

Bäcker Karin
 Berhart Christian
 Bödenauer Reinhard ab 11.5.2022
 Gattinger Peter
 Gollner Andreas
 György Robert
 Klima Maria
 Kludak Bernhard
 Kortenhof Rudolf
 Lindinger Linda
 Lindmeier Christian
 Nafati Lazhar
 Nimführ Gerald
 Perzl Esther
 Pleßl Erwin
 Pörtl Friedrich
 Rasch Thomas
 Salomon Anja-Therese

● FA-FPÖ

Bilic Amra
 Böhm Gerhard
 Cadilek Wolfgang
 Eggel Karl
 Eggel Michaela
 Franz Werner
 Gromes Roman
 Oberlechner Michael
 Ratt Dorothea
 Rösch Bernhard
 Schütz Angela
 Seidl Wolfgang
 Stepanowsky Sandra
 Stepanowsky Werner
 Wieser Heinz
 Zauner Manuela

● AUGE/UG

Braunsteiner Walter
 Eberhard Heimo
 Eder Flora
 Eisenmenger-Klug Ursula
 Hahn Margit
 Kimsesiz Mesut
 Koller Vera
 Lamm Cornelia
 Müllner Sonja
 Öllinger Karl
 Petioky Christine
 Polaschek Marion
 Schiller Friedrich bis 1.3.2022
 Stanger Karin
 Undreiner Cecile ab 15.4.2022
 Wurzl Lukas

● GA

Danek Andrea
 Dunkl Franz
 Dunkl Maria
 Dunkl Marianne
 Dunkl Rudolf

● GLB

Aslan Rabiye
 Jonischkeit Oliver

● Liste Perspektive

Demircioglu Musa
 Gündogan Alaattin
 Uyar Yusuf

● ARGE

El Montasr Yausr
 Zödl Hildegard

● Türk-IS

Kandönmez-Uysal Sueheyla
 Köse Melek

● KOMIntern

Schacht Selma

● BDFA

Ofoedu Charles

● FAIR

Fischer Karl
 Wondrak Gertraud

Vorsitzende / Vorsitzende-Stellvertreter:innen der Ausschüsse

01

Arbeit und Arbeitsrecht

Birbamer Wolfgang
Freitag Alois
Prischl Alexander

05

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Streissler-Führer Agnes
Hackl Christian ab 29.6.2022
Kortenhof Rudolf

09

Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik

Steiner Sandra
Giller Brigitte
Koskarti Kerstin

02

Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes

Rudolph Erich
Köhler Richard
Nimführ Gerald

06

EU und Internationales

Kattinig Thomas
Diöcka Jürgen
Reisecker Sophia

10

Rechtsschutz und Rechtsberatung

Assigal Regina
Gattinger Peter
Wucherer Bettina

03

Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Reischl Ingrid
Mjka Gerald
Wirth Alexander

07

Jugend, Bildung und Kultur

Letz Sabine
Lacevic Senad
Prischl Alexander

11

Umwelt und Energie

Liebscher Wolfgang
Kattinig Thomas
Szalay Christian

04

Frauen und Familienpolitik

Kubicek Elisabeth
Djalinous-Glatz Dinah
Rychly Yvonne

08

Kommunal-, Regionalpolitik und Tourismus

Ferrari Mario
Sambs Christian
Tusch Berend

12

Verkehr und Tourismus

Gruber Helmut
Müllauer Martin ab 29.6.2022
Wurm Robert

Anträge & Beschlüsse an die 177. Vollversammlung am 11. Mai 2022

Gem	DR R01	○ Neutralität heißt nicht Gleichgültigkeit	Gem	13	○ Abschaffung des Valorisierungsgesetzes
Gem	DR01	○ „Durchatmen lassen und entlasten!“ Wegfall der Maskenpflicht für Beschäftigte im Handel und in Banken	Gem	14	● CoV-Bonus für alle Mitarbeiter:innen im Bildungsbereich!
FCG/ ÖAAB	DR01	○ Wegfall der Maskenpflicht für alle Handelsgestellten und die Beschäftigten bei Banken	Gem	15	○ Verbesserungen für Beschäftigte in Werkstätten („tagesstrukturierenden Einrichtungen“) endlich umsetzen
FCG/ ÖAAB	DR02	● Leistungsausschüsse in der Sozialversicherung wieder einsetzen	FSG	05	○ Die Ausbildungsoffensive für Gesundheitsberufe ins Laufen bringen
Gem	R01	○ Elementarbildung stärken heisst Kinder stärken: Bildungschancen verbessern und Vereinbarkeit Familie-Beruf ermöglichen	FSG	06	○ Die Digitalisierung von Gerichtsverfahren Arbeitnehmer:innenfreundlich gestalten
Gem	01	○ Preise runter - Jetzt!	FSG	07	○ Soziale, ökologische und demokratische Perspektiven für die Zukunft Europas
Gem	02	○ Umstellung Pendlerpauschale auf Absatzbeträge	FSG	08	○ Explodierende Energiekosten – jetzt handeln!
Gem	03	● Mehr Fairness bei Zugang zur Schwerarbeitspension	FSG	09	○ Steigende Treibstoffpreise – ökologische Alternativen ausbauen und Gesamtreform Pendlerpauschale vorantreiben
Gem	04	○ Jugend verdient Respekt – Jugendrespekt-paket jetzt rasch umsetzen	FSG	10	○ Gegen die Einstufung von Atomstrom als nachhaltiger Energieform
Gem	05	○ Gesund länger im Erwerbsleben verbleiben	FSG	12	○ Keine Ausschreibungen für den öffentlichen Busverkehr in Wien ohne Sozialkriterien und ohne menschenwürdige Infrastruktur für Lenker:innen
Gem	06	○ Verbesserung des Angebots für Betroffene von Long-Covid	FSG	13	○ Fachkräfte fallen nicht vom Himmel – wer Fachkräfte will, muss Menschen fördern
Gem	07	○ Künstliche Intelligenz – für die Menschen im Mittelpunkt	FSG	14	○ Deutsch wirksam fördern mit dem „AK-Sprachschlüssel“
Gem	08	○ Jugendtickets für alle Jugendlichen innerhalb der AB 18-Angebote und für junge Menschen bis 25 in anerkannten Ausbildungsmaßnahmen	FSG	15	○ Mietwohnungsmarkt regulieren, internationale Investoren aussperren
Gem	09	○ Ukraine-Krieg: gutes Ankommen für Flüchtlinge aktiv gestalten!	FSG	16	○ Demokratiedefiziten aktiv gegensteuern und politische Teilhabe in Wien stärken
Gem	10	× AK-Reform: Aktives Wahlrecht	FSG	17	○ Pendler:innen am Weg zur klimaverträglichen Mobilität unterstützen
Gem	11	× AK-Reform: Präsidium der Arbeiterkammer	FSG	18	○ Gütezeichen für Lebensmittel und Speisen
Gem	12	○ Kalte Progression abschaffen – schleichende Steuererhöhung beenden			

- Annahme einstimmig
- Annahme mehrheitlich
- Zuweisung einstimmig
- Zuweisung mehrheitlich
- × Abgelehnt

FSG	19	○ Keine Mogelpackungen	FA-FPÖ	04	○ Rücknahme der Anpassung der Richtwerte
FCG/ ÖAAB	01	× Wiener Parkraumbewirtschaftung	FA-FPÖ	05	○ Streichung der Befristungsmöglichkeit von Mietverträgen für institutionelle Vermieter
FCG/ ÖAAB	02	○ Indexierung des amtlichen Kilometergeldes	FA-FPÖ	07	○ Erhöhung Kilometergeld
FCG/ ÖAAB	03	○ Betriebsratswahlen auch mittels e-Voting ermöglichen	FA-FPÖ	08	○ Berücksichtigung von Arzneimitteln unter der Rezeptgebühr
FCG/ ÖAAB	04	○ Bessere finanzielle Absicherung im Papiernonat zur Förderung der Gleichstellung in der Familie	FA-FPÖ	09	○ Teilzeit/Überstundendurchrechnung
FCG/ ÖAAB	05	○ Sachbezug für Firmenparkplatz trotz Parkpickerl – Doppelbelastung abschaffen	FA-FPÖ	10	○ Senkung der Mehrwertsteuer für Waren des täglichen Bedarfs
FCG/ ÖAAB	06	● Erhöhung der Tagesdiäten für Dienstreisen	FA-FPÖ	11	○ Umfassende Landesverteidigung
FCG/ ÖAAB	07	○ Steuerfreie Corona-Prämie – auch 2022	FA-FPÖ	12	× Aufhebung Corona-Maßnahmen
FCG/ ÖAAB	08	× Lösungen für den Pflegenotstand	FA-FPÖ	15	× CO ₂ -Abgabe stoppen
FCG/ ÖAAB	14	● Änderung der Betriebsratswahlordnung §46 (1) – Anpassung der Fristen bei Briefwahl	AUGE/UG R01		○ Nein zum Krieg – in der Ukraine und überall. Klimagerechtigkeit jetzt!
FCG/ ÖAAB	15	● Zeitgemäße Adaptierung der Betriebsratswahlordnung	AUGE/UG R02		○ Für ein weltweites, würdiges Leben in einer intakten Umwelt und unter Wahrung der unteilbaren und unveräußerlichen Menschenrechte
FCG/ ÖAAB	16	○ Ausreichende Finanzierung der AGES GmbH	AUGE/UG 01		○ Reform der Pendlerförderung jetzt!
FCG/ ÖAAB	17	● Energiebonus für AK-Mitglieder	AUGE/UG 02		● Aussetzung der Mieterhöhungen
FA-FPÖ	01	× Teuerungswelle stoppen – Bürger entlasten	AUGE/UG 03		○ Zur Ausreichenden Finanzierung der Wiener Fernwärme und der politischen Initiative zur Schaffung von Anreizen für den Anschluss daran.
FA-FPÖ	02	× Gänzlicher Verzicht bzw. höchstmögliche Reduktion des Umsatzsteuersatz für Wohnen und Wohnkosten	AUGE/UG 04		× Community Nursing – Ein Projekt mit Verbesserungs-Potenzial
FA-FPÖ	03	× Nichtanwendung der Richtwerterhöhung und der Anhebung der Kategoriebeträge im Wiener Gemeindebau	AUGE/UG 05		○ Adäquate Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung an Schulen und Kindergärten im Herbst
			AUGE/UG 07		○ Erhöhung des Frauenanteils in Betriebsräten
			AUGE/UG 08		● Klinische und Rehabilitations-Ressourcen für Covid-19-Geschädigte JETZT aufbauen

AUGE/UG 09		○ Steigerung der Begünstigung bei Neu- und Gebrauchtkauf eines umweltfreundlichen Elektrofahrrades, -PKWs oder -Nutzfahrzeugs	FAIR	03	× Langzeitversichertenpension („Hacklerregelung“): Monate des Präsenz- und Zivildienstes für Abschlagsfreiheit zählen
GA	01	○ Vorsorgegesetz für lebensnotwendige Güter	FAIR	04	× WHO-Pandemievertrag – keine Einschränkung der eigenständigen und neutralen Handlungsfähigkeit Österreichs zulassen
GA	02	× Resiliente Lebensmittelversorgung	FAIR	05	× Abschaffung Impfpflichtgesetz und Zwang für „Grünen Pass“
GA	03	○ Wassermanagement	FAIR	06	× Transparenz bei Anträgen an die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien
GA	04	× Einweg-Kunststoffverpackungen	FAIR	07	× Keine weitere Versiegelung von Grün- und Agrarflächen in Wien
GA	05	● Obsoleszenzprüfung bei Elektrogeräten	FAIR	08	● Neutralität wahren
GA	06	○ Re-Use-System bei Glasbinden	FAIR	09	× Chancenaufre Bildung und Beurteilung
GA	07	× Deklarationspflicht in der Gastronomie	ARGE		Keine Anträge
GA	08	× Drittelparität im Verkehr	GLB	01	● Teuerung stoppen – Preise regulieren!
GA	09	○ Dezentrale Wärmespeichersysteme	GLB	02	○ Krankenpflege
GA	10	○ AMA Gütesiegel	GLB	03	○ Weg mit dem Deckel – Gesundheitsausgaben abseits des BIP finanzieren
GA	11	× Dooring	GLB	04	● Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität Österreichs
GA	12	× Aderklaaer Konglomerat	GLB	05	○ Mietensteigerungen einbremsen!
LP	01	× Verbesserung der Lehrlingsausbildung	Türk-IS		Keine Anträge
LP	02	○ Gegensteuern zum Energiepreisschock und deren Folgen	KOMin-tern	01	○ Inflation: Das Aufblähen eindämmen! Preisstopp – Regulierung – Umverteilung
LP	03	○ Ende der befristeten Mietverträge	KOMin-tern	02	● Neutralität verteidigen! Nein zum neuen Rüstungswettlauf, Neuen Kalten Krieg, nein zur globalen Militarisierung und dem weltweiten Kriegskurs!
LP	04	○ Reform des Unterhaltsvorschusses	KOMin-tern	03	○ Sozial-ökologischer Umbau der Arbeitswelt
LP	05	○ Ungerechte Profite in der Krise			
FAIR	01	● Besonderer Kündigungsschutz bei Bildungskarenz und Bildungsteilzeit			
FAIR	02	× Arbeitslosenversicherungsgesetz/AMS: Abschaffung der Meldepflichten arbeits- und beschäftigungsloser Personen bei Auslandsaufenthalten			

- Annahme einstimmig
- Annahme mehrheitlich
- Zuweisung einstimmig
- Zuweisung mehrheitlich
- × Abgelehnt

KOMin- tern	04	● Arbeitsbedingungen von PädagogInnen und Lebensbedingungen von Kindern massiv verbessern!
BDFA	01	○ Lehrausbildung soll verbessert werden
BDFA	02	● Arbeitslosenversicherung neu: Unbekannter Inhalt und nur neoliberale Vorträge
BDFA	03	○ Ukraine-Krieg befeuert Sorgen um Leistbar- keit und Funktionieren der Energieversorgung – die Gasversorgung auf dem Prüfstand
BDFA	04	○ Ab 2021 – Großhandelspreise steigen, Rech- nungen steigen

Anträge & Beschlüsse an die 178. Vollversammlung am 9. November 2022

Gem	01	○ Erhöhung des Kilometergeldes	FSG	13	○ Sportgerechtigkeit: Die wachsende Stadt braucht Raum für Sport
Gem	02	○ Ausbildungsoffensive für Sanitäter:innen endlich starten – es ist höchste Zeit!	FSG	14	○ Widmungskategorie für Geförderten Wohnbau optimieren. Errichtung von gefördertem Wohnbau unterstützen.
Gem	03	○ Fokus auf Frauengesundheit beim Arbeitnehmer:innenschutz	FSG	17	○ Gerechte Energiepreise für alle Haushalte in Österreich
Gem	04	○ Schluss mit der Behinderung von Betriebsratswahlen	FCG/ ÖAAB	01	○ Preisdeckel auch für Non-Profit-Organisationen
Gem	05	○ Strengere Regeln gegen Greenwashing	FCG/ ÖAAB	02	× AK Reform: Aktives Wahlrecht
Gem	06	○ Medienvielfalt sichert Demokratie – Demonstage von Medien der Republik stoppen!	FCG/ ÖAAB	03	× AK Reform: Präsidium der Arbeiterkammer
Gem	07	● EU-Verordnungsvorschlag zur künstlichen Intelligenz muss auch dem Verbraucherschutz dienen!	FCG/ ÖAAB	04	● Konkretisierung des ASchG hinsichtlich Gewalt am Arbeitsplatz
Gem	08	× Keine Verbauung des Donaufeldes in Wien	FCG/ ÖAAB	05	○ Erstellung eines zeitgemäßen standardisierten Fragebogens zur Evaluierung der psychischen Belastung
Gem	09	○ Einsparungen und Qualitätsverluste in der Pflege stoppen	FCG/ ÖAAB	06	● Etablierung eines Anti-Mobbing-Gesetzes
FSG	01	○ Mit mehr Verteilungsgerechtigkeit gemeinsam aus den Krisen: Inflation bekämpfen, soziales Netz verbessern, Finanzierung absichern und Zusammenhalt verbessern	FCG/ ÖAAB	07	● Novellierung der Bildschirmarbeitsverordnung (BS-V)
FSG	03	○ Die Arbeitsmarktpolitik des AMS ist zentral für eine sozial-verträgliche Klimapolitik	FCG/ ÖAAB	08	○ Anpassung der Schadenersatzhöhe des Bundesgesetzes über die Gleichbehandlung (Gleichbehandlungsgesetz – GIBG)
FSG	04	○ Öffentliche Daseinsvorsorge stärken um Frauen zu entlasten	FCG/ ÖAAB	09	● Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in der Ostregion
FSG	08	○ Teuerung stoppen – Preise runter!	FCG/ ÖAAB	10	● Etablierung eines interdisziplinären Kompetenzzentrums für ME/CFS
FSG	10	○ Bessere Infrastruktur für Fahrgäste und Beschäftigte im Fernbusbereich und Ausbau der Fahrgastrechte	FCG/ ÖAAB	11	○ Frauenquote in Führungspositionen und Aufsichtsratsgremien
FSG	11	○ Bildung darf nicht durch Teuerung gefährdet werden	FCG/ ÖAAB	12	× Forderungen nach dringenden Maßnahmen gegen den Personalnotstand und den Lehrermangel in Wien
FSG	12	● Lücke an Schulplätzen in Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen schließen			

- Annahme einstimmig
- Annahme mehrheitlich
- Zuweisung einstimmig
- Zuweisung mehrheitlich
- × Abgelehnt

FCG/ ÖAAB	14	○ Anhebung der Steuerbegünstigung bei Überstunden	FA-FPÖ	13	○ Zuverdienstgrenze für vorzeitige Pensionsformen erhöhen
FCG/ ÖAAB	15	● Steuerliche Anerkennung von ehrenamtlichen Tätigkeiten	FA-FPÖ	14	○ Faire Pensionsanpassung im ASVG-Bereich statt Umverteilung und Einmalzahlungen
FCG/ ÖAAB	16	× Reform der Untersuchungskommissionen (UK) & Untersuchungsausschüsse (UA) in Wien – Ausweitung der Untersuchungskompetenz auf ausgegliederte Rechtsträger	AUGE/UG 01		● Sofortige Einbeziehung und Unterschrift des Betriebsrats bei Wiedereingliederungsteilzeit
FCG/ ÖAAB	17	× Reform der Untersuchungskommissionen (UK) & Untersuchungsausschüsse (UA) in Wien – Angleichung der Wiener Regelung an die fortschrittlichen Nationalratsbestimmungen	AUGE/UG 02		● Verbesserung bei der Anerkennung von asbestbedingten Berufskrankheiten nach 27 b
FCG/ ÖAAB	18	× Valorisierungsgesetz 2007	AUGE/UG 03		○ Verpflichtung zur Veröffentlichung des Gender-Pay-Gaps in Stellenausschreibungen
FCG/ ÖAAB	19	● Erhöhung der Gewährung von Lehrausbildungsbeihilfen	AUGE/UG 04		○ Reform des Arbeitsverfassungsgesetzes!
FCG/ ÖAAB	20	● Erhöhung des Bildungsgutscheines	AUGE/UG 05		○ Gleicher Gehaltsbonus für alle im Behindertenbereich tätigen Arbeitnehmer:innen!
FA-FPÖ	01	● Betriebssport	AUGE/UG 06		● Pflegereform
FA-FPÖ	02	● Erhöhung Homeofficepauschale	AUGE/UG 07		○ Solidarstaat fair sichern
FA-FPÖ	03	● Wiedereinführung Hacklerregelung	AUGE/UG 08		● Energieversorgung sichern!
FA-FPÖ	05	× Gratis Parkpickerl bereits ab 40% Behinderung und Verdichtung Öffis	AUGE/UG 09		○ Verbindlichkeit schaffen – bundesweite Energieraumplanung
FA-FPÖ	06	● Valorisierung Pensionskonto	GA	02	○ Natürliche CO ₂ -Senken weltweit besser schützen
FA-FPÖ	07	● Praxisanleitung muss wertgeschätzt werden	GA	03	● Kein Fracking in Österreich
FA-FPÖ	08	× AK-Schulbonus auch in Wien auszahlen	GA	04	○ Agri-Photovoltaik erforschen
FA-FPÖ	09	○ Ökologische Bauweise für die neue TGA berücksichtigen	GA	05	○ Bessere und effektivere Energieberatung
FA-FPÖ	10	○ Förderung Sekundarstufe	GA	06	● Dezentrale Stromversorgung
FA-FPÖ	11	× Aussetzen der Valorisierung	GA	07	× Dezentrale Trinkwasserreserven
FA-FPÖ	12	● Strenges Zukunftskonzept für Wien-Energie	GA	08	× Kein weiterer Straßenausbau in Österreich, keine Stadtstraße in Wien
			GA	09	× Stadterweiterung hauptsächlich in vertikaler Richtung
			GA	10	○ Tempobremse

GA	11	×	Nachfahrverbot für fossilbetriebene KFZ	GLB	01	○	Mehr Geld für Pflege und Gesundheit statt für Aufrüstung
GA	12	×	Elektroauto-Recycling	GLB	02	○	Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosigkeit und Valorisierung
GA	13	×	Studieneingangsphasen online stellen	GLB	03	○	Gegen jegliche Einschränkung des Rechts auf Streik
GA	14	○	Ökologische zukunftsgerechte Bauwerke der AK	GLB	04	×	Für sanktionierbare gesetzliche Mindest- und Idealpersonalschlüssel in der Pflege.
GA	15	○	Umwelt- und Klimabudget der AK Wien	Türk-IS			Keine Anträge
GA	16	○	Ökologie- und Klimaschutzbeauftragte für die AK	KOMin-tern	R01	○	Solidarität mit den revolutionären Frauen, den streikenden Arbeiter:innen und den progressiven Kräften im Iran
LP	01	●	Unterstützung für Menschen mit Behinderung	KOMin-tern	01	○	Wann wenn nicht jetzt: Sofortiger Umbau der kommunalen und regionalen Energieversorgungssysteme
LP	02	○	Corona Subventionen für landwirtschaftliche Betriebe	KOMin-tern	02	○	Soziale Sicherheit statt Rüstungsmilliarden – gegen einen neuen Rüstungswettbewerb 2.0!
LP	03	○	„Anti-Teuerungskommission“	KOMin-tern	03	○	Für einen flächendeckenden KV-Mindestlohn von 2.000 Euro brutto und ein mindestens an der Armutsgefährdungsschwelle ausgerichtetes armutsfestes soziales Netz
LP	04	●	Eine Mieterhöhung pro Jahr	KOMin-tern	04	●	Genug Ressourcen trotz Inflation für den Wiener Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich!
FAIR	01	○	Studienberechtigungsprüfungen – Zugangsalter auf 18 Jahre absenken	KOMin-tern	05	○	Teuerung und Klimakrise gemeinsam bekämpfen!
FAIR	02	×	FAIRE Bedingungen beim Einkommen – Indexanpassung von Löhnen und Gehältern	BDFA	01	●	Änderungen der Erwerbsbeteiligung von Müttern
FAIR	03	○	Bargeld als ständiges Zahlungsmittel dauerhaft erhalten!	BDFA	02	●	Steuerlücke: Tricks und Hinterziehung von Unternehmen zulasten des Sozialstaats
FAIR	04	○	Keine rote Ampel-Wellen auf Hauptverkehrsstraßen	BDFA	03	●	Reformoptionen bei „Share Deals“ in der Grunderwerbsteuer
FAIR	05	×	Immerwährende Neutralität beibehalten – ohne Wenn und Aber				
FAIR	06	×	Gleichstellung häuslicher Unterricht und Betreuung				
FAIR	07	×	Rechtliche Möglichkeiten für Schüler verbessern				
FAIR	08	×	AK Wien: Neu- und Umbauten hintanstellen, stattdessen Leistungen für Mitglieder ausweiten				
ARGE	01	○	Ausweitung der Wiedereingliederungsteilzeit				

-
- Annahme einstimmig
 - Annahme mehrheitlich
 - Zuweisung einstimmig
 - Zuweisung mehrheitlich
 - × Abgelehnt

Das AK Wien Büro

2022 standen 663 Mitarbeiter:innen (vollzeitäquivalent) – davon 16 mit körperlicher Beeinträchtigung – den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite. 19 Lehrlinge befanden sich in der Berufsausbildung. Die Mitarbeiter:innen verbrachten mehr als 19.000 Stunden in der Weiterbildung und vertieften so ihre Expertise für die Arbeiterkammer Wien.



Führungskräfte



Weiterbildungsmaßnahmen



663

Mitarbeiter:innen (vollzeitäquivalent) waren mit Stand 31.12.2022 in der AK Wien beschäftigt

19.138

Stunden verbrachten die AK Mitarbeiter:innen mit weiterbildenden Maßnahmen

19

Lehrlinge waren 2022 in der AK Wien in Ausbildung

450

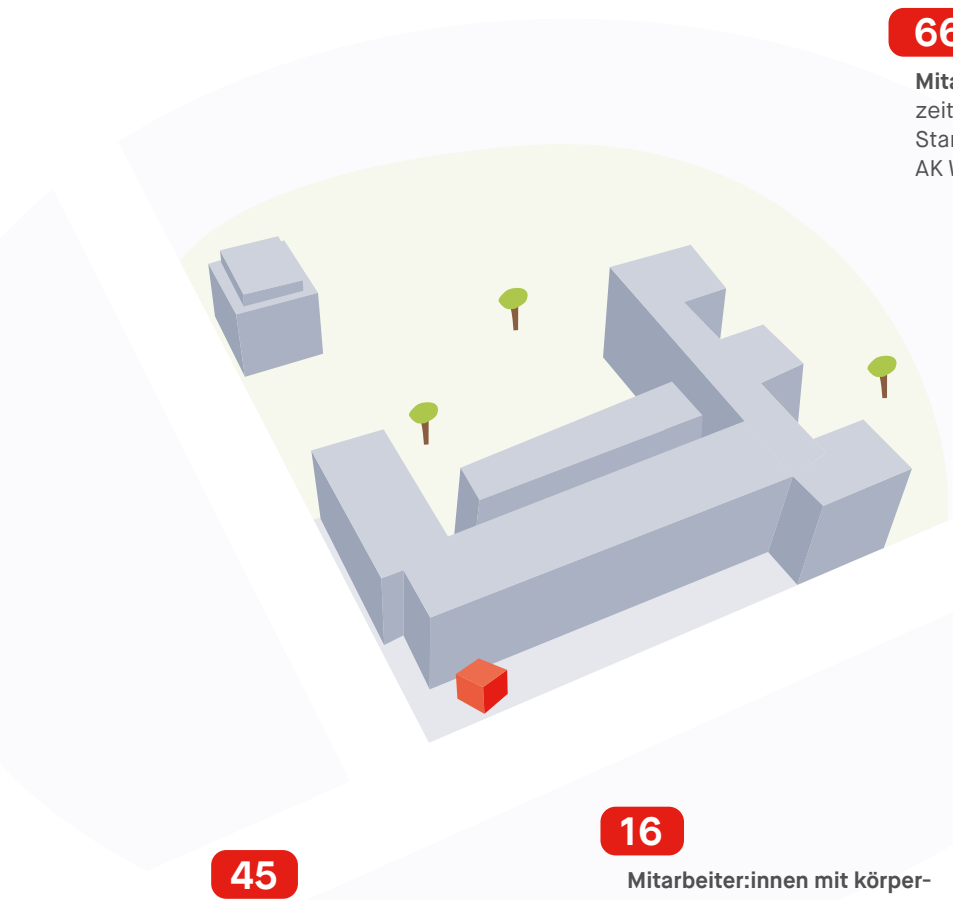
Expert:innen stehen für die Beratung der AK Wien Mitglieder zur Verfügung

45

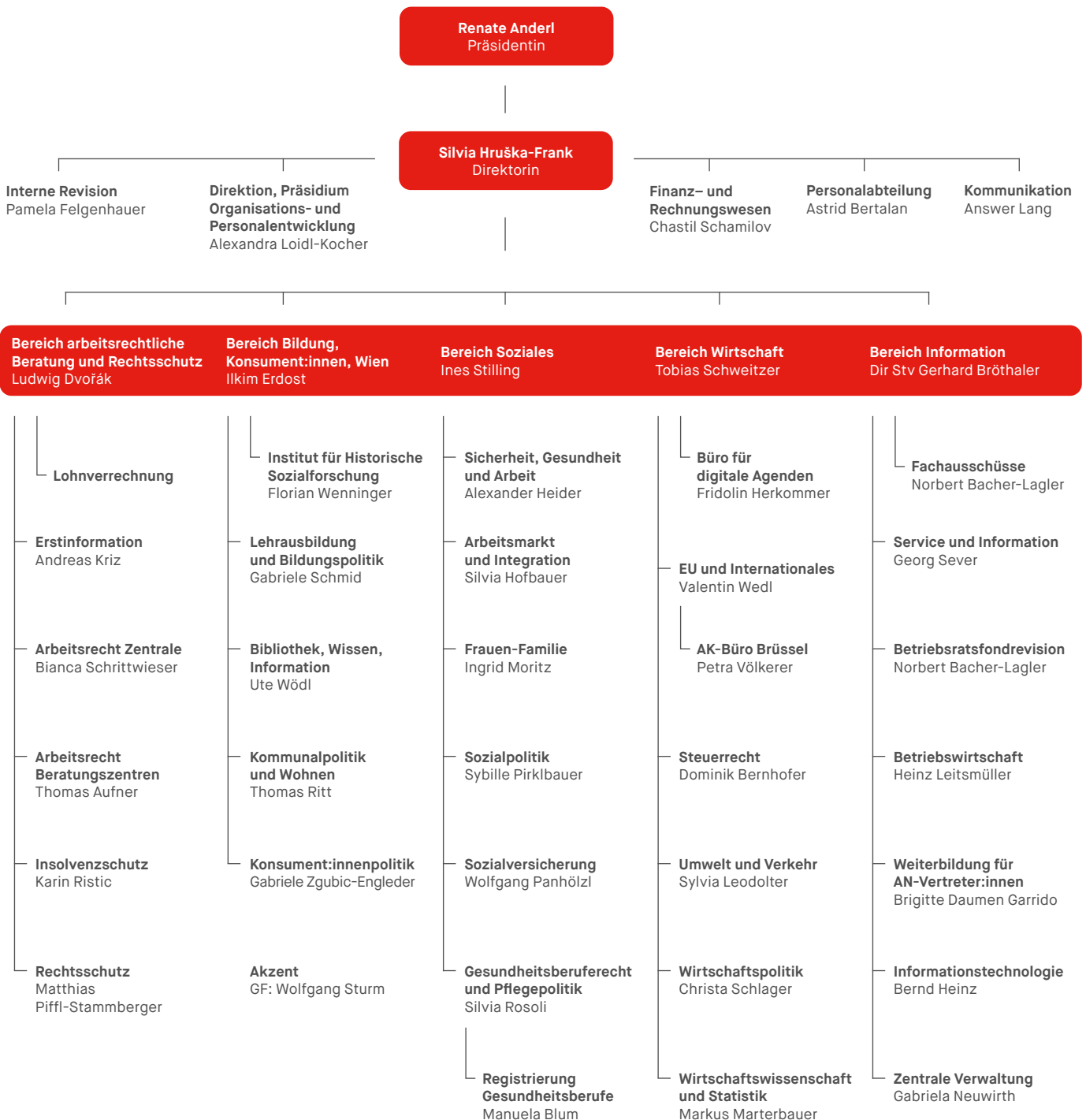
Führungskräfte, davon 22 Frauen, waren 2022 in der AK Wien tätig

16

Mitarbeiter:innen mit körperlicher Beeinträchtigung waren 2022 in der AK beschäftigt



Organigramm AK Wien



Die AK Wien macht sich klimafit

Europa will bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent der Welt sein. Österreich will spätestens 2040 klimaneutral sein. Als AK Wien ist uns bewusst, dass wir das nur schaffen können, wenn alle mitmachen. Selbstverständlich auch wir.

Corporate Carbon Footprint

Im Rahmen von AK klimafit wurde der Corporate Carbon Footprint (CCF) berechnet. Im ersten Schritt wurden entsprechende Daten erhoben, dazu zählen beispielsweise Energieverbrauch, zugekaufter Strom oder eingekaufte Waren- und Dienstleistungen. Danach wurde eine Sachbilanz erstellt, die als Basis für die Wirkungsabschätzung und die Berechnung des CCF dient.

DER **CCF** DER AK WIEN TEILT SICH WIE FOLGT AUF:



direkte Emissionen
= 10.261 kg CO2 eq,
entspricht 0,3%



indirekte Emissionen
= 422.176 kg CO2 eq
entspricht 12%



vor- und nachgelagerte Aktivitäten
3.061.938 kg CO2 eq,
entspricht 88%

Bauen und Infrastruktur

Die Summe des vorläufig berechneten CO2-Einsparpotenzials beträgt 313 t CO2 eq. Dieser Wert entspricht ca. 10 Prozent der gesamten Emissionen der AK Wien. Im Rahmen von Vor-Ort-Begehungen wurde das mögliche Einsparungspotenzial erhoben. Es gibt kaum unnötig laufende Aggregate, sanierte Objekte wurden mit modernen Anlagen ausgestattet und es wird großer Wert auf den bedarfsgerechten Betrieb gelegt. Auch in den Mietstandorten, wo es für die AK Wien lediglich einen geringen Handlungsspielraum gibt, besteht hohes Bewusstsein für klimarelevante Themen.

Maßnahmen zur Senkung des CCF

- Durchführung thermisch-energetischer Sanierungen (Dachflächen, Fassade, Fenster, Türen)
- Installation Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung
- Installation einer energieeffizienten Gebäuderegulertechnik
- Eigenstromerzeugung durch eine geplante Photovoltaikanlage auf Dach- und Fassadenflächen
- Umstieg auf LED-Beleuchtung im gesamten Gebäude

Abfallwirtschaft

Das Thema Abfallwirtschaft wird bei der AK Wien über das Umweltmanagement gesteuert. In einem Abfallwirtschaftskonzept laufen alle zentralen Fragestellungen zusammen. Betriebliche Bilanzen gewährleisten die Transparenz über eingesetzte Stoffe (Roh-, Hilfs- und Gefahrenstoffe, Wasser sowie Energieverbrauch). Zusätzlich gibt es eine Übersicht über das Abfallmanagement, in dem dokumentiert, Informationen über die anfallenden Abfälle festgehalten sowie umgesetzte Maßnahmen im Sinne der Umwelleistung beschrieben werden.

Maßnahmen im Bereich Abfallwirtschaft

- Durchführung einer Potenzialanalyse mit den Zielen weniger Abfall und bessere Trennung
- Flächendeckende Rücknahme von Leergebinden
- Lose Lieferung von Reinigungsmitteln
- Laufende Optimierung der Abfalllogistik
- Installation von gesetzlich konformen Auffangwannen für Chemikalien im Heizungskeller sorgen für mehr Sicherheit am Arbeitsplatz

Mobilität

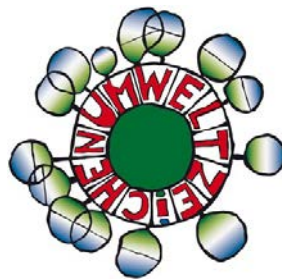
Zur Erhebung der Mobilitätsmuster und der Einstellung der Mitarbeiter:innen wurde eine Mobilitätsbefragung mit einer Rücklauf- und Beteiligungsquote von rund 65 Prozent durchgeführt. Die Befragung war als partizipativer Prozess angelegt, bei der die Mitarbeiter:innen in Freitextfeldern eigene Ideen und Maßnahmenvorschläge machten. Aus den Ergebnissen der Umfrage wurde ein umfangreiches Set an Maßnahmen abgeleitet, die hinsichtlich ihrer Umsetzung in einer Roadmap priorisiert und in der sowohl Zeithorizont, Verantwortlichkeiten sowie erste Schritte festgelegt wurden.

Maßnahmen im Bereich Mobilität

- Fahrradinfrastruktur wurde und wird auch weiterhin ausgebaut
- Durchführung der Aktion „klimafit in die AK“ für alle Mitarbeiter:innen, um den Weg in und von der Arbeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad oder zu Fuß zurückzulegen
- Bau neuer überdachter Fahrradabstellplätze
- Bestand an Dienst-Fahrrädern aufgestockt
- Infrastruktur in Form von Radabstellplätzen, Duschen und Umkleidekabinen bereits vorhanden
- E-Ladeinfrastruktur erweitert
- Mobilitätsdaten 2023 weiter analysiert (u.a. erneute Mitarbeiter:innen-Befragung, Neuaufstellung der Dienstreise-Policy ...)

Umweltsiegel für die AK Wien

2022 wurde unsere Küche mit dem Umweltzeichen ausgezeichnet. Das Umweltzeichen ist das einzige umfassend staatlich geprüfte Umweltsiegel in Österreich und zeigt das Bewusstsein für eine hohe Umweltqualität und soziale Verantwortung. So gibt es beispielsweise einen fleischlosen Tag pro Woche im Betriebsrestaurant. Altspeiseöl wird gesammelt und zur Produktion von Biodiesel verwendet. Mehl und Öl kommen von regionalen Anbietern. Es wird vermehrt auf Bio- und regionale Produkte bei Gemüse, Fisch, Fleisch und Geflügel umgestellt, um den CO₂-Fußabdruck nochmals zu verringern.

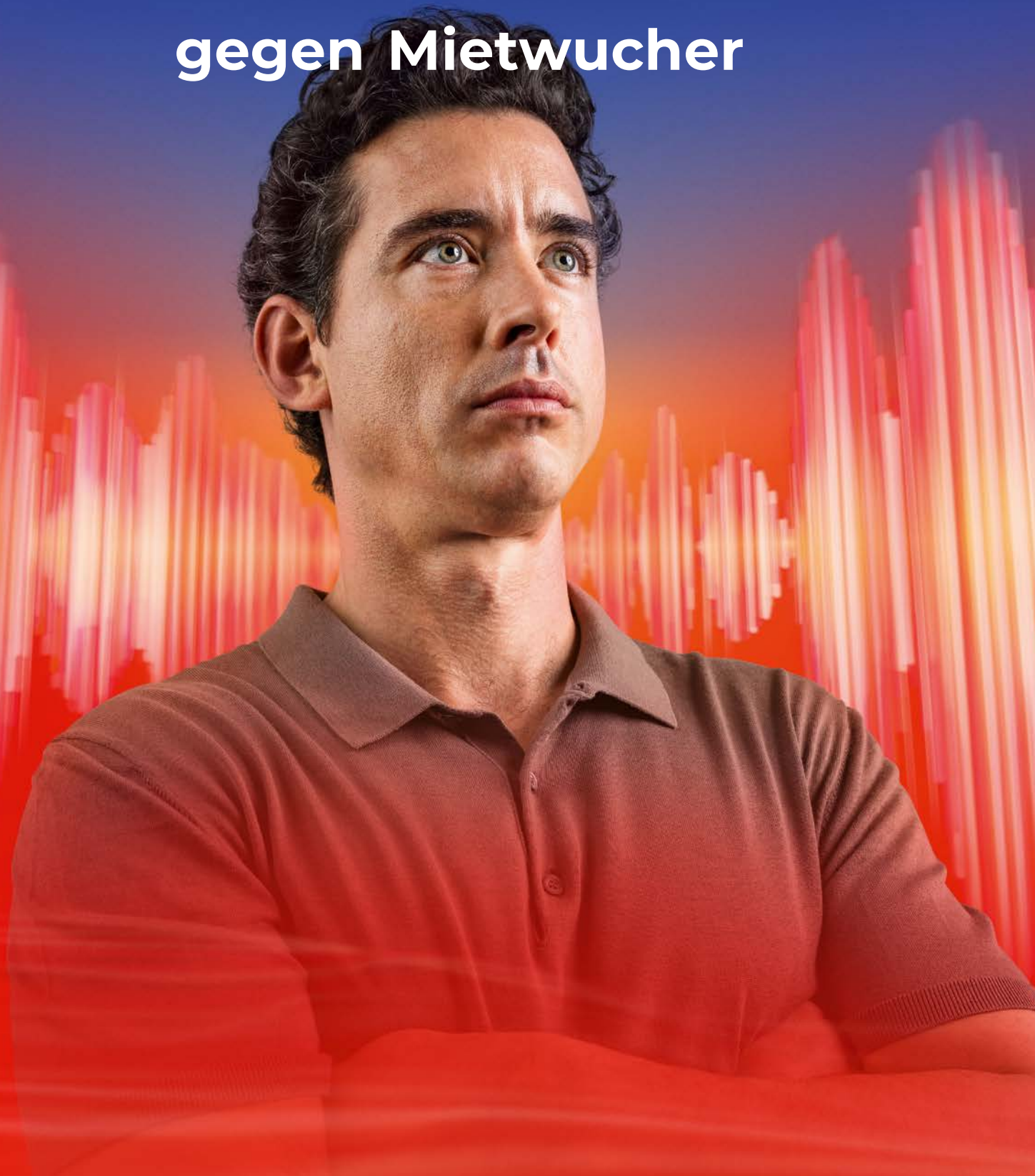


Was wollen wir als AK Wien

- einen quantifizierbaren Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten.
- Grundlagen finden, wie wir CO₂-Reduktionsprojekte umsetzen können.
- konkrete strategische Reduktionsziele definieren.
- unsere Mitarbeiter:innen gut informieren, involvieren und sensibilisieren.
- auf Basis unserer Strategie weitere konkrete Maßnahmen entwickeln.

#deine Stimme

gegen Mietwucher



Begutachtungen von Gesetzen und Verordnungen

- 89 Wirtschaft
- 94 Soziales
- 96 Arbeitsrecht, Rechtsschutz
- 96 Konsument:innen, Bildung, Wien

359

Begutachtungen zu Gesetzen
und Verordnungen gesamt 2022

332

Begutachtungen auf Bundesebene

168

Verordnungen

55

EU und Internationales

74

Bundesgesetze

35

Sonstiges

27

Begutachtungen
auf Landesebene

8

Landesgesetze

19

Verordnungen
und Sonstiges

Wirtschaft

EU und Internationales

- Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit (Europäische Kommission)
- Leitlinien zu Tarifverträgen für Solo-selbständige (EU)
- Vorschlag der Europäischen Kommission über eine Verordnung für entwaldungsfreie Produkte
- Council Recommendation on ensuring a fair transition towards climate neutrality
- Initiative der EU-Kommission zu gemeinsamen interpretativen Erklärungen zu Investitionsschutzabkommen, Positionierung Österreichs
- EU-Lieferkettengesetz
- Entwurf der Europäischen Kommission über ein EU-Lieferkettengesetz COM(2022) 71 final
- Position der AK zur Initiative der EU-Kommission über ein wirksames Verbot von Produkten, die mit Zwangsarbeit hergestellt, abgebaut oder geerntet wurden
- Die Macht von Handelspartnerschaften: gemeinsam für ein grünes und gerechtes Wachstum
- Gewinnung von und Handel mit natürlichen Mineralwässern EuGH Vorabentscheidungsverfahren Rs C-510/22
- EU-Krisengovernance: Rechtsvorschläge der Europäischen Kommission zu einem Notfallinstrument für den Binnenmarkt
- Öffentliche Konsultation der Europäischen Kommission Public Consultation on Critical Raw Materials
- Verordnungsvorschlag über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt

Steuerrecht

- Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird
- Zinsvortrags-Übergangsverordnung
- Bundesgesetzes, mit dem das Bewertungsgesetz 1955, das Bodenschätzungsgesetz 1970 und das Grundsteuergesetz 1955 geändert werden
- Mindestertragsverordnungsnovelle
- Verordnung der

- Finanzmarktaufsichtsbehörde, mit der die Verwaltungskostenrückstellungsverordnung 2013 geändert wird
- Abgabenänderungsgesetz 2022, Novelle der Forschungsprämienverordnung und DBA-Durchführung-Anpassungsverordnung
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie betreffend das Verfahren für die elektronische Übermittlung von Daten im Rahmen der Abwicklung des regionalen Klimabonus
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie betreffend die Abwicklung des regionalen Klimabonus (Klimabonus-Abwicklungsverordnung – KliBAV)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie betreffend die Zuordnung der Hauptwohnsitze für den Regionalausgleich nach § 4 Abs. 4 Klimabonusgesetz
- BMF-Info Ertragsteuerliche Beurteilung von Drittstaatsgesellschaften
- Progressionsberichtsverordnung
- Formulare Steuererklärungen 2022 – Arbeitnehmerveranlagung und Einkommensteuerveranlagung
- Teil 2: Formulare Steuererklärungen 2022 – Körperschaftsteuerveranlagung
- Umgründungssteuerrichtlinien-Wartungserlass 2022
- Information zur Einbehaltung und Rückerstattung der KESt auf Dividenden von börsennotierten Aktiengesellschaften an beschränkt Steuerpflichtige
- Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Ermittlung der Steuerdaten von Kryptowährungen
- Entwurf der Wartung 2022 betreffend die Information zum Kommunalsteuergesetz
- Umsatzsteuerrichtlinie-Wartungserlass 2022
- Lohnsteuerwartungserlass 2022
- Öffentliche Konsultation zum Rundschreiben der Finanzmarktaufsicht zur Held-to-Maturity Widmung Betriebliche Vorsorgekassen
- Finanzmarktaufsicht Rundschreiben HTM-Widmung Pensionskassen
- Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Sachbezugswerteverordnung geändert wird

- Verordnung des Bundesministers für Finanzen über Durchführungsbestimmungen zum Digitale Plattformen-Meldepflichtgesetz (DPMG-Durchführungsverordnung)
- Ergänzender Begutachtungsentwurf Abgabenänderungsgesetz 2022 (AbgÄG 2022)
- Gesetz, mit dem das Gebrauchsabgabengesetz 1966, das Gesetz über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe, das Hundeabgabengesetz und das Wiener Verwaltungsabgabengesetz 1985 geändert werden (Wiener Abgabenrechtsänderungsgesetz 2022)

Umwelt und Verkehr

- Bundesgesetz, mit dem das Führerscheingesetz geändert wird (22. FSG-Novelle)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der für die A12 Inntalautobahn und die A13 Brennerautobahn an bestimmten Samstagen im Winter 2022 ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge verfügt wird
- Bundesgesetz, mit dem das Umweltförderungsgesetz geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem ein GSA-Gesetz erlassen und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Forschungsfinanzierungsgesetz sowie das Forschungsorganisationsgesetz geändert werden
- Klimawandel – neue Vorschriften zur Verhinderung des Austretens von Methan im Energiesektor
- Bundesgesetz, mit dem das Güterbeförderungsgesetz 1995 – GütbefG, das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996 – GelverkG und das Kraftfahrliiniengesetz – KfIG geändert werden
- Jahresprogramm 2022 des Klima- und Energiefonds
- EU-Verkehr: Aktionsplan zur Förderung des Fern- und grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehrs
- EU-Verkehr: Ein neuer Rahmen für die Stadtmobilität
- EU-Verkehr: Revision der TEN-Netze, der CEF und der Schienengüterkorridore
- EU-Verkehr: Richtlinie Intelligente Verkehrssysteme
- Die österreichische Kreislaufwirtschaft

- Österreich auf dem Weg zu einer nachhaltigen und zirkulären Gesellschaft
- Triebfahrzeugführer – verbessertes EU-Zertifizierungssystem
- Straßenverkehr – EU-Normen für sichere Parkplätze für Lastkraftwagen
- Kraftomnibusfahrer – EU-Vorschriften über Lenk- und Ruhezeiten
- Öffentliche Konsultation: Nutzfahrzeuge – Gewicht und Abmessungen
- EU Konsultation: Staatliche Beihilfen – Eisenbahnverkehr
- Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrgesetz 1967 geändert wird (40. KFG-Novelle)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Altlastenatlas-VO geändert wird (2. Altlastenatlas-VO-Novelle 2021)
- Verordnung der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, mit der die Allgemeine Abwasseremissionsverordnung – AAEV und die AEV Milchwirtschaft geändert werden
- Verordnung der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, mit der die Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Zucker- und Stärkeerzeugung, [...] geändert werden
- EU-Konsultation: Für ein widerstandsfähiges, innovatives, nachhaltiges und digitales Mobilitäts-Ökosystem
- Vorschlag für eine Richtlinie zur Verbesserung der Stabilitätsanforderungen für Fahrgastschiffe
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der für bestimmte Straßen ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge verfügt wird (Fahrverbotskalender 2022)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Innovation und Technologie, mit der die Austro Control-Gebührenverordnung geändert wird
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Berufszugangs-Verordnung Güterkraftverkehr – BZGü-VO geändert wird
- Überarbeitung der Delegierten Verordnung 2017/1926 über multimodale Reiseinformationsdienste (MMTIS)
- Industrieemissionsrichtlinie (IE-RL) | COM(2022) 156 final/2
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der Maßnahmen im Bereich der Luftreinhaltung zur Erreichung der nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen für Ammoniak gemäß Emissionsgesetz-Luft 2018 mit Verordnung festgelegt werden
- EU-Konsultation – Überarbeitung der Führerscheinrichtlinie
- EU-Konsultation – Grenzüberschreitende Durchsetzung von Straßenverkehrsvorschriften
- Bundesgesetz, mit dem das Bundesstraßengesetz 1971 und das Straßentunnel-Sicherheitsgesetz geändert werden
- EU-Konsultation – Überarbeitung der Flugdienste-Verordnung
- EU-Konsultation – Nachhaltiger Verkehr | Überarbeitung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr
- Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 geändert wird (33. StVO-Novelle)
- Verordnung über die Kostenbeiträge an die Schienen-Control GmbH
- EU-Konsultation | Triebfahrzeugführer – verbessertes EU-Zertifizierungssystem
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Zivilflugfahrzeug-Lärmzulässigkeitsverordnung 2005 geändert wird
- EU-Konsultation | Rechtsvorschriften für Pflanzen, die mithilfe bestimmter neuer genomischer Verfahren gewonnen werden
- EU-Konsultation | Nutzfahrzeuge – Gewicht und Abmessungen
- Vorschlag zur Verordnung (EU) Nr. 517/2014 über fluorierte Treibhause und zur Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über den Betrieb von Zivilflugplätzen (Zivilflugplatz-Betriebsordnung 2022 – ZFBO 2022)
- Bundesgesetz, mit dem das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 geändert wird
- EU-Konsultation | Verkehrssicherheit – Bewertung der EU-Vorschriften
- EU-Konsultation – Zählung der verkehrsbedingten Emissionen – „CountEmissions EU“
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die Festlegung der Vignettenpreise (Vignettenpreisverordnung 2022)
- Abfallverbrennungsverordnung 2022
- Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Berücksichtigung des EU-Emissionshandels im Nationalen Emissionszertifikatehandelsgesetz 2022 (NEHG-EU ETS Befreiungsverordnung 2022 – NEHG-EU ETS BV 2022)
- EU-Konsultation | Bodengesundheit – Schutz, nachhaltige Bewirtschaftung und Wiederherstellung von Böden in der EU
- Biomasseenergie-Nachhaltigkeitsverordnung – BMEN-VO
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Altlastenatlas-VO geändert wird (1. Altlastenatlas-VO-Novelle 2022)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Abfallnachweisverordnung 2012 geändert wird (ANV-Novelle POP)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Kraftstoffverordnung 2012 geändert wird
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die Festsetzung der Mauttarife (Mauttarifverordnung 2022)
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die Nachhaltige landwirtschaftliche Ausgangsstoffe-Verordnung – NLAV geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft über nachhaltige forstwirtschaftliche Biomasse zur Herstellung von Biokraftstoffen, flüssigen Biobrennstoffen und Biomasse-Brennstoffen (NFBioV)

- EU-Konsultation | Reisen – besserer Schutz für Reisende und ihre Rechte
 - Vorschlag der Europäischen Kommission für die Revision der EU Luftqualitäts-Richtlinien
 - Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der für die A12 Inntalautobahn und die A13 Brennerautobahn an bestimmten Samstagen im Winter 2023 ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge verfügt wird (Winterfahrverbotskalender 2023)
 - Landschaftsschutzgebiet Liesing | Änderung der EuropaschutzgebietenVO
 - Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Wiener Umgebungslärmschutzverordnung geändert wird
- Wirtschaftspolitik**
- EU-Richtlinie und EU-Verordnung zum Binnenmarkt für Gase und Wasserstoff
 - Konsultation – Überarbeitung der EU-Tierschutzvorschriften
 - Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 und das Bundesgesetz über die Auszeichnung von Preisen geändert werden (Zweites Modernisierungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz – MoRUG II)
 - Verordnung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort über die Zugangsvoraussetzungen für das reglementierte Gewerbe der Lebens- und Sozialberatung (Lebens- und Sozialberatungs-Verordnung)
 - Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz 2007, das Landwirtschaftsgesetz und das AMA-Gesetz geändert werden
 - Verordnung der BM für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zur Gewährung von Investitionszuschüssen für die Neuerrichtung, Revitalisierung und Erweiterung von Anlagen zur Erzeugung und Speicherung von Strom aus erneuerbaren Quellen für das Jahr 2022
 - Verordnung der Bundesregierung der Maler und Tapezierer über die Meisterprüfung für das Handwerk Ledergalanteriewarenerzeugung und Taschner (Ledergalanteriewarenerzeugung und Taschner-Meisterprüfungsordnung)
 - Verordnung der Bundesregierung der Maler und Tapezierer über die Meisterprüfung für das Handwerk Lackierer (Lackierer-Meisterprüfungsordnung)
 - Verordnung der Bundesregierung der Maler und Tapezierer über die Meisterprüfung für das Handwerk Tapezierer und Dekorateur (Tapezierer und Dekorateur-Meisterprüfungsordnung)
 - Verordnung der Bundesregierung der Dachdecker, Glaser und Spengler über die Meisterprüfung für das Handwerk Dachdecker (Dachdecker-Meisterprüfungsordnung)
 - Pflanzliches und forstliches Vermehrungsgut (überarbeitete Vorschriften)
 - Verordnung des Vorstands der E-Control über nähere Modalitäten der Ratenzahlung gemäß § 82 Abs. 2a EIWOG 2010 (Ratenzahlungs-Verordnung)
 - Öffentliche Konsultation zu einer Verordnung, mit der die elektronische Form der Anzeige von Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Entgeltbestimmungen von Telekommunikationsdiensten festgelegt wird (Telekom-Anzeigeverordnung – TKA-V)
 - Verordnung der Bundesregierung der Kunsthandwerke über die Meisterprüfung für das Handwerk Buchbinder (Buchbinder-Meisterprüfungsordnung)
 - Verordnung der Bundesregierung der Kunsthandwerke über die Meisterprüfung für das Handwerk der Blechblasinstrumentenerzeuger (Blechblasinstrumentenerzeuger-Meisterprüfungsordnung)
 - Verordnung der Bundesregierung der Kunsthandwerke über die Meisterprüfung für das Handwerk der Holzblasinstrumentenerzeuger (Holzblasinstrumentenerzeuger-Meisterprüfungsordnung)
 - Verordnung der Bundesregierung der Kunsthandwerke über die Meisterprüfung für das Handwerk Gold- und Silberschmiede (Gold- und Silberschmiede-Meisterprüfungsordnung)
 - Verordnung des Bundesgremiums der Versicherungsagenten über die Befähigungsprüfung für das reglementierte Gewerbe Versicherungsvermittlung in der Form Versicherungsagent (Versicherungsagenten-Befähigungsprüfungsordnung)
 - Bundesgesetz, mit dem das Übernahmegesetz und das Gerichtsgebührengesetz geändert werden
 - Verordnung der Bundesregierung der Rundfunk und Telekom
 - Regulierungs-GmbH, mit der statistische Erhebungen für den Bereich der elektronischen Kommunikation angeordnet werden (Kommunikations-Erhebungs-Verordnung – KEV 2022)
 - Verordnung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, mit der statistische Erhebungen für den Bereich der elektronischen Kommunikation angeordnet werden (Kommunikations-Erhebungs-Verordnung – KEV 2022)
 - Verordnung der Bundesregierung der Maler und Tapezierer über die Meisterprüfung für das Handwerk Vergolder und Staffierer (Vergolder und Staffierer-Meisterprüfungsordnung)
 - Verordnung der Bundesregierung der Dachdecker, Glaser und Spengler über die Meisterprüfung für das Handwerk der Spengler (Spengler-Meisterprüfungsordnung)
 - Verordnung der Bundesregierung der Kunststoffverarbeiter über die Meisterprüfung für das Handwerk der Kunststoffverarbeitung (Kunststoffverarbeiter-Meisterprüfungsordnung)
 - Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die veterinärbehördliche Grenzkontrolle von Tieren, Waren und Gegenständen (Veterinärbehördliche Einfuhrverordnung 2022 – VEVO 2022)
 - Bundesgesetz, mit dem das Gaswirtschaftsgesetz 2011 (GWG 2011) geändert wird
 - Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Transport von Tieren und damit zusammenhängenden Vorgängen (Tiertransportgesetz 2007 – TTG 2007), BGBl. I 54/2007, geändert wird
 - Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Schutz der Tiere (Tierschutzgesetz-TSchG) BGBl. I Nr. 118/2004, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 86/2018, geändert wird
 - Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 1. Tierhaltungsverordnung geändert wird
 - Verordnung der Bundesregierung der Kunsthandwerke über die Meisterprüfung für das Handwerk Kartonagenwarenerzeugung (Kartonagenwarenerzeuger-Meisterprüfungsordnung)

- Verordnung der Bundesinnung der Gesundheitsberufe über die Befähigungsprüfung für das reglementierte Gewerbe Kontaktlinsoptik (Kontaktlinsoptik-Befähigungsprüfungsordnung)
- Verordnung der Bundesinnung der Gesundheitsberufe über die Meisterprüfung für das Handwerk Augenoptik (Augenoptik-Meisterprüfungsordnung)
- Verordnung der Bundesinnung der Bauhilfsgewerbe über die Meisterprüfung für das Handwerk der Wärme-, Kälte-, Schall- und Branddämmung (Wärme-, Kälte-, Schall- und Branddämmung-Meisterprüfungsordnung)
- Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994 geändert wird
- Verordnung der Bundesinnung der Bauhilfsgewerbe über die Meisterprüfung für das Handwerk der Pflasterer (Pflasterer-Meisterprüfungsordnung)
- Verordnung der Bundesinnung der Bauhilfsgewerbe über die Meisterprüfung für das Handwerk der Pflasterer (Pflasterer-Meisterprüfungsordnung)
- Bundesgesetz zum Ausstieg aus der fossil betriebenen Wärmebereitstellung (Erneuerbare-Wärme-Gesetz – EWG)
- Verordnung der Bundesinnung der Mechatroniker über die Meisterprüfung für das Handwerk Mechatroniker für Medizingerätetechnik (Mechatroniker für Medizingerätetechnik – Meisterprüfungsordnung)
- Verordnung des Fachverbands Personenberatung und Personenbetreuung über die Befähigungsprüfung für das reglementierte Gewerbe Lebens- und Sozialberatung (Psychosoziale Beratung) (Lebens- und Sozialberatungs-Befähigungsprüfungsordnung)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zur Gewährung von Marktprämien nach dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz für die Jahre 2022 und 2023 (EAG-Marktprämienverordnung – EAG-MPV)
- Bundesgesetz, mit dem zur Umsetzung der Gesellschaftsrechtlichen Digitalisierungs-Richtlinie 2019/1151 das Unternehmensgesetzbuch, das Firmenbuchgesetz, das GmbH-Gesetz, das Aktiengesetz, das Spaltungsgesetz, das Genossenschaftsgesetz und das Gerichtsgebührengesetz geändert werden
- Verordnung des Bundesgremiums des Handels mit Arzneimitteln, Drogerie- und Parfümeriewaren sowie Chemikalien und Farben der WKO über die Befähigungsprüfung für das Gewerbe des Großhandels mit Arzneimitteln und Giften und für das Gewerbe des Großhandels mit Giften
- Verordnung der Bundesinnung der Hafner, Platten- und Fliesenleger und Keramiker, mit der die Verordnung über die Meisterprüfung für das Handwerk der Hafner (Hafner-Meisterprüfungsordnung) geändert wird
- Verordnung der Bundesinnung der Bauhilfsgewerbe, mit der die Verordnung über die Meisterprüfung für das Handwerk der Bodenleger (Bodenleger-Meisterprüfungsordnung) geändert wird
- Verordnung der Bundesinnung der Maler und Tapezierer, mit der die Verordnung über die Meisterprüfung für das Handwerk Maler und Anstreicher (Maler und Anstreicher Meisterprüfungsordnung) geändert wird
- Verordnung der Bundesinnung der Hafner, Platten- und Fliesenleger und Keramiker, mit der die Verordnung über die Meisterprüfung für das Handwerk der Keramiker (Keramiker-Meisterprüfungsordnung) geändert wird
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zur Sicherung der Erdgasversorgung (1. Erdgas-Lenkungsmaßnahmen-Verordnung – 1. G-ELV)
- Verordnung der Bundesinnung der Mechatroniker über die Meisterprüfung für das Handwerk Mechatroniker für Elektronik, Büro- und EDV-Systemtechnik (Mechatroniker für Elektronik, Büro- und EDV-Systemtechnik – Meisterprüfungsordnung)
- Verordnung der Bundesinnung der Maler und Tapezierer über die Meisterprüfung für das Handwerk Schilderherstellung (Schilderherstellung-Meisterprüfungsordnung)
- Verordnung der Bundesinnung der Elektro-, Gebäude-, Alarm- und Kommunikationstechniker über die Meisterprüfung für das Handwerk Kommunikationselektronik (Kommunikationselektronik – Meisterprüfungsordnung)
- Verordnung der Bundesinnung der chemischen Gewerbe und der Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereiniger über die Meisterprüfung für das Handwerk Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereinigung (Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereinigung-Meisterprüfungsordnung)
- Verordnung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH) über die Meldung und Abfrage von Daten und die Einsichtnahme in Daten bei der RTR-GmbH – ZIS-V 2022
- Verordnung der Bundesinnung der Metalltechniker über die Meisterprüfung für das Handwerk Metalltechnik für Metall- und Maschinenbau
- Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der die Erdgas-Clearingentgelt-Verordnung 2021 geändert wird (Erdgas-Clearingentgelt-Verordnung 2021 – Novelle 2022)
- Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der die Gas-Marktmodell-Verordnung 2020 geändert wird (GMMO-VO 2020 – 2. Novelle 2022)
- Bundesgesetz über die Preisbindung bei Büchern (Buchpreisbindungsgesetz 2023)
- Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die technische Ausgestaltung eines öffentlichen Warnsystems
- Verordnung der Bundesinnung der Mechatroniker über die Meisterprüfung für das Handwerk Mechatroniker für Maschinen- und Fertigungstechnik (Mechatroniker für Maschinen- und Fertigungstechnik – Meisterprüfungsordnung)
- Konsultation: EU-Verfahrensvorschriften im Kartellbereich
- Verordnung mit Regeln zur Anwendung des GAP-Strategieplans – GSP-AV
- Verordnung der Bundesinnung der Gesundheitsberufe über die Meisterprüfung für das Handwerk Orthopädienschuhmacher (Orthopädienschuhmacher-Meisterprüfungsordnung)
- Verordnung der Bundesinnung der Gesundheitsberufe über die Meisterprüfung für das Handwerk Schuhmacher (Schuhmacher-Meisterprüfungsordnung)
- Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – 4. Novelle 2022, GSNE-VO 2013 – 4. Novelle 2022)
- Verordnung der Bundesinnung der Kunsthandwerke über die Meisterprüfung für das Handwerk Uhrmacher

- Bundesgesetz, mit dem das Filmstandortgesetz 2023 erlassen wird und das Filmförderungsgesetz und das KommAustria-Gesetz geändert werden
 - Verordnung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen über Eichvorschriften für elektrische Tarifgeräte zur Messung von elektrischer Energie an Ladepunkten zum Betrieb von Elektrofahrzeugen
 - Bundesgesetz, mit dem das AMA-Gesetz geändert wird
 - Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 geändert wird (SNE-V 2018 – Novelle 2023)
 - Verordnung der Bundesinnung der Kunsthandwerke über die Meisterprüfung für das Handwerk der Orgelbauer (Orgelbauer-Meisterprüfungsordnung)
 - Verordnung der Bundesinnung der Kunsthandwerke über die Meisterprüfung für das Handwerk der Harmonikamacher (Harmonikamacher-Meisterprüfungsordnung)
 - Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Frequenznutzungsverordnung 2013 sowie die Verordnung, mit der generelle Bewilligungen erteilt werden, geändert werden
 - Verordnung, mit der die Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit über die Anerkennung von Befähigungsnachweisen aus einem anderen Mitgliedstaat der EU oder des EWR (EU/EWR – Anerkennungsverordnung) geändert wird
 - Bundesgesetz, mit dem das Patentverträge-Einführungsgesetz, das Patentgesetz 1970, das Gebrauchsmustergesetz, das Markenschutzgesetz 1970, das Musterschutzgesetz 1990 und das Patentamtsgebührengesetz geändert werden
 - Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2023, GSNE-VO 2013 – Novelle 2023)
 - Verordnung der Bundesinnung der Dachdecker, Glaser und Spengler über die Meisterprüfungen für das Handwerk Glaser, Glasbeleger und Flachglasschleifer, für das Handwerk Glasbläser und Glasinstrumentenerzeuger und für das Handwerk Hohlglasschleifer und Hohlglasveredler
 - Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die Bestimmung des Erneuerbaren-Förderbeitrags für das Kalenderjahr 2023 (Erneuerbaren-Förderbeitragsverordnung 2023)
 - Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der Bewilligungen zur Errichtung und zum Betrieb von Funkanlagen außer Kraft gesetzt werden
 - Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die Verordnung betreffend Standesregeln für Tankstellenbetreiber über den Zeitpunkt der Preisauszeichnung für Treibstoffe bei Tankstellen und die PreistransparenzVO Treibstoffpreise 2011 geändert werden
 - Bundesgesetz, mit dem ein BG über die Förderung des qualitativollen Journalismus in Medien des Print- und Online-Bereichs erlassen wird und das PresseförderungsG 2004, das Medienkooperations- und -förderungs-TransparenzG sowie das KommAustria-G geändert werden
 - Verordnung des Bundesministers für Finanzen über den Ersatz der Investitionskosten der Anbieter für die Bereitstellung der Einrichtungen, der zur Überwachung von Nachrichten, Auskunft über Daten einer Nachrichtenübermittlung oder zur Registrierung von Teilnehmern erforderlich sind
 - Verordnung des Erweiterten Präsidiums der Wirtschaftskammer Österreich über die Befähigungsprüfung für das reglementierte Gewerbe Baumeister (Baumeister-Befähigungsprüfungsordnung)
 - Verordnung des Magistrates der Stadt Wien über die Gewerbeausübung in Gastgärten im Jahr 2022
 - Gesetz, mit dem das Wiener Elektrizitätswirtschaftsgesetz 2005 – WEIWG 2005 und das Wiener Starkstromwegegesetz 1969 geändert werden
 - Gesetz, mit dem das Wiener Energie- und Klimarechts-Umsetzungsgesetz 2020 (WERUG 2020) geändert wird
 - Novellierung der Allgemeinen Gruppenfreistellungs-Verordnung
 - Verordnung des Magistrates der Stadt Wien betreffend nähere Bestimmungen über den Sachkundenachweis für die Haltung von Exoten (Wiener Exoten-Sachkundenachweis-Verordnung)
- Wirtschaftswissenschaft**
- Verordnung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaft, mit der die VO d BMDW über Schwellenwerte und Erhebungsmerkmale bei der handelsstatistischen Anmeldung (Handelsstatistikverordnung 2022-HStatVO 2022) erlassen wird
 - Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde, mit der die Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung geändert wird
 - Verordnung der OeNB, mit der die MeldeVO betreffend die Erfassung von Kredit- und Länderrisiken, Restlaufzeiten und Fremdwährungskredite sowie Finanzinformationen von Auslandstochterbanken – MeldeVO FinStab 2018 der OeNB geändert wird (FinStab Novelle 2022)
 - Bundesgesetz, mit dem das Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz, das BankwesenG, BörseG 2018, FinanzmarktaufsichtsbehördenG, InvestmentfondG 2011, PensionskassenG, VersicherungsaufsichtG 2016, WertpapieraufsichtG 2018 und ZahlungsdiensteG 2018 geändert werden
 - Bundesgesetz, mit dem das Börsegesetz 2018, das Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 und das Kapitalmarktgesetz 2019 geändert werden
 - FMA-Studie zur Digitalisierung am österreichischen Finanzmarkt
 - Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Abfrage von sensiblen Daten 2022 nach dem Transparenzdatenbankgesetz 2012 (Transparenzdatenbank-Abfrageverordnung 2022)
 - Verordnung der Bundesministerinnen für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, sowie für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und dem Bundesminister für Finanzen über die Leistungs- und Strukturstatistik in den Produktions- und DL-Bereichen
 - Bundesgesetz, mit dem das Investmentfondsgesetz 2011 geändert wird
 - Bundesgesetzes, mit dem das Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 geändert wird
 - Bundesgesetz mit dem ein BG über die Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen, öffentlicher Unternehmen und

- von Forschungsdaten erlassen wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde, mit der die Warenderivateverordnung geändert wird
- Konsultation Vorschriften für staatliche Beihilfen für Banken in Schwierigkeiten
- Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Beaufsichtigung von Wertpapierfirmen (Wertpapierfirmengesetz-WPFG) erlassen wird und u. a. das Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft über die Statistik der Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde, mit der die FMA-Incoming-Plattformverordnung geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde, mit der die Pfandbriefmelde-Verordnung (PBMV) erlassen und die Granulare Kreditdatenerhebungs-Verordnung 2018 (GKE-V 2018) geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde, mit der die Sicherungseinrichtungen-Meldeverordnung geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde, mit der die FMA-Kostenverordnung 2016 geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde, mit der die FMA-Gebührenverordnung geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Verordnung über die Anlage zum Prüfungsbericht (AP-VO) geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Berichte zum Pfandbriefgesetz (Pfandbrief-Berichtsverordnung – PB-BV)
- Bundesgesetz, mit dem das Transparenzdatenbankgesetz 2012 geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die Verordnung über die Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Kapitalpuffer-Verordnung 2021 geändert wird
- Zweite Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Abfrage von sensiblen Daten 2022 nach dem

- Transparenzdatenbankgesetz 2012 (Zweite Transparenzdatenbank-Abfrageverordnung 2022)
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die CRR-Begleitverordnung 2021 geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Versicherungsunternehmen Meldeverordnung 2020 geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Sicherungseinrichtungen-Stresstestverordnung (SiEi-StrV) geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Wertpapierfirmen-Stammdatenmeldeverordnung erlassen und die FMA-Incoming-Plattformverordnung geändert werden
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über aufsichtliche Regelungen für kleine und nicht verflochtene Wertpapierfirmen (Wertpapierfirmenverordnung – WPFFV)

Soziales

Sozialpolitik

- Bundesgesetz, mit dem das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz und das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz geändert werden
- Konsultation „Transition der Lokal- und Sozialwirtschaft“
- Initiative der Europäischen Kommission zu einer Empfehlung zum Mindesteinkommen
- 110. IAK 2022: Bericht IV(2)
- IAO – Berichte über ratifizierte Übereinkommen 2022
- Internationale Arbeitskonferenz (IAK); 111. Tagung 2023: Bericht VII(1): Aufhebung und Zurückziehung von 24 veralteten IAO-Instrumenten zur Seeschifffahrt
- Nationaler Aktionsplan Behinderung 2022-2030
- Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz,

- das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrpersonen-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, das Bundes-Personalvertretungsgesetz, das Bundes-Bedienstetenschutzgesetz, das Rechtspraktikantengesetz, das Gerichtsorganisationsgesetz, das Rechtspflegergesetz und das Bundesgesetz über die Leistung eines besonderen Erstattungsbetrages anlässlich der Aufnahme in ein Dienstverhältnis zum Fürstentum Liechtenstein als Richter oder Staatsanwalt geändert werden (Dienstrechts-Novelle 2022)
- Europarat; rev ESC; 11. Bericht Österreichs über die Umsetzung der revidierten Europäischen Sozialcharta (Artikel 7, 8, 16, 17, 19, 27 und 31)
- Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über das Verfahren und den Schutz bei Hinweisen auf Rechtsverletzungen in bestimmten Rechtsbereichen (HinweisgeberInnenschutzgesetz – HSchG) erlassen wird und das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Richter- und Staatsanwaltsdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrpersonen-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz und das Rechtspraktikantengesetz geändert werden
- Stellungnahme zum Teuerungs-Entlastungspaket und zum Klimabonusgesetz – KliBG
- Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Studienförderungsgesetz 1992, das Kinderbetreuungsgeldgesetz, das Familienzeitbonusgesetz, das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und das Einkommensteuergesetz 1988 geändert werden (Teuerungs-Entlastungspaket III)
- Internationale Arbeitsorganisation (IAO) – Berichte über nicht ratifizierte Übereinkommen und Empfehlungen 2022/2023: Übereinkommen Nr 150 und Empfehlung Nr 158 (Arbeitsverwaltung)
- Internationale Arbeitskonferenz (IAK); 111.

Internationale Arbeitskonferenz (Genf, Juni 2023): Bericht IV(1) Lehrlingsausbildung; Entwurf der Empfehlung

- Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Barrierefreiheitsgesetz erlassen sowie das Sozialministeriumservicegesetz geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrpersonen-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz, das Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz, die Reisegebührenvorschrift 1955, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, das Bundes-Personalvertretungsgesetz, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Bundes-Bedienstetenschutzgesetz, das Rechtspraktikantengesetz, das Gerichtsorganisationsgesetz, das Rechtspflegergesetz, das Bundesgesetz über die Leistung eines besonderen Erstattungsbetrages anlässlich der Aufnahme in ein Dienstverhältnis zum Fürstentum Liechtenstein als Richter oder Staatsanwalt, das Bundespensionsamtübertragungsgesetz, das Bundes-Sportförderungsgesetz 2017, das Anti-Doping-Bundesgesetz 2021 und das Zustellgesetz geändert werden (2. Dienstrechts-Novelle 2022)

Frauen und Familie

- Stellungnahme zur Petition „1,2 Milliarden für den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung JETZT!“
- Gesetz, mit dem das Wiener Kindergarten-gesetz – WKGG geändert wird
- Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Wiener Kindergartenverordnung – WKGVÖ geändert wird
- Gesetz, mit dem das Wiener Tagesbetreu-ungsgesetz – WTBG geändert wird
- Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Wiener Tagesbetreuungsver-ordnung – WTBVO geändert wird

Arbeitsmarkt und Integration

- Verordnung der Bundesregierung, mit der die Anzahl der quotenpflichtigen Aufenthaltstitel für das Jahr 2023 festgelegt wird (Niederlassungsverordnung 2023 – NLV 2023)
- Entwurf einer Änderung der Arbeitsmarkt-sprengelverordnung (AMSPrV); Anpassungen im Bereich des AMS Salzburg;
- Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend „Wiedereinführung der Wertsicherung bei der Arbeitslosenversicherung“ (47/BI)
- Legistik und Recht; Eigenlegistik Bundes-gesetz, mit dem das EU – Polizeikoopera-tionsgesetz, das Polizeikooperationsgesetz, das PNR-Gesetz, das Fremdenpolizeigesetz 2005, das Grenzkontrollgesetz, das Nie-derlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 und das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert werden (Zweites EU-Informationssysteme-Anpassungsgesetz) Begutachtungsverfahren
- Bundesgesetzes, mit dem das Aus-länderbeschäftigungsgesetz, das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz und das Fremdenpolizeigesetz 2005 geändert werden (Reform der Rot-Weiß-Rot – Karte); Begutachtungsverfahren
- ESF Strukturfondsperiode 2021 – 2027 ESF+ - 2.e Einreichversion Dezember 2021 – Be-fassung des Begleitausschusses
- Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft für die befristete Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern im Tourismus und in der Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2023 (Saisonkontingentverordnung 2023)
- Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der für das Jahr 2023 Mangelberufe für die Beschäftigung von aus-ländischen Fachkräften festgelegt werden (Fachkräfteverordnung 2023)

Sicherheit, Gesundheit und Arbeit

- Novellen zum ArbeitnehmerInnenschutz-gesetz (ASchG), Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) und Arbeitsvertragsrechts-An-passungsgesetz (AVRAG) zum arbeitsmedizi-nischen Fachdienst
- Novelle zur Verordnung über arbeitsmedizini-sche Zentren (AMZ-VO)

- Novelle zur Sprengarbeitenverordnung (SprengV)
- Novelle zur Luftfahrt-ArbeitnehmerInnen-schutzverordnung (Luft-AV)

Sozialversicherung

- Bundesgesetzes, mit dem das Zahnärzte-gesetz und das Zahnärztekammergesetz geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Zahnärztegesetz und das Zahnärztekammergesetz geändert werden; Verordnung des BMSGPK betreffend fachzahnärztliche Ausbildungen und Quali-fikationen in der Kieferorthopädie
- Bundesgesetz, mit dem das Ärztegesetz 1998, das Apothekengesetz, das Apotheker-kammergesetz 2001, das Gehaltskassen-gesetz 2002, das Hebammengesetz, das Tierärztegesetz, das Zahnärztegesetz und das Zahnärztekammergesetz geändert werden
- Bundesgesetz über die Impfpflicht gegen COVID-19 (COVID-19-Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG)
- Richtlinien zur einheitlichen Vollzugspraxis der Versicherungsträger im Bereich der Auftraggeber:innenhaftung 2023
- Pflege und Betreuung ist Schwer(st)arbeit (87/PET)
- Berufsbedingte Covid-19 Erkrankungen ohne Ausnahme als Berufskrankheit anerkennen
- Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsu-mentenschutz über eine Einbeziehung in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung
- Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH über die Verbindlicherklärung von Teilen des Regionalen Strukturplans Gesundheit Tirol 2025
- ÖSG-Wartung 2022 gem § 20 (4) G-ZG
- Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH zur Verbindlichmachung von Teilen des Österreichischen Strukturplans Gesundheit 2017
- Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsu-mentenschutz, mit der die Zahnärzte-EWR-Qualifikationsnachweis-Verordnung 2008 geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und

- Konsumentenschutz, mit der die Suchtgiftverordnung geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über den Kostenersatz für den Dachverband der Sozialversicherungsträger als Verbindungsstelle und Zugangsstelle
 - Verordnung der Österreichischen Ärztekammer zur Qualitätssicherung der ärztlichen Versorgung durch niedergelassene Ärzte und Ärztinnen sowie Gruppenpraxen (Qualitätssicherungsverordnung 2023)
 - Verordnung der Österreichischen Zahnärztekammer über die zahnärztliche Qualitätssicherung (Qualitätssicherungsverordnung 2022 der Österreichischen Zahnärztekammer – ÖZÄK-QSV 2022) gemäß § 22 Zahnärztegesetz (ZÄG), BGBl I Nr. 126/2005...
 - Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über eine Einbeziehung in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung
 - 2. VO zum RSG Salzburg
 - Gesetz, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 - Wr. KAG und das Wiener Gesundheitsfonds-Gesetz 2017 geändert werden
 - Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien über die Betriebszeiten und den Bereitschaftsdienst der öffentlichen Apotheken in Wien geändert wird
 - Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH zur Verbindlichmachung von Teilen des Regionalen Strukturplans Gesundheit Wien
 - Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien über die Betriebszeiten und den Bereitschaftsdienst der öffentlichen Apotheken in Wien geändert wird

Gesundheit und Pflegepolitik

- Bundesgesetz, mit dem das Bundespflegegeldgesetz geändert wird (BPGG)
- Bundesgesetz, mit dem das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz geändert wird (GuKG-Novelle 2022)
- Bundesgesetz, über einen Zweckzuschuss an die Länder für die Jahre 2022 und 2023 für die Erhöhung des Entgelts in der Pflege (Entgelt-erhöhungs-Zweckzuschussgesetz – EEZG)

- Bundesgesetz, über einen Zweckzuschuss an die Länder für die Jahre 2022 bis 2025 zur Attraktivierung der Ausbildung von Pflegeberufen (Pflegeausbildungs-Zweckzuschussgesetz – PausbZG)
- Verordnung mit der die Hebammen-EWR-Qualifikationsnachweis-Verordnung 2008 geändert wird (Heb-EWRV-Novelle 2022)

Arbeitsrecht, Rechtsschutz

- Bundesgesetz, mit dem die Notariatsordnung, die Rechtsanwaltsordnung und das Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter geändert werden (Berufsrechts-Änderungsgesetz 2022 – BRÄG 2022)
- EU Digitalisierungsverordnung (Zwischenberichte)
- Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie zum Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, insbesondere Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren, sogenannten SLAPP („strategic lawsuits against public participation“) Klagen (strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung)
- Verordnung des Bundesministeriums für Justiz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz über die modulare Grundausbildung für den Kanzleidienst oder ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie für den Gerichtsvollzieherinnen- und Gerichtsvollzieherdienst (modulare Kanzlei- und Gerichtsvollzieher/innen-Grundausbildungsverordnung – MKGAV) geändert wird
- Bundesgesetz über die Wiener Zeitung GmbH und Einrichtung einer elektronischen Verlautbarungs- und Informationsplattform des Bundes – WZEVI-Gesetz
- Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird

Betriebswirtschaft und Information

- Corporate Reporting
- Grundsätze der Vergütungspolitik
- MS-BWG Bankwesengesetz
- Grundsätze der Vergütungspolitik und -praktiken

Bildung, Konsument:innen, Wohnen, Wien

Lehrausbildung und Bildungspolitik

- Lehrberufspaket 3/2021
- Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Finanzierung der Digitalisierung des Schulunterrichts geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Hochschul-Curriculaverordnung 2013 und die Hochschul-Zulassungsverordnung geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung über Aufnahms- und Eignungsprüfungen geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung über die Studienförderung für Studierende an Konservatorien geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Prüfungsordnung AHS, die Prüfungsordnung AHS-B, die Prüfungsordnung BMHS und die Prüfungsordnung Kollegs und Sonderformen für Berufstätige an BMHS geändert werden
- Entwurf der Universitäts- und Hochschulstatistik- und Bildungsdokumentationsverordnung – UHSBV und Entwurf einer Verordnung, mit der die Studienbeitragsverordnung - StubeiV geändert wird
- Novelle des Zivildienstgesetzes
- Gesetz, mit dem das Gesetz über die äußere Organisation der öffentlichen Pflichtschulen und öffentlichen Schülerinnen- und Schülerheime im Lande Wien geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das

- Schulorganisationsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz, das Schulzeitgesetz 1985 und das Land- und forstwirtschaftliche Bundes- schulgesetz geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung über die Lehrpläne der Mittelschulen sowie die Verordnung über die Lehrpläne der allgemeinbildenden höheren Schulen geändert werden
 - Bundesgesetz über die Gründung der interdisziplinären Technischen Universität für Digitalisierung und digitale Transformation
 - Novellierung der IngG-Fachrichtungsverordnung
 - Lehrberufspaket 2/2022
 - Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge und das Pflichtschülerhaltungs-Grundsatzgesetz geändert werden
 - Bundesgesetz, mit dem das OeAD-Gesetz geändert wird
 - Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung über die Lehrpläne der Volksschule und Sonderschulen, die Verordnung über die Lehrpläne für Minderheiten-Volksschulen und für den Unterricht in Minderheitensprachen in Volksschulen in den Bundesländern Burgenland und Kärnten, die Verordnung über die Lehrpläne der Mittelschulen und die Verordnung über die Lehrpläne der allgemeinbildenden höheren Schulen geändert werden; Bekanntmachung der Lehrpläne für den Religionsunterricht
 - Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über die Studienförderung für Studierende an Privathochschulen und Privatuniversitäten
 - Verordnung über die Geschäftsstelle zur Qualitätssicherung von schulexternen Angeboten zur Unterstützung des schulischen Unterrichts

Konsument:innenpolitik

- Entwurf einer Verordnung über die Stammzahlenregisterbehörde
- Entwurf einer Verordnung über das Ergänzungsregister 2022

- Spielzeugverordnung 2011
- Bundesgesetz, mit dem das Versicherungsvertragsgesetz 2022 geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Inneres über die Registrierung und Verwendung eines Elektronischen Identitätsnachweises
- Öffentliche Konsultation zu einer Verordnung, mit der Regelungen zur Übertragung von Nummern zwischen Mobil-Sprachkommunikationsdiensteanbietern erlassen werden – Nummernübertragungsverordnung 2022
- Begutachtung des Entwurfes eines PEPP-Vollzugsgesetzes
- LMSVG-Anlagen-Aktualisierungsverordnung 2022
- Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die LMSVG-Kontrollgebührenverordnung geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über statistische Betrugsfallmeldungen durch Zahlungsdienstleister
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung erlassen und die Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die LMSVG-Abgabenverordnung geändert wird
- Novelle der Beerdigungskostenverordnung 2016
- Verordnung über verpflichtende Angaben zur Herkunft von Fleisch, Milch und Eiern in Speisen, die in bestimmten Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung abgegeben werden
- Verordnung über die Angabe der Herkunft von Fleisch, Milch und Eiern als primäre Zutat in verpackten Lebensmitteln
- Entwurf der Novelle des Maß- und Eichgesetzes, Novelle VO (EU) 2019/1020, Koordinierung der Marktüberwachung
- Vorschlag für eine Ökodesign-VO für nachhaltige Produkte
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Transparenz-Verordnung 2018 geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur

- Registerforschung im Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung
- Bundesgesetz, mit dem das Medizinproduktegesetz 2021 geändert wird
 - Bundesgesetz über eine Fachstelle in der Normung – Normungsbeteiligungsgesetz 2022
 - Entwurf für eine Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Lebensversicherung Informationspflichtenverordnung 2018 geändert wird
 - Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Online-Identifikationsverordnung geändert wird
 - Leitfaden Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung für Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen (ORSA-Leitfaden)
 - Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Terrorinhalte-Bekämpfungsgesetz erlassen und das KommAustria-Gesetz geändert wird
 - Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Hypothekar- und Immobilienkreditgesetz und die Rechtsanwaltsordnung geändert werden
 - Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung geändert wird
 - Verordnung, mit der die Fleischuntersuchungsverordnung 2006 geändert wird
 - Verordnung über Angaben der Herkunft von Zutaten in Speisen, die in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung abgegeben werden

Kommunalpolitik und Wohnen

- Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Bauproduktegesetz 2013 geändert wird; Begutachtungsverfahren
- Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Aufzugsgesetz 2006 geändert wird
- Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Heizungs- und Klimaanlagegesetz 2015 geändert wird
- Öffentliche Auflage des Energieraumplans für den 4., 5., 6., 20., 21., 22. Bezirk
- Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Grenze zwischen dem 10. und dem 12. Bezirk geändert wird

GERECHTIGKEIT #FÜR DICH

Die Arbeiterkammer setzt sich seit mehr als 100 Jahren für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Sie steht für soziale Gerechtigkeit in Österreich.

Damals. Heute. Für immer.



[WIEN.ARBEITERKAMMER.AT](https://www.wien.arbeiterkammer.at)



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN